

21. März 1921

### LUDWIG QUESSEL • WIEDERAUFBAU UND KONTI-NENTALWIRTSCHAFT

LS der Reichsminister Simons am 1. Februar die Pariser Vorschläge unmittelbar nach ihrem Bekanntwerden im Reichstag in eingehender Rede erörterte, knüpfte er an den Nachweis der Unausführbarkeit der Ententeforderungen die Ankündigung, daß die Reichsregierung jetzt versuchen werde deutliche, klare Gegen-

verschläge auszuarbeiten und den alliierten Regierungen zu unterbreiten. Man weiß heute, daß es dem Minister nicht gelungen ist seine Ankündigung in die Tat umzusetzen. Ob die dunkle Sprache und verklausulierte Formulierung der deutschen Gegenvorschläge diplomatischer Absicht oder politischer Unfähigkeit entsprangen, mag unentschieden bleiben. Ein Urteil über die Londoner Vorgänge wird zunächst dadurch sehr erschwert, daß das deutsche Volk von dem, was sich in London abgespielt hat, so gut wie nichts weiß. In seiner Reichstagsrede vom 12. März hat der Minister Simons ausdrücklich erklärt, daß er über die vertraulichen Verhandlungen mit den Gegnern, die in London stattfanden, sich nicht äußern werde, obwohl die Gegenseite darüber schon Mitteilungen in die Presse hat gelangen lassen. Aber gerade jene vertraulichen Verhandlungen, von denen wir nichts wissen, sind für die deutschen Gegenvorschläge bestimmend gewesen, und zwar sowohl für die ersten als auch nach deren Ablehnung für die zweiten, die dann zum Abbruch der Verhandlungen überhaupt führten.

Mitbestimmend für den Charakter der ersten Gegenvorschläge, die vorzugsweise auf die Interessen des britischen Weltreichs eingestellt waren und deshalb das Wiederaufbauproblem fast völlig ignorierten, war natürlich die außenpolitische Orientierung. Diese war anscheinend stark durch Informationen des deutschen Botschafters in London beeinflußt, nach denen man annahm, Lloyd George würde auf der Londoner Konferenz bestimmt für Deutschland eintreten. Simons selbst scheint diesen Informationen Sthamers (die nach Ursprung und Charakter eine fatale Ähnlichkeit mit jenen Mitteilungen hatten, die 1914 Bethmann Hollweg veranlaßten leichten Herzens Frankreich und Rußland den Krieg zu erklären, weil er sich der Neutralität Englands sicher wähnte) mit einiger Skepsis gegenübergestanden zu haben. Gegenüber der trotz allen Enttäuschungen unentwegt angelsächsischen Orientierung der übrigen Mitglieder des Reichskabinetts und der Räte unseres Auswärtigen Amts vermochte er jedoch mit seiner bessern Einsicht nicht

durchzudringen. Die Mehrzahl der deutschen Parlamentarier, namentlich der Linken, ist unfähig sich vorzustellen, daß es in England Menschen geben kann, die daran interessiert sind einen deutsch-französischen Ausgleich zu hintertreiben. Auch daß die britische Außenpolitik gelegentlich mit doppelten Karten spielt, wenn es sich darum handelt den Konfliktsstoff auf dem Kontinent zu vergrößern, ist ein Gedanke, der in dem Hirn unserer Anglophilen nur schwer einen Platz findet. Geht man von diesem Seelenzustand des Reichskabinetts aus, so gewinnt die Darstellung des Temps vom 4. März 1921 über die Vorgänge in London einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit. Nach Mitteilungen, die das der französischen Regierung nahestehende Organ aus London erhalten hat, ist Simons in Dover mit der Absicht angekommen 60 Milliarden Goldmark vorzuschlagen, die bisherigen Leistungen auf nur 15 Milliarden Goldmark anzusetzen und im übrigen den Betrag mit 6 % zu verzinsen. Beim Anlandgehen sollen sich nun gewisse Personen, die Beziehungen zum Auswärtigen Amt in London unterhalten, der deutschen Delegation genähert haben. Diese sollen Simons den Rat erteilt haben das deutsche Angebot doch ja gehörig herabzusetzen; das könne ohne Gefahr geschehen, weil Lloyd George hinter Deutschland stehe. Simons selbst habe sich jenen Ratgebern gegenüber zurückhaltend gezeigt, General von Seeckt dagegen, bezaubert durch die respektvolle Behandlung, die ihm in England zuleil wurde, habe sehr lebhaft im Sinn jener Raischläge auf Simons eingewirkt, und in der Nacht vom 28. Februar zum 1. März soll die ganze deutsche Delegation unter Anspannung aller Kräfte gearbeitet haben, um jene neuen Vorschläge herauszubringen, die dann Lloyd George die Möglichkeit gaben seine Anklagerede gegen Deutschlands »schlechten Willen« zu halten.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Mitteilungen des Temps im Reichstag wörtlich verlesen worden sind, ohne daß die Reichsregierung ihnen widersprochen hätte. Sind jene Mitteilungen richtig, so erklärt sich daraus vielleicht auch die unglaublich lässige Art, mit der der Minister Simons den Wiederaufbau des nordfranzösischen Gebiets auf der Konferenz in London behandeln zu können glaubte.

IER, in den Sozialistischen Monatsheften, ist die zentrale Bedeutung dieses Wiederausbauproblems seit Jahr und Tag betont worden. Von Ansang an wurde hier mit Nachdruck sestgestellt, daß der Neuausbau der im Weltkrieg zerstör en Departements Nordsrankreichs durch deutsche Arbeitskraft die wirtschaftlich viele Kriegsverwüstung in Wahrheit wieder

rationeltste Methode darstellt, wie die Kriegsverwüstung in Wahrheit wieder gut gemacht werden kann; daß sie als solche Wiedergutmachung ein sittliches Ersordernis ist; und daß die Zusammenarbeit der Deutschen und der Franzosen auf diesem Gebiet den Haß zwischen den beiden Völkern, wo er noch besteht, beseitigen, die gegenseitige Unentbehrlichkeit beider demonstrieren und so den Grund für eine dauernde Verständigung beider legen wird. Immei wieder und wieder ist daher hier ein deutsches Wiederausbauprogramm verlangt worden. Aber die deutsche Regierung hat sossensten weil sie im Bann ihrer angelsächsischen Orientierung eine Kooperation mit Frankreich nicht in die Wege leisen wolltes diesem Verlangen nie entsprochen, und sie hatte bei dieser Negation die Sympathieen und die Unterstützung gewisser liberaler Blätter, die die ansistranzösische Propaganda zu ihrer Spezialität gemacht haben. Wenn jetzt von eben dieser publizistischen

Seite urplötzlich das Wiederaufbauverlangen mit einer Selbstverständlichkeit gestellt wird, als ob es ımmer das eigene gewesen wäre, so zeigt das nur das Zwingende dieses Gedankens, den auch die Widerstrebenden schließlich als einzigen Ausweg aus der wirtschaftlich-außenpolitischen Sackgasse zu ahnen beginnen. Indes, die selbe Orientierung, die uns in diese Sackgasse überhaupt geführt hat, ließ unsere Regierung und das Parlament, dessen Ausschuß sie ist, auch jetzt wieder an diesem Weg und Ausweg vorübergehen. Solange das aber geschieht, kann das Problem der Wiedergutmachung, diese uns und alle am schwersten drückende Sorge, keine Lösung finden. Davon hängt also nicht nur die Zukunft (um die man sich bei uns wenig Gedanken zu machen scheint) sondern auch die aktuelle Gegenwart Deutschlands ab. Jeder, der ausländische Zeitungen liest, weiß, daß die Pflicht Deutschlands zum Aufbau des zerstörten Nordfrankreichs von allen Völkern der Erde uneingeschränkt bejaht wird. Hierbei machen die neutralen Völker germanischer Herkunft, die durch ihr Liebeswerk in Deutschland den Beweis gerechter Würdigung der deutschen Not erbracht haben, keine Ausnahme. Deutschland kann auf einen Einspruch der ihm freundlich gesinnten Völker gegen alles, was im Versailler Vertrag ungerecht und unausführbar ist, nur hoffen, wenn Nordfrankreich schnell aus seinen Ruinen zu neuem Leben er-Jeder deutsche Appell an das Weltgewissen (das trotz aliem eine Realität ist, mit der auch die Sieger rechnen müssen) wird wirkungslos bleiben, solange Nordfrankreich in Trümmern liegt. Wer die überragende Rolle des Wiederaufbaus im Denken und Fühlen der Völker dieses Planeten kennt, wird sich die lässige Art der Behandlung dieses Problems durch die deutsche Delegation gar nicht anders erklären können, als daß sie unter anglophiler Autosuggestion handelte. Im Reichstag hat der Minister Simons die Art der Behandlung oder vielmehr Nichtbehandlung des Wiederaufbauproblems durch die deutsche Delegation auch dann noch, als Lloyd George die Zerstörungen in Nordfrankreich schon zur Basis seiner Anklagerede gegen Deutschland gemacht hatte, mit der Erklärung zu entschuldigen versucht. daß der Wiederaufbau Nordfrankreichs ja im Mittelpunkt der vertraulichen Verhandlungen gestanden hätte, die er mit den Gegnern in London führte. Dazu ist zu sagen, daß, wenn es einen Punkt gibt, dessen Behandlung in breitester Öffentlichkeit ein Lebensinteresse Deutschlands darstellt, es der Wiederaufbau Nordfrankreichs ist. Unter keinen Umständen durfte über diese Frage, die wie keine andere geeigne: ist die Atmosphäre in Europa zu entgiften, im geheimen verhandelt werden. Wir haben aber auch Grund der Mitteilung des Außenministers, daß der Wiederaufbau im Zentrum der vertraulichen Verhandlungen in London stand, zu mißtrauen. Wäre die deutsche Delegation im Besitz eines Wiederaufbauprogramms gewesen, so ist nicht einzusehen, warum dieses in dem Weißbuch über die Verhandlungen auf der Konserenz zu London vom 1. bis zum 7. März 1921 keine Aufnahme gefunden Auch der Hinweis des Außenministers, daß frühere deutsche Vorschläge zum Wiederaufbau keine Gnade vor der französischen Regierung gefunden hätten, bedarf dringend der Nachprüfung. Es muß verlangt werden, daß das Aktenmaterial über diese Angelegenheit volls ändig veröffentlicht wird, damit eine sichere Grundlage zur Beurteilung ihrer Behandlung gegeben ist. Bis jetzt hat die deutsche Regierung über die wiederholte ausdrückliche Aufforderung dies zu tun hinweggehört.

Zu der Wiederausbaufrage ist zu sagen, daß es sich dabei um Arbeitsleistungen und Güterproduktion handelt, die insoweit ganz außerhalb der Konkurrenzverhältnisse des Weltmarkts stehen, als sie keinerlei Wettbewerb um die zurzeit vorhandene Nachfrage darstellen. Es ist daher auch möglich für sie die britische und amerikanische Arbeiterklasse zu gewinnen. Deutschland für den Wiederaufbau Nordfrankreichs arbeitet, um so weniger wird sich seine Konkurrenz in England und Übersee fühlbar machen. Die Baumaterialien und Innenausstattungsgegenstände, die die zerstörten Departements benötigen, können auch dann, wenn sie in ungeheurer Menge produziert werden, keine Verschärfung der Absatzkrise darstellen, unter der jetzt namentlich England leidet. Der Wiederaufbau macht Trümmerselder wieder zu menschlichen Wohnstätten. Mit jedem Menschen, der nach dem zerstörten Gebiet zurückkehren kann, entsteht eine neue zusätzliche Nachfrage nach Gütern des täglichen Bedarfs. Wie die Besiedelung eines menschenleeren Eilands neue Absatzmöglichkeiten für die Industrievölker eröffnet, so auch die Wiederherstellung Nordfrankreichs. Wirtschaftliche Einwände können daher gegen den schnellen Wiederaufbau Nordfrankreichs auch von angelsächsischer Seite nicht erhoben werden. Was aber den französischen Widerspruch gegen deutsche Arbeitsleistung und Güterproduktion für den Wiederaufbau betrifft, auf den in der deutschen Presse so oft und so hartnäckig hingewiesen wurde, so ist festzustellen, daß von einem solchen generell überhaupt nicht gesprochen werden kann. Mögen hier und da einzelne Unternehmergruppen sich gegen die Heranziehung der Deutschen erklärt haben, so heißt es doch die Sachlage verdunkeln, wenn man die deutsche Öffentlichkeit glauben macht, die Wünsche jener Kreise hätten entscheidenden Einfluß gehabt, und deutsche Beteiligung an der Arbeit sei zurückgewiesen worden. Bei dem elementaren Verlangen des französischen Volkes nach schnellem Aufbau der zerstörten Gebiete hätte keine französische Regierung, gleichviel welcher Gesinnung, es wagen können konkrete, öffentlich gemachte deutsche Vorschläge, die geeignet waren die Not der von der Zerstörung Betroffenen zu lindern, abzulehnen. Aber solche positiven, greifbaren Vorschläge sind dem französischen Volk eben nie bekanntgegeben worden. Deshalb kam die Sache nicht vom Fleck. Gleichwohl hat sich, troiz Gegentendenzen, im französischen Bürgertum je länger je mehr die Ansicht verstärkt, daß nur die Beschäftigung deutscher Arbeiter im Aufbaugebiet die rettende Lösung der nahezu unüberwindlichen Schwierigkeiten des gesamten Wiedergutmachungsproblems bedeutet. Die französischen Arbeiter gar treten unbedingt für diese ein. Sie haben die Besorgnis vor Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, die namentlich der gewerkschaftlichen Organisation der Bauarbeiter begreislicherweise anfangs kommen mußte, rasch überwunden. haben längst eingesehen, daß der Arbeitsmarkt sich für sie um so günstiger gestalten muß, je schneller die Flüchtlinge aus Nordfrankreich in ihre Heimat zurückkehren können. Deutschland sollte es auf alle Fälle unterlassen sich auf einen angeblichen französischen Widerstand gegen deutsche Arbeit im Wiederausbaugebiet zu berusen. Wird doch dadurch der Eindruck erweckt, als ob er uns dazu diene uns der Wiederaufbauverpflichtung zu entziehen.

Überhaupt ist jede Berufung auf einen Widerstand der Gegenseite, selbst wenn sie realere Grundlagen hätte als es tatsächlich der Fall ist, so lange vom Übel, als die deutsche Regierung mit den Vorschlägen, die sie zum

Wiederaufbau zu machen hat, nicht vor aller Öffentlichkeit herausgekommen ist. Wieweit die Mitteilungen, die der Staatssekretär Müller im Wiederaufbauministerium am 19. März vor einem Kreis von Geladenen gemacht hat, ein wirkliches Programm enthalten, das über bloße allgemeine Bereitwilligkeit und Einzelheiten von minderm Belang hinausgeht, wird noch zu untersuchen sein. Hatte man ein solches aufgestellt, weshalb hielt man es in den Schränken des Wiederaufbauministeriums verborgen? europäische Öffentlichkeit nicht annehmen, die Geheimhaltung jenes Programms, falls es überhaupt existiere, beweise eben nur, daß Deutschland es gar nicht ernsthaft ausführen wolle? Selbst in den neutralen Ländern begegnet man der Auffassung, die deutsche Regierung habe ihre Wiederausbauvorschläge so gestaltet, daß sie von Frankreich nicht angenommen werden konnten, weil man in Berlin hoffte sich schließlich mit amerikanischer und englischer Hilfe der Wiederaufbaupflicht doch entziehen zu können; daher auch das deutsche Gerede von dem Panama in Nordfrankreich, in das sich Deutschland nicht hineinziehen lassen wolle. So unbegründet nun auch diese Auffassung in den neutralen Ländern sein mag, so bleibt doch leider die Tatsache bestehen, daß selbst die deutschen Reichstagsabgeordneten für ihre Reden über diese Frage nicht die geringste amtliche Unterlage hatten.

ER die Zusammenhänge der auswärtigen Politik begreift, kann nicht im Zweifel darüber sein, daß die Anwendung der sanctions, der Strafmaßnahmen, eine notwendige Folge der angelsächsischen Orientierung unserer Außenpolitik ist. Die Dinge mußten den Verlauf nehmen, den sie genommen haben, wenn die deutsche

Politik die durch den Weltkrieg unbedingt als nötig erwiesene Einigung des europäischen Kontinents außer acht ließ. Die Juniorpartnerschaft im britischen Welthaus, für die auch Sozialisten während des Weltkriegs schwärmten, mußte eine Illusion bleiben, weil England, das Qualitätswaren herstellt und sie hauptsächlich in Übersee absetzt, gar keinen Juniorpartner auf den überseeischen Märkten brauchen kann. Ja, noch mehr. England benötigt auch noch den europäischen Markt für den Absatz seiner Erzeugnisse. Die überseeischen Märkte England streitig zu machen kann Deutschland dauernd nicht gelingen. Dagegen ist Deutschland auf Grund seiner zentralen Lage auf dem Kontinent berufen Europas Völker mit einer Reihe von Gütern zu versorgen. Mit den Devisen, die Deutschland sich durch Güterabsatz in Europa erwirbt, bezahlt es seine überseeischen Rohstoff- und Lebensmittelzufuhren. Auf Gedeih und Verderb ist Deutschland mit der europäischen Kontinentalwirtschaft verbunden, und es straft sich nur selbst, wenn es daraus nicht auch die außenpolitischen Konsequenzen zieht.

Es muß endlich erkannt werden, daß sich zwischen Volkswirtschaft und Weltwirtschaft die Kontinentalwirtschaft schiebt. Das gilt nicht nur für Europa sondern auch für andere Erdteile. Die Kontinentalwirtschaft, die gewissermaßen die Luft bildet, in der wir ökonomisch atmen, erfordert aber auch eine kontinentaleuropäisch orientierte Außenpolitik. Auf dem Festland liegen die Wurzeln deutscher Zukunft. Jede Verkennung dieser Tatsache führt uns in noch tieseres Elend hinein. Kontinentaleuropäische Orientierung bedeutet aber nicht ein Zurück zu der staatlichen Zerrissenheit Europas vor dem Krieg sondern ein Vorwärts zum kontinentaleuropäischen Staatenbund,

dessen Bildung die französische Politik bereits zielklar in Angriff genommen hat. Der Versailler Vertrag gibt Frankreich eine führende Stellung auf dem Kontinent, die Brüssel, Bukarest, Warschau, Belgrad und Prag als Basis nationaler Existenz anerkennen, und der Rom und Madrid nicht widerstreben. Deutschland wird und muß zugrunde gehen, wenn sich die kontinentaleuropäische Einigung unter außenpolitischer Führung Frankreichs, statt mit uns, gegen uns vollzieht.

Nur eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten kann die Gewalt im europäischen Völkerleben ausschalten, die schließlich den, der sie ausübt. nicht weniger degradiert als den, der sie erduldet. Noch setzt sich England mit seiner großen diplomatischen Kunst der Einigung Europas entgegen. Dabei ist ihm das niedergebrochene Deutschland der Einsatz, den es gegen Frankreich ausspielt. Wie im Krieg ist aber auch jetzt die deutsche Verblendung viel zu groß, um diese Zusammenhänge zu begreifen, obwohl die Gestaltung der wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Deutschland eigentlich jetzt auch dem Blödesten die Augen darüber öffnen sollte, daß England im Begriff steht den deutsch-französischen Gegensatz dazu auszunutzen aus seinem territorialen Machtbereich, der ein Viertel der bewohnten Erde umfaßt, die deutsche Industrie für die Dauer auszusperren. Das angelsächsische Amerika und seine Einflußsphären in Mittel- und Südamerika dürften dem britischen Beispiel schnell folgen. Nicht absperren von uns kann sich aber das übrige europäische Festland, wenn es sich nicht selbst tiefe Wunden schlagen will. Frankreich, Italien und Belgien sehen jetzt schon, daß die 50prozentige Importabgabe, die es England ermöglichen soll Monopolgewinne zunächst auf dem innern Markt des britischen Weltreichs zu erzielen, weiter nichts ist als ein Handelskrieg gegen Deutschland, dessen Lasten schließlich nicht nur Deutschland sondern angesichts der engen kontinentaleuropäischen Zusammenhänge alle Völker des Festlands werden tragen müssen. Immer wieder muß daher gesagt werden, daß einen Ausweg aus unseren Leiden uns nur eine andere Einstellung unserer auswärtigen Politik bringen kann. Die gründlichsten Kenner der Außenpolitik haben stets betont. daß ernsthafte Völkerzwiste sich im friedlichen Sinn letzten Endes nur durch Bündnisse der streitenden Teile erledigen lassen. Der ökonomische und moralische Zustand Europas erfordert heute dringender denn je einen kontinentaleuropäischen Zusammenschluß, der allein imstande ist uns und den anderen Völkern Europas eine wahrhafte Lösung aller Probleme zu bringen, die der Weltkrieg uns gebracht oder, besser, vor Augen geführt hat.

## MARTIN MÄCHLER WIE IST DAS SIEDELUNGS-PROBLEM ZU LÖSEN?

ANN eine politisch und wirtschaftlich gleich erwünschte Siedelungsweise, zunächst im ganzen Deutschen Reich, weiterhin überhaupt auf unserer Erde, systematisch eingeführt werden? Die Erkenntnis der Natur des Siedelungsproblems zeigt uns, ob und wie diese Frage beantwortet werden kann. Die Elemente

der Großstadtentstehung lehren uns die Möglichkeit einer naturgemäßen Großsiedelung erfassen.

Die alte Stammesverschiedenheit der einzelnen deutschen Gaue ebenso wie die althergebrachte Beschäftigungsweise ihrer Bewohner in den einzelnen Landesteilen hat zu Konzentrationspunkten geführt, die in ihrer Schönheit und Eigenart dem deutschen Land und der Welt erhalten bleiben müssen. Alle diese Konzentrationspunkte der einzelnen deutschen Stämme sollen in straffer Zusammenfassung den politischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und wirtschaftlichen Ausdruck desienigen Gaus darstellen, den sie vertreten. Sie sollen unter eigener Verwaltung wie in einem köstlichen Schrein alle edelsten Besitztümer ihrer Landschaft in sich vereinigen. Die wissenschaftlichen Institute sollen ebenso wie die Kunstsammlungen, die politischen Einrichtungen ebenso wie die Handelshäuser in kräftiger Form die Art des Landes zum Ausdruck bringen. Sie sollen dabei von den heute als so unangenehm empfundenen rauch- und rußgeschwärzten Fabrikschloten, den häßlichen und unhygienischen Proletarierquartieren, die sich in jede Großstadt regellos und ihr eigentliches Bild zerstörend eingeschoben oder sich ihr angegliedert haben, befreit werden. Das, was in ihnen bleibt und was ihre Bedeutung zu erhöhen geeignet ist, ist eben nur alles dasjenige, was den Charakter der Landschaft, in der die betreffende Großstadt liegt, rein zum Ausdruck bringt. Das eigentliche Erschaffen der charakteristischen Produkte liegt außerhalb ihres Weichbilds. Bei den Produkten der Landwirtschaft, bei den Erzeugnissen des Bodens und den Schätzen der Erde halten wir es ja alle, infolge ihrer örtlichen Gebundenheit, für ganz selbstverständlich, daß sie nicht an dem Ort, wo sie ausgestellt und gekauft werden, auch erzeugt werden können. Was hier eine Selbstverständlichkeit ist, sollte auch für die Industrieerzeugnisse ein Grundsatz werden. Gewiß ist die Industrie mit ihren Erzeugungsstätten keineswegs so wie die landwirtschaftliche oder die bergbauliche Produktion an bestimmte Orte gebunden. Daß es aber auch für sie technisch, wirtschaftlich und politisch günstig und ungünstig gelegene Erzeugungsstätten gibt, ist bisher von unseren Industriellen ebenso wie von unseren Städtebauern so gut wie gar nicht berücksichtigt worden. Die Industrie ist gleichsam willenlos dem Zug in die Großstadt gefolgt, ohne auf die schweren wirtschaftlichen und politischen Schädigungen zu achten, die diese Tendenz im Gefolge haben mußte. Es kann nun freilich nicht unsere Absicht sein die Industrie einer Stadt plötzlich und rücksichtslos an irgendeinen andern Ort zu befördern. Wohl aber müssen wir einen festen Plan entwerfen, wie wir großstädtische Industrieanlagen allmählich nach solchen außerhalb der Großstadt gelegenen Geländen schaffen, wo einmal durch die Billigkeit von Grund und Boden die Möglichkeit gegeben ist der industriellen Siedelung diejenige Ausdehnung zu geben, deren sie bedarf, um jedem einzelnen, in der Industrie tätigen Arbeiter für sich und seine Familie eine würdige Wohnstätte, einen der Natur nahen Erholungsaufenthalt während der freien Zeit, landwirtschaftliche Nebenbetätigung und die Gesundheit fördernde Örtlichkeiten zur Erfrischung der Lungen und zur Stählung des Körpers zu geben, und wo zum andern natürliche Wasserwege vorhanden sind, die sich, künstlich ausgebaut, dazu eignen den Transport der hergestellten Güter zu den städtischen Mittelpunkten ebenso wie den Abtransport der Rohstoffe zur Industriesiedelung auf die bequemste und billigste Weise zu gestatten.

Einen natürlichen Standort findet die Industrie überall da, wo ihre Kraftguellen, Kohle oder Wasserkräfte, liegen. Zweifellos ist die elektrische Fern-

übertragung eine der die Industrie am meisten fördernden Errungenschaften der Neuzeit, und es soll auf sie, da es nicht möglich ist alle Industrieen unmittelbar in die Gebiete der Kraftquellen zu verlegen, durchaus nicht verzichtet werden. Trotzdem bleibt es gewiß, daß die Industrie mehr als bisher zur bessern Ausnutzung der Kraftquellen danach streben sollte sich auch örtlich in deren unmittelbarer Nähe anzusiedeln. Auch die neueste Technik hat es bisher nicht vermeiden können, daß mit jeder Fernübertragung gewaltige Kraftverluste verbunden sind. Diese Verluste werden in dem Maß eingespart, in dem die Kraftverbrauchs- den Krafterzeugungsstätten örtlich einander näher rücken. Eigene Kraftanlagen in der Großstadt auf teuerstem Gelände zu schaffen ist vollends ebenso unökonomisch wie unhygienisch. Und doch ist auch heute noch jede Großstadt im Besitz vieler solcher kleinen Krafterzeugungszentren, die infolge des teuren Geländes, auf dem sie liegen, des teuren Antransports der Materialien, deren sie bedürfen, der Stadtverschmutzung und Luftverpestung, die sie verursachen, zu den größten, dabei unnötigen Schädigungen der Großstadt zählen. Es wird uns ohnedies nichts übrigbleiben als nach dem Verlust gewaltiger Kraftreservoire, den uns der unglückliche Ausgang des Krieges gebracht hat, uns der intensivsten Ausnutzung der noch verbleibenden zuzuwenden. Es wird sich also darum handeln unter Zuhilsenahme unseres wissenschaftlichen und technischen Erfinderund Organisatorengeistes alle Kraftquellen aufs äußerste heranzuziehen. Diese Kraftquellen sind namentlich in unseren natürlichen Wasserkräften und in unseren glücklicherweise zum größten Teil noch ungenutzten Braunkohlenschätzen zu erblicken. Aus ihnen kann die Industrie der Zukunft ihr Leben saugen. Ihnen sollte sie sich zur intensivsten Ausnutzung auch örtlich nähern. Wo Wasserkräfte freilich in unwirtlichen Gebirgsgegenden sprudeln, da wird eine Annäherung der Industrie an sie nicht möglich sein. Deshalb kann auch auf so große Entwürfe wie das umfangreiche Walchenseeprojekt nicht verzichtet werden; im Gegenteil, der Weg, den Bayern mit dem Walchensecwerk beschreiten will, den Baden mit dem Murgwerk beschritten hat, muß für unsere Zukunft im allgemeinen richtunggebend werden. Noch fließen freie Ströme allenthalben durch das deutsche Land und tragen ihre gewaltige ungenutzte Kraft dem Meer zu. Doch wissen wir, daß wir durch die Ausstauung von Talsperren, durch Schaffung künstlicher Gefälle den träge dahinfließenden Strom zu einem unendlich fleißigen, unermüdlichen und kräftigen Arbeiter umzuschaffen vermögen. Denken wir daran, daß unsere industrielle Zukunft zum größten Teil von diesem unserm kräfteschaffenden Werk abhängen wird. Kraft schaffen und bei den Kraftstätten die Industrie siedeln: das muß der wirtschaftliche und technische Grundsatz des industriellen Wiederaufbaus Deutschlands werden. Wenn trotzdem nicht jede Industrie rücksichtslos aus der Großstadt entsernt zu werden braucht, was ja für eine große Anzahl in den Großstädten siedelnder Industrieen ungemeine Schwierigkeiten heraufbeschwüre, so deshalb, weil solche Stätten, die sich zur Aufnahme der Industrie unschwer eignen, meist auch in der Nähe der Großstädte zu finden sind. Im Innern der großen Stadt und auch an ihrem Rand soll und darf allerdings die große Industrie ihren Standort nicht behalten. In unmittelbarer Nähe aber, wenn auch außerhalb ihres eigentlichen Weichbilds, werden sich bei fast allen Großstädten verhältnismäßig leicht Industriesiedelungen schaffen lassen.

Die Großstädte haben, wie erwähnt, sich für gewöhnlich bereits, einer ganz

natürlichen Richtung folgend, an den großen Verkehrswegen angesiedelt. Diese Verkehrswege bestehen in den meisten Fällen in einem mehr oder minder ausgebauten, teils natürlichen, teils künstlichen Wasserstraßennetz. das sich für die Anlage von Industriesiedelungen ausgezeichnet eignete und mit leichter Mühe durch künstlichen Ausbau nutzbar machen ließe. Auf diese Weise kämen wir in allen deutschen Gauen allmählich zu charakteristischen Großstädten, die ihre alte Art zu bewahren und sich außerdem den Anforderungen einer sich verändernden Zeit immer auf das beste anzupassen vermöchten. Sie werden stets die Repräsentanten der Politik, der Verwaltung, der Wissenschaft, der Kunst, des Handels und der Industrie ihrer Landschaft sein und ein getreues Abbild dessen bieten, was diese Landschaft im Rahmen des nationalen Gesamtlebens seit Jahrhunderten geleistet hat, und was sie in der Gegenwart leistet. Und zugleich werden die aus der Stadt verlegten Industriesiedelungen selber, die in der Stadt nichts anderes bilden konnten als ein Mal der Häßlichkeit und des Elends, draußen auf billigem Gelände in gehöriger Ausdehnung ebenfalls zu schönen Siedelungen werden, ohne daß deshalb eines der praktischen Erfordernisse vernachlässigt zu werden brauchte. Draußen in dem von uns geplanten Industriegelände ist der Baumeister nicht genötigt zufällige Baulücken im Großstadtbild möglichst ausgiebig auszunutzen, er ist auch nicht genötigt auf teurem Gelände, auf möglichst kleinem Raum möglichst viele Menschen unter Aufwendung möglichst geringer Mittel übereinandergeschachtelt anzusiedeln, sondern er hat ein weites Gebiet und ein billiges Gelände, auf dem unter sorgfältiger Beachlung der gegebenen Landschaftsformen, wie in der Großstadt das Häßliche und Kranke, so hier das Schöne und Gesunde entstehen kann.



EDE der Siedelungen der Menschen muß, wie wir sahen, als lebendige Zelle eines Gesamtorganismus, dem Ganzen richtig eingegliedert sein. Ein Organismus kann aber nur dann leben, wenn die einzelnen Zellen, aus denen er besteht, in beständiger Verbindung mit einander stehen. Die Blutzirkulationen, alle die

geheimnisvollen Vorgänge der Osmose und Endosmose sind Verbindungsvorgänge, die jenen lebendigen Austausch der Kräfte möglich machen, den wir als Gesamtvorgang mit Stoffwechsel bezeichnen.

In beinahe dem gleichen Sinn läßt sich auch im Gesamtorganismus der Staats- und Weltwirtschaft von einem wirtschaftlichen Stoffwechsel sprechen Dieser wirtschaftliche Stoffwechsel hängt ganz und gar am Verkehr. Diejenige Art und Weise, in der innerhalb einer Volks- oder Weltwirtschaft der Personen- und Güteraustausch von Siedelung zu Siedelung stattfindet. ist ausschlaggebend für die Gesundheit oder Krankheit der gesamten Wirischaft, genau so wie die Regelmäßigkeit aller Stoffwechselvorgänge für die Gesundheit eines abgeschlossenen Organismus. Wäre der Verkehr der Weltwirtschaft als geistige und als materielle Funktion, das heißt, wären alle die vom Willen der Wirtschaftenden geregelten Austauschvorgänge und die nach deren Willen bestehenden Verkehrsgrundlagen für diese Austauschvorgänge so geregelt gewesen, daß eine entsprechende Verteilung sowohl der wirtschaftenden Personen wie der zur Verarbeitung und zum Verbrauch bestimmten wirtschaftlichen Güter den Lebensnotwendigkeiten der einzelnen Volkswirtschaften und der gesamten Weltwirtschaft normal entsprochen hätte, dann hätte es zu dem grauenvollen Konflikt, dem jetzt eine Katastrophe der Weltwirtschaft gefolgt ist, nicht zu kommen brauchen. Wie wir bisher noch nicht gelernt haben die Siedelung als eine Zelle, den einzelnen Staat als einen Organismus, der sich dem Gesamtorganismus der Welt einzuordnen hat, und diese gesamte Welt wiederum als ein einheitliches Lebewesen aufzufassen, so haben wir es bisher auch versäumt die Blutbahnen, die Zelle mit Zelle und Organismus mit Organismus verbinden, in ihrer Gesamtheit als ein einheitliches System aufzufassen. Und doch müssen wir uns mit diesem Gedanken durchdringen, wenn anders ein Neuaufbau der Welt eine neue, lebenswerte Zukunft der Kulturmenschheit heraufführen soll.

Friedrich List hat in seinem nationalen System der politischen Ökonomie, das den Staat als Organismus auffaßt, dessen Lebensgesetze der Staatsmann und Volkswirt erkennen müsse, vor allen Dingen auch den Gedanken eines nationalen Verkehrssystems propagiert. Was er damals für den deutschen Gesamtstaat entwarf, gründete sich insbesondere auf die neuentdeckte Verwendung der Dampskraft für den Personen- und Güterverkehr und gipfelte infolgedessen in einem großentworfenen deutschen Eisenbahnsystem. Auch die Krönung eines für die Gegenwart und Zukunft berechneten Verkehrssystems wird in einem großgedachten Verkehrsnetz bestehen. Daneben aber haben wir, entsprechend den Mitteln, die uns eine seit List um ein Jahrhundert fortgeschrittene Technik gibt, für den Personenschnellverkehr das System einer elektrischen Schnellbahn, die die Großsiedelungen miteinander verbindet, zu berücksichtigen. Wir haben namentlich für den Massengüterverkehr die großen Erkenntnisse der Wasserwirtschaft fruchtbar zu machen und das Eisenbahnsystem durch ein nicht weniger planmäßig ausgebautes System natürlicher und künstlicher Wasserwege zu unterstützen. In einer Beziehung aber müssen wir über das Gedankengebäude Friedrich Lists vollständig hinausgehen: List konnte noch von einer reinen Staatswirtschaft sprechen, während wir und mit uns die übrige Kulturwelt heute lebensnotwendig auf eine Weltwirtschaft angewiesen sind; wobei wir uns zunächst die Tatsache der sich bildenden Kontinentalwirtschaft vor Augen halten müssen. Dadurch werden auch dem Verkehrssystem, das uns heute notwendig ist, die natürlichen Ziele gesteckt. Es kann sich heute nicht mehr um ein bloß staatliches Verkehrssystem handeln, sondern die Grundlage unseres Personen- und Güteraustausches muß ein systematisch angelegtes, kontinentales Verkehrsnetz bilden, an das sich dann die großen Wege in die Welt und aus der Welt ebenfalls organisch anschließen. Deutschland aber wird seiner natürlichen Lage gemäß ein Kernstück dieses kontinentalen Verkehrssystems bilden, und dem Ausbau seiner Verkehrswege wird deshalb unsere besondere Sorgfalt beschieden sein müssen.

IN ernster Versuch der Lösung des Siedelungsproblems führt somit, in der mit ihr untrennbar verbundenen Verkehrsaufgabe, zu dem Postulat einer Zusammenarbeit des europäischen Festlands. Die Durchorganisierung der Welt in großen Wirtschaftskomplexen, von denen jeder einen lebensfähigen, von den anderen

nicht zu entkräftenden Teil des planetarischen Gesamtorganismus darstellt, erfordert auch die einheitliche Gestaltung der Verkehrsbahnen für jeden von ihnen. Sie wird, bei der Verschiedenartigkeit der einzelnen Imperien, nicht in allen von gleicher Art sein können. Das nur durch das Weltmeer zusammenhängende britische Weltreich wird ein Verkehrsnetz von wesentlich anderer

Struktur aufweisen als zum Beispiel das russische (nach seinem Wiederzusammenschluß), das auf fester Erde ein ununterbrochenes Ganzes bildet. Aber immer wird das Verkehrsnetz die gleiche Aufgabe haben: die naturgemäße Siedelung zu ermöglichen und so den dadurch gesundenden Organismus zum vollen Gebrauch seiner lebendigen Schaffenskräfte zu befähigen. Das gilt in erster Linie auch für unsern Kontinent. National differenziert, wird er wirtschaftlich integriert werden müssen. Die künstlich unterbundenen Blutbahnen werden dann freigelegt werden, und durch ungehemmte Zirkulation wird der bis jetzt niedergehaltene, verkümmerte Organismus, dessen einzelne Teile sich gegenseitig die Entwickelungsbedingungen verringerten, endlich zum Aufblühen, zur höchsten Entfaltung der in ihm schlummernden Möglichkeiten kommen. Dann erst wird Europa eine wirkliche Siedelung, eine Heimstätte für Menschen sein.

# CHARLES VILDRAC , EUROPA , ÜBERTRAGEN VON MAX HOCHDORF

AUM, lange verschlissen, nun blüh wieder frei!

Sie hatten deine Zweige angepackt, Zu erdrosseln sie und ganz zu zerbrechen Mit der Sucht ihres Rechnens und der Wucht ihres drängenden Gierens.

Sie wirbelten dich in Wildheit und wirr, Sie marterten dich mit härtestem Faustschlag. Sie balgten um Frucht sich und flatterndes Blatt, Sogar um das Nest im Gezweige.

In zwanzig Sommergezeiten machten sie dich Zum Winterbaum. Und wie er starrte im Winter! Von Welkheit des Laubs der Boden bedeckt, Zerfetzt in fahlen Fetzen die Rinde, Vom gleichen Saft alles faulig.

Doch nun spross wieder auf, blüh wieder frei!
Doch jetzt, ach jetzt, heut nimm dich in acht!
Zerschmettert dein Gipfel, doch stark ist der Stamm.
Die Zukunft ist stark, die Erde ist reich.
Sieh, deine Henker, sieh, sie vermochten nichts mehr Als die eigene Ohnmacht zu stürzen.

Baum du, einstmals zerfetzt, Preis ihrer Gier,
Verschling, durchkreuz, liebkos deine Zweige,
Die eben zerrissenen Arme, die eben verfeindeten Arme!
Daß sie sich lassen, wieder sich greifen und streicheln,
Beute nicht mehr der zersprengenden Kräfte,
Einziges Schicksal nur, einzige Liebe, einzige Blüte nur am einzigen Baum.

# MAX SCHIPPEL . DIE KRISIS DER GEMEIND. LICHEN GASVERSORGUNG



ÄHREND wir gern von einer starken allgemeinen Sozialisierungs-strömung träumen und für eine umfassende Entthronung der Privatwirtschaft Pläne über Pläne entwerfen (aus denen freilich Privatwirtschaft Pläne über Plane entwerten \aus achter gewöhnlich nichts wird\, hat im stillen schon längst eine ganz gewöhnlich nichts wird\, hat im stillen schon längst eine ganz nachdrückliche Bewegung gegen die ganze alte Staats- und Genachdrückliche Bewegung scheint leider mit viel

meindebetriebsweise begonnen, und diese Bewegung scheint leider mit viel weniger Erfolg- und Aussichtslosigkeit behaftet.

Man kann sogar sagen, daß ihr von ganz entgegengesetzten Seiten her gleichzeitig Nahrung und Kraft zufließen. Auf der einen Seite betont der äußerste. Radikalismus neuerdings mit besonderer Vorliebe, daß Verstaatlichung und Munizipalisierung an sich überhaupt nichts mit dem Sozialismus, das heißt mit einer grundlegenden Neugestaltung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit zu tun hätten. Auf der andern Seite sucht ein rühriges Interessententum den weitesten Kreisen zu beweisen, daß, vom durchschlagenden Standpunkt der Produktion aus gesehen, staatlicher und kommunaler Betrieb selten ein Fortschritt sondern in der Regel eine geradezu beängstigende Häufung aller Rückständigkeit sei. Und was das Niederdrückende dabei ist: Diese Auffassung gewinnt nicht nur zusehends an Anhängerschaft, sondern ihre Anhängerschaft wächst sogar innerhalb der staatlichen und kommunalen Verwaltungen selber, denen bisher wirtschaftliche Unternehmungen anvertraut waren und in zunehmendem Maß weiter übertragen werden sollten. In Berlin sind es heute nicht mehr bloß großkapitalistische Schichten, die die Übernahme des Straßenbahnnetzes auf die Stadt bedauern und rückgängig zu machen suchen. In Frankfurt am Main strebt man dahin den städtischen Regiebetrieb durch Herbeiführung einer Betriebsgemeinschaft zwischen den gemeindlichen Elektrizitäts-, Wasser- und Gaswerken und den Gaswerken der Frankfurter Gasgesellschaft Aktiengesellschaft zu vermeiden. Und eine keineswegs einflußlose Richtung möchte am liebsten alle möglichen kommunalen Wirtschaftszweige in einen ähnlichen Schmelzkessel einwerfen. Daß man diese grundsätzliche und tatsächliche Gegenströmung gegen den alten Staats- und Munizipalsozialismus, der nur mit Siegen zu rechnen berufen schien, nicht unterschätzen darf, zeigt neuerdings vor allem die Gasversorgung der mittleren und kleineren Gemeinden. Oder richtiger: zeigt vorerst die Gaserzeugung, von deren Gestaltung und Beherrschung aber zugleich die Bedingungen und Ausgestaltungen der Zuführung in den Verbrauch, sowohl der Einwohnerschaft wie der Gemeinden selber, maßgebend beeinflußt werden. In Sachsen hat diese Neuentwickelung während der jüngsten Zeit so rasch um sich gegriffen, daß man ohne Übertreibung bereits von einer schweren Krisis der Gemeinwirtschaft auf diesem wichtigen kommunalen Betätigungsfeld sprechen kann.



ERHÄLTNISMÄSSIG harmlos sieht auf den ersten Blick die Aufrichtung und Ausdehnung des Privatbetriebs in Bezirken aus, die bisher des Gases als allgemeiner Licht- und Wärmequelle Die Privatwirtschaft verdrängt hier keinen ganz entbehrten. öffentlichen Gemeinbetrieb, sie füllt nur eine Lücke aus, die

sonst vermutlich noch längere Zeit weiter bestehen bliebe. Ein Optimist

könnte sogar meinen: Sie weckt erst und stillt zugleich Bedürfnisse, die man bisher kaum empfunden hatte. Eine Beseitigung der verfluchten Bedürfnislosigkeit, um mit Lassalle zu sprechen, ist aber in solchem Fall immer ein Kulturfortschritt.

Dies ließe sich einigermaßen hören, wenn die zeitweilig mit einem Privatwerk verbundenen Gemeinden für die Zukunft ihre Selbständigkeit und selbständige Handlungsfähigkeit, die freie Wahl zwischen Fortbestand der Privatlieferung oder Übergang zur gemeindlichen Eigenversorgung behielten. Davon ist aber vom ersten Augenblick des Beschreitens dieser Bahn ab gar keine Rede mehr, und zwar auf Zeiträume hinaus, in denen nicht vorauszuahnende Umwälzungen in der Herstellung und im Bedarf sich vollziehen können. Die übliche Regelung zwischen Gemeinden und Privatkapital ist, daß die Anschluß an die private Gesellschaft suchende und gewinnende Gemeinde »innerhalb des gegenwärtigen und des zukünftigen Gemeindebezirks« die ausdrückliche Zusicherung erteilt: während der nächsten 25 Vertragsjahre »weder selbst ihre Siraßon und Plätze zur Fortleitung von Gas, Elektrizität oder sonst einem Licht-, Heiz- und Kraftmittel zu benutzen noch einem Dritten dies zu gestatten, weder zum Behufe der Straßenbeleuchtung noch zur Abgabe an Private, weder ober- noch unterirdisch«. Nach 25 Jahren allerdings ist der Gemeinde der Ankauf der Straßenleitungen und öffentlichen Beleuchtungseinrichtungen zugestanden, aber zu einem den Grundzügen nach im voraus bestimmten Preis, an den sich die Gemeinde kaum so leicht heranwagen wird. Übernimmt jedoch die Gemeinde die Anlagen nach 25 Vertragsjahren nicht auf Grund solcher getroffenen Vereinbarungen, so behält die Privatgesellschaft »die Befugnis die Gasanlagen in freier Konkurrenz mit einer gemeindlichen Gasanstalt oder einem sonst zuzulassenden Unternehmen fortzubetreiben, zu erweilern, den Gasabnehmern Gas nach freier Vereinbarung zuzuführen und in allen bestehenden oder künftig neu anzulegenden Straßen und Plätzen oder sonstigen öffentlichen Grundflächen alle Arbeiten vornehmen zu lassen, welche zur Ausübung des Geschäftsbetriebs erforderlich sind«. Die Gemeinde steht also auch nach 25 Jahren noch mit in Wirklichkeit vollkommen gebundenen Händen da. Sie muß, wie dereinst ein bäuerlicher Höriger gegenüber dem Grundherrn, das abnorme Ablösungskapital aufbringen, oder sie muß in das alte Joch der Privatgesellschaft zurückkehren; denn ein Eigenbetrieb oder die Gewinnung einer andern Privatunternehmung ist ganz undenkbar in Konkurrenz gegen ein eingewurzeltes, auf ein weit verästeltes Rohrnetz und eingelebte Verbindungen mit allen Haushaltungen sich stützendes kapitalkräftiges Privatwerk. Die moderne allgemeine Gasversorgung ist der wirtschaftlichen und technischen Natur der Sache nach stets Monopol: Monopol der zugelassenen Privatgesellschaft oder der Gemeinde. Die nach einem Vierteljahrhundert vorgesehene freie Konkurrenz nimmt also den Gemeinden in Wahrheit jede Möglichkeit zu freiem Entschluß.

Und zwar nicht nur den unmittelbar beteiligten sondern ebensosehr benachbar'en und den in ein solches Herrschaftsgebiet eingesprengten Gemeinden. Es soll gar nicht bestritten werden, daß beispielsweise das Gaswerk Mügeln (zwischen Dresden und Pirna), das von der Thüringer Gasgesellschaft geschaften wurde, mit seinen Einrichtungen und Anschlüssen eine große technische und wirtschaftliche Errungenschaft darstellt. Es versorgt ganze Amts-

hauptmannschaften mit dem persönlich, kommunal und oft sogar gewerblich lebenswichtigen Brennstoff. Es reicht in seinen Ausläufern westlich bis nach Dippoldiswalde, Schmiedeberg und Kipsdorf, südich bis nach Gottleuba, Berggieshübel, südöstlich und östlich bis nach Königstein und Gohrisch und jenseits der Elbe bis weit hinüber nach Hohnstein, es versorgt Wehlen und Rathen und selbst die Höhen der Bastei und zudem einzelne Orte rückwärts fast bis Pillnitz: im ganzen nach eigener, ein paar Jahre zurückliegender Angabe bereits 70 Gemeinden von zum Teil klangvollem Namen und mit meist glänzenden Zukunftsaussichten als Sommerfrischen, als Verkehrs-, Industrie- und Heimarbeitszentren. Noch größer ist aber die Zahl der innerhalb dieser weit abgesteckten vorläufigen Grenzen zwischenliegenden Gemeinden, und diesen allen ist höchstwahrscheinlich der Weg zu eigenen und selbst zu gemeinsamen Gemeindegaswerken versperzt und abgeschnitten.

Denn die Zeit hat aufgehört, wo jedes Dorf und jede Kleingemeinde an die Gründung einer kleinen Quetsche zur Gasgewinnung denken konnte, und wo die Gründungs- und Baufirmen (oft Großbetriebe und Tochtergesellschaften der Eisen- und Maschinenbranche, die schon um des Absatzes für ihre Erzeugnisse willen die Baulust mit allen Mitteln animierten) sich als Stürmer der Dörfer auftaten und, zuweilen unter anfänglicher Kapitalsbeteiligung, manche Bezirke mit einer Überzahl von technisch und finanziell ertragsunfähigen Gaserzeugungsstätten beglückten, die häufig zuletzt den Gemeinden schwere Kopfschmerzen bereiteten. Schon vor dem Krieg hatte es sich schlagend herausgestellt, daß, von wirklichen Großstädten ersten Ranges abgesehen, in Gegenwart und Zukunft nur noch ausgedehnte Gasfernwerke, gestützt auf eine ausgebreitete Unterlage von Mittel- und Kleingemeinden, leistungsfähig sein würden; die Kohlennot und Kohlenteuerung und die Pflicht mit einem so kostspieligen und raren Brennstoff haushälterischer denn je umzugehen haben hier vollends die letzten Zweifel beseitigt. Was zwischen den obengenannten Gemeinden eingebettet liegt, ist demnach, was die Licht- und Wärmeversorgung anlangt, gleichfalls im voraus ohne weiteres kommunalpolitisch gelähmt. Für ein Gassernwerk sehlen nach dem zielbewußten ersten Fußfassen der Thüringer Gasgesellschaft überall die genügenden allseitigen Ausstrahlungsmöglichkeiten. Auch für die noch nicht einbezogenen Gemeinden gibt es keine wirkliche Entschlußfreiheit mehr in dem ganzen weiten, den Raum zwischen langen Strecken der Elbe und der böhmischen Grenze, aber auch einen weiten Raum auf dem jenseitigen Ufer der Elbe füllenden Gebiet. Was sich noch nicht mit dem (unbestritten hervorragenden) Privatwerk verband, wird, in seiner Verlorenheit zwischen lauter versorgungsgebundenen Gemeinden und Bezirken, sehr bald in den Bannkreis des Privatwerks widerstandsunfähig fallen.

> EDOCH erliegen auch ältere Gemeindegaswerke dieser Anziehungskraft, seit dem Kriegsende und der Revolution förmlich reihenweise, weil die Ursachen hierfür sich außergewöhnlich zu häusen beginnen. Manche Gemeinden glauben schlechte Erfahrungen mit ihren Angestellten und Arbeitern gemacht zu haben

und sind dieses Ärgers bis an den Hals überdrüssig. Andere Gemeinden müssen ihre Gaswerke erweitern und modernisieren, in einer Zeit ungeheuerlichster Preissteigerung gerade für Eisen und Baumaterialien, sehen aber ihre Kassen gähnend leer und den Anleihemarkt entsprechend zugeknöpft

und ganz verschlossen. Man erkennt immer klarer, daß der Gemeindebezirk längst für einen sachgemäßen Überbau von Gaserzeugung und Gasver eilung zu eng geworden ist. Das Gasfernwerk taucht als Notwendigkeit auf, aber die Eifersucht zwischen den werkbesitzenden Gemeinden gönnt in der Regel keiner der rivalisierenden Verwaltungen den Zuwachs an Besitz und Einfluß jede fühlt sich, mit wenigen Ausnahmen, in gleicher Weise dazu berufen und kämpft bis aufs Messer um ihren vermeintlichen oder wirklichen Vorrang bei der Auswahl des Sitzes der neuen Großunternehmung. Auch rechtliche Schwierigkeiten erheben sich, vor allem Schwierigkeiten bei der Bildung und Entwickelung von interkommunalen Zweckverbänden; unsere Gemeindegesetzgebung hat sich noch lange nicht genügend den immer stärker sich ausprägenden interkommunalen Produktions- und Verkehrsbedürfnissen angepaßt. und der Kommunalisierungsgesetzen wurf, der hier immerhin einige Fortschritte ankündigt, scheint über sein bisheriges stilles Aktenleben nicht so bald hinauskommen zu wollen.

Für ein auf Menschenbehandlung sich verstehendes kapitalis(isches Ausdehnungsstreben kann somit der Boden kaum besser vorbereitet sein. Man braucht meist nur eine der rivalisierenden Gemeinden zu gewinnen und kann sich dies ruhig einige Opfer kosten lassen, und oft ist damit für einen weitgestreckten Bezirk die ganze Lösung der Frage des interkommunalen Ferngaswerks zwangsläufig bestimmt. Ein zweites oder gar drittes Ferngaswerk erscheint für die Außenseitergemeinden von dem Augenblick des kapitalistischen Durchstoßes an der Einbruchsstelle vollkommen unlohnend, ein Konkurrenzkampf mit der verbündeten Großindustrie und Erstlingsgemeinde geradezu sinnlos kräfteverwüstend. Entweder ble bt man aus Trotz und verletztem Selbstgefühl noch einige Zeit an der eigenen überlebten Betriebsweise haften, oder man streicht sofort die Segel, und oft bildet die Rivalität der einzelnen Gemeinden dann abermals den wirksamsten Antrieb zu der um sich greifenden kommunalen Waffenstreckung, die sich von Anfang an nur durch ein gewisses Solidaritätsgefühl und eine ernste Verständigungsbereitschaft zwischen den Gemeinden hätte vermeiden lassen. Gar nicht selten endet der kapitalistische Vorstoß sogar damit, daß eine Gemeinde der andern beim unvermeidlich scheinenden Anschluß zuvorzukommen sucht. weil die später Zugreifenden befürchten müssen weniger zu ihrem Recht und Nutzen gelangen zu können als diejenigen, die schon bei der Entwerfung der ersten Grundzüge beteiligt waren.

Die letzten Erfahrungen in Sachsen wiederholen hier fast immer das gleiche Bild. Im Obervog land plante man ein Gasfernwerk, aber man kam seitens der interessierten Gemeinden zu keiner Verständigung. Das Thüringer Privatunternehmen machte zu rechter Zeit der überaus günstig zentral gelegenen Stadt Markneukirchen ein vorteilhaftes Angebot für Pachtung ihres Gaswerks und für dessen Vergrößerung zu einem Ferngaswerk für das ganze Obervogtland. Damit flogen alle alten, rein aus kommunalen Kreisen und Interessen stammenden Wünsche und Pläne auf. Bad Elster, die Stadt Adorf, die Stadt Klingen hal gliederten sich in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung der Thüringer Gesellschaft an. Erlbach ließ sein Gemeindegaswerk gleichfalls in die Betriebsführung der Gesellschaft übergehen. Bis an die böhmische Grenze und über diese hinüber nach Tschechien laufen die Lieferpläne und Abmachungen der neuen Zentrale, die, selbst wenn man der Ge-

sellschaft mit beschränkter Haftung günstigere Seiten zuerkennen will, ganz etwas anderes ist als ein homogener Bund der heute und künftig gasversorgten Gemeinden, der mit einer gemeinsamen interkommunalen Gaserzeugungsstätte ausgerüstet ist. Im Rochlitz-Leisniger Revier schien für die Gemeinden Hartha, Geringswalde, Colditz, Wechselburg, Lunzenau, Penig, Waldheim und andere (lauter überaus betriebsame Mittelstädte) ein gemeinsames Ferngaswerk eine Zeitlang in Aussicht zu stehen. Rivalitäten zwischen Rochlitz und Leisnig brachen aus. Die Thüringer Gasgesellschaft wußte eine Vereinbarung mit Rochlitz zu erringen, ähnlich wie die erwähnte mit Markneukirchen. Colditz und Geringswalde traten hier dem üblichen Vertrag einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung rasch bei; und seitdem ist über die Frage eines interkommunalen Gasfernwerks in diesem ansehnlichen sächsischen Landstrich ähnlich das Urteil gesprochen wie im Obervogtland. In der Gegend von Hainichen, nördlich von Chemnitz, war eine ähnliche Entwickelung vorausgegangen. In der Gegend von Radeberg-Kamenz-Bischofswerda-Pulsnitz entspinnt sich soeben eine gleiche Vorstoß- und Minierarbeit. In den Bezirken Aue und Schwarzenberg kriselt es gleichfalls längst schon.

USSERHALB der Großstädle werden wir in Sachsen, wenn es im gleichen kapitalistischen Eilmarsch weitergeht, sehr bald die wirklich noch kommunalen modernen Gaswerke (Groß- und Ferngaswerke) mit der Diogeneslaterne suchen können. Die öffentliche Meinung ist über diese Vorgänge noch sehr wenig auf

geklärt, und selbst wo sie sich mit der Angelegenheit befaßte, nahm sie diesen Niedergang des einst so siegesgewissen munizipalsozialistischen Gedankens ziemlich gleichmütig auf.

Die in erster Linie hier mitsprechenden Gemeinden pochen auf ihr Selbstbestimmungsrecht, und ihre zeitweilig unbestreitbar zu erzielenden finanziellen Vorteile: den Gemeinden der Einbruchsstelle sichert die Thüringer Gasgesellschaft oft, statt eines frühern verzweifelten Kampfes mit dem Betriebsdefizit, eine ganz annehmbare feste Überschußjahresrente zu, und das Solidaritätsbewußtsein zwischen den Kommunen, das den Zug nach dem individuellen Sondervorteil allenfalls abschwächen und überwinden könnte, ist, wenn überhaupt, beschämend schwach entwickelt.

Die Staatsregierung hat allenfalls einige Eingriffsbefugnisse, weil die gewöhnlich (auch bei den grundlegenden Gesellschaftsverträgen zwischen Gemeinden und Privatunternehmen) notwendig werdenden kommunalen Anleihen der staatlichen Genehmigung bedürfen und ebenso (in Sachsen) die Übernahme bleibender Verbindlichkeiten und Verträge, durch die an den der Gemeinde gehörigen Wegen und anderen öffentlichen Einrichtungen Sonderbenutzungsrechte auf länger als 5 Jahre eingeräumt werden. Meist aber kommt der Staat, wenn er von diesen Befugnissen Gebrauch machen will, viel zu spät angesichts vollendeter Tatsachen, die keine Rückbildung mehr ohne anderweite Nachteile vertragen; von der Möglichkeit der willentlichen, oft ganz raffinierten Umgehung dieser Eingriffsvoraussetzungen abgesehen.

Aber muß man dies alles wie eine Schicksalsfügung widerstandslos hinnehmen? Muß dies vor allem unsere Partei tun, die so viel von Verstaatlichung und Kommunalisierung spricht?

#### HANS MÜLLER . GEDANKEN ZUR NEUGESTAL-TUNG DES GENOSSENSCHAFTSRECHTS



U den zeitgemäßen und sozialpolitisch wichtigsten Aufgaben, die Gesetzgebung fast aller modernen Staaten mit einem entwickelten Genossenschaftswesen zu lösen hat, gehört unzweifelhaft die grundlegende Reform des Genossenschaftsrechts, obwohl die Einsicht, daß sie überhaupt notwendig sei, heute noch

keineswegs allgemein verbreitet ist.

Von allen bisher erlassenen und gegenwärtig in Kraft befindlichen Genossenschaftsgesetzen darf ausnahmslos behauptet werden, daß sie dem Wesen, den Entwickelungsbedürfnissen und der Bedeutung der Genossenschaften nicht gerecht werden, und zwar um so weniger, je wertvoller sich uns die Genossenschaften unter sozialpolitischem Gesichtspunkt darstellen. Diese große Rückständigkeit, die die Genossenschaftsgesetzgebung aller Länder auszeichnet, hängt teilweise ohne Zweifel mit der inhärenten Eigenschaft jeglicher Gesetzgebung zusammen: in mehr oder weniger weitem zeitlichen Abstand der tatsächlichen Entwickelung neuer sozialer und wirtschaftlicher Lebensformen nachzuhinken; (eilweise aber hat sie auch ihre Ursache darin, daß das Wesen der Genossenschaften und die spezielle Rolle, die sie im Umbildungsprozeß unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu spielen berufen sind, theoretisch nur mangelhaft erfaßt werden. Bezeichnend für die Rückständigkeit unserer sozialökonomischen Wissenschaft in der Beurteilung des Genossenschaftswesens ist wohl die Tatache, daß sie es noch nicht zur Erkenntnis des Arbeitsinteresses als des fundamentalen Wirtschaftsprinzips aller Formen von Genossenschaften und damit auch nicht zu einer klaren Begriffsbestimmung dessen, was eine Genossenschaft ist und charakterisiert, gebracht hat. Auch in der Genossenschaftspraxis haben sich die auf diesem Gebiet führenden Männer noch keineswegs allgemein zu einer klaren Einsicht dessen erhoben, was als die gemeinsame und tiefste Triebkraft in aller Genossenschaftsbildung wirkt, und eine an großen Gesichtspunkten orientierte, weitausschauende Genossenschaftspolitik ist nur selten anzutreffen. Damit hängt es wohl auch zusammen, daß bisher aus den Kreisen der Genossenschaftsverbände so wenig Anregungen zur Reform der Genossenschaftsgese zgebung gegeben sind, und daß selbst dort, wo eine solche Reform zur Sprache gekommen ist, die vorgebrachten Wünsche und Ideen sich auf Punkte von mehr oder weniger untergeordneter Bedeutung bezogen haben.

Und doch ist unschwer einzusehen, daß eine Zeit, die den Sozialismus in der Wirklichkeit zu gestalten strebt, auch für die Genossenschaften, die, wenigstens in verschiedenen ihrer wichtigsten und verbreitetsten Formen, an dieser Aufgabe in entscheidender Weise mitzuarbeiten haben, eine bessere, breitere, prinzipiell neue Rechtsgrundlage zu schaffen den Beruf hat. Die sozialistischen Parteien, die diese gesetzgeberische Notwendigkeit verkennen, erschweren und schädigen die Sache, die sie vertreten. Unter die Forderungen, für die heute eine zielklare sozialistische Politik sich mit aller Entschiedenheit einzusetzen hat, gehört unbedingt eine Umgestaltung der Genossenschaftsgesetzgebung, dergestalt, daß die sozialisierenden Tendenzen, die in dem Genossenschaftswesen enthalten sind, zum ungehinderten Durchbruch und freier Entfaltung gebracht werden.



S sollen hier nicht alle die Punkte aufgezählt werden, in denen heute die Genossenschaftsgesetzgebung erneuert, erweitert und ergänzt werden muß. Beschränken wir uns darauf die 6 wichtigsten Forderungen anzuführen und kurz zu begründen, die eine sozialistische Politik im besten Interesse der Genossenschaften.

selbst wie auch der Entwickelung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Sozialismus bei der Reform des Genossenschaftsrechts zu stellen und durchzuführen hätte. Es sind dies die folgenden:

1. Begriffsumschreibung der Erwerbs- und der Wirtschaftsgenossenschaften und gesonderte gesetzliche Regelung ihrer Verhältnisse und Organisation im

Genossenschaftsgesetz;

 Sorge für eine stetig und unbeschränkt fortschreitende Vergrößerung des genossenschaftlichen Vermögens und Schutz gegen seine Verminderung und

Aufterlung;

3. Aufhebung des rein privatrechtlichen Charakters der Wirtschaftsgenossenschaften und deren Ausrüstung mit dem Enteignungsrecht in allen Fällen, wo dieses für ihre planmäßige Entwickelung zu Wirtschaftsgemeinden erforderlich erscheint;

4. Feststellung der Grundsätze des genossenschaftlichen Arbeitsrechts;

5. Regelung des Verbandswesens der Wirtschaftsgenossenschaften im Sinn ihres obligatorischen Anschlusses an Bezirks- und Landesverbände mit den Kompetenzen zur Revision, Schlichtung interner Streitigkeiten und Abgrenzung ihrer Wirtschaftsgebiete;

6. Schaffung eines Reichsgenossenschaftsamts.

Die begriffliche Trennung der Erwerbsgenossenschaften von den Wirtschaftsgenossenschaften und die gesonderte gesetzliche Regelung der Verhältnisse und Organisation beider Arten im Genossenschaftsgeselz muß man, im Gegensatz zu der bisher von der Gesetzgebung befolgten Praxis ihrer Identifizierung und Gleichstellung, schon deshalb verlangen, weil das diesen beiden Hauptformen der Genossenschaften zugrunde liegende Arbeitsinteresse sich darin wirtschaftlich und sozial differenziert und deshalb auch zur Ausbildung verschiedener Grundsätze und Tendenzen geführt hat. Schulze-Delitzsch, dem wir die Ausdrücke Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft verdanken, der sie aber nirgends näher definiert hat, brachte sie zuerst in dem von ihm ausgearbeiteten Entwurf eines preußischen Genossenschaftsgesetzes zur Anwendung. Die einen bezwecken die Förderung des Erwerbs, die anderen die Förderung der Wirtschaft ihrer Mitglieder mittels eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs. Die Mitglieder der Erwerbsgenossenschaften beabsichtigen durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß entweder ihre Arbeitskraft oder ihre Arbeitsprodukte ertragreicher zu verwerten oder aber ihre privaten Geschäftsbetriebe ertragreicher zu gestalten. Alle Erwerbsgenossenschaften, zu denen die Produktivassoziationen, die Verkaufsgenossenschaften, die Kredit- und Rohstoffgenossenschaften usw. zählen, sind Genossenschaften von selbst arbeitenden Unternehmern, deren Einkommen sie vergrößern sollen. Ihre Tendenz ist deshalb auch an sich keineswegs antikapitalistisch. Die Grundsätze, nach denen die Erwerbsgenossenschaften in ihrer wirtschaftlichen Befätigung handeln müssen, sind die eines gewöhnlichen Geschäftsmanns. Ganz anders liegen die Dinge bei den Wirtschaftsgenossenschaften. Ihre Mitglieder sind Personen, die durch ihren ge-

nossenschaftlichen Zusammenschluß bezwecken: ein schon erworbenes Einkommen, das in 99 von 100 Fällen ein Lohn- und Arbeitseinkommen ist, möglichst ökonomisch zu verwenden. Alle Wirtschaftsgenossenschaften, denen die Konsum-, die Bau- und Wohn- sowie die Versicherungsgenossenschaften gehören, sollen nicht das Einkommen ihrer Mitglieder steigern sondern nur dessen Kaufkraft erhöhen respektive gegen Schmälerungen durch de kapitalistische Profitmacherei und Spekulation auf dem Waren- und Wohnungsmarkt schützen. Ihre Tendenz ist deshalb auch antikapitalistisch: Sie wollen den Profit im Preis aller Waren und Dienstleistungen ausschalten; sie streben nach der Verwirklichung eines neuen ökonomischen Prinzips, des Prinzips des Austausches gleicher Arbeitswerte. Sie stehen zur kapitalistischen Unternehmung und Wirtschaftsordnung in einem fundamentalen Gegensatz, verkörpern sozialistische Geschäftsgrundsätze. Es liegt nun auf der Hand, daß derartige Genossenschaften, weil grundverschieden von den Erwerbsgenossenschaften, auch einer besondern rechtlichen Form und Regelung bedürfen. In einer Form, die auf die Bedürfnisse und Eigenart der Erwerbsgenossenschaften zugeschnitten ist, kann sich das innere Wesen der sozialistischen Wirtschaftsgenossenschaften nicht ungehemmt entwickeln und klar ausprägen. Darunter hat denn auch die Ausbildung der Wirtschaftsgenossenschaften bisher mehr gelitten als ihnen selbst zum Bewußtsein gekommen ist. Statt ihre sozialistische Grundtendenz machtvoll zu entfalten, blieben sie offmals in kapitalistischen Vorstellungen und Praktiken stecken. Sollen aus den Wirtschaftsgenossenschaften Faktoren werden, die kräftig und zielsicher an der Sozialisierung unserer Volkswirtschaft mitzuarbeiten imstande sind, so müssen sie aus der engen rechtlichen Verbindung mit den Erwerbsgenossenschaften herausgelöst werden und eine selbständige Rechtsform, eine besondere juristische Regelung aller ihrer Verhältnisse erhallen. Hier liegt namentlich für die neue deutsche Republik eine gesetzgeberische Aufgabe vor, die ebenso zeitgemäß wie fruchtbar ist. Schon in ihrer gegenwärtigen, vielfach noch unausgebildeten Gestalt haben einzelne Wir'schaftgenossenschaften (ich erinnere nur an die rühmlich bekannte Hamburger Produktion), die das Bewußtsein ihrer wirtschaftlich sozialistischen Eigenart neue Bahnen betreten ließ, den Beweis erbracht, daß sie sich in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer bedeutungsvollen Stellung im lokalen Wirtschaftsleben aufzuschwingen vermögen. Die in den Wirtschaftsgenossenschaften liegenden Sozialisierungskräfte sollte eine konstruktive sozialistische Politik nicht länger brach liegen lassen sondern sie durch Schaffung eines neuen ihnen angepaßten Genossenschaftsgesetzes entfesseln und großziehen.

Unter den diesem Zweck dienenden gesetzgeberischen Mitteln stehen die Pflege und der Schutz des genossenschaftlichen Eigentums an erster Stelle. Das Vermögen aller Wirtschaftsgenossenschaften besitzt die Eigenschaft, daß es nicht Kapital im Sinn eines aus der Volksarbeit Mehrwert herauspressenden Produktionsmittels ist. Es haften an ihm keine kapitalistischen Tributrechte mehr. Es ist freies gesellschaftliches Eigentum, wie es der Sozialismus fordert, geworden; seine Früchte kommen dem gesamten arbeitenden Volk zugut. Die Produktionsmittel, die einmal in den Besitz einer Wirtschaftsgenossenschaft übergegangen sind, dienen nicht mehr der Ausbeutung der Arbeit sondern helfen sie emanzipieren. Es ist niemand mehr da, der aus ihnen einen Zins, eine Dividende, eine Rente bezöge. Daraus ergibt sich von selbst das große Interesse der sozialistischen Politik an dem steligen

und unbegrenzt fortschreitenden Wachstum des Eigentums der Wirtschaftsgenossenschaften. Aber auch die Wirtschaftsgenossenschaften streben aus innerer ökonomischer Notwendigkeit nach einer fortwährenden Mehrung ihres Besitzes. Je größer dieser wird, desto fester wird ihr Bestand und desto höher ihre Leistungsfähigkeit und Überlegenheit gegenüber den kapitalistischen Unternehmungen. Diese sind genötigt für die Besitzer ihrer Produktionsmittel Profite und andere Formen arbeitslosen Einkommens herauszuwirtschaften. Die Wirtschaftsgenossenschaft braucht das nicht zu tun, sie kann also ihre Mitglieder um so billiger und besser bedienen, je größer ihr eigenes Vermögen ist. Deshalb sollte die Gesetzgebung alle Vorkehrungen treffen, um die genossenschaftliche Besitzbildung zu fördern und sicherzustellen. Das kann auf mannigfache Art geschehen. Zunächst sind die Wirtschaftsgenossenschaften selbst dazu anzuhalten, daß sie von ihrem jährlichen Überschuß einen gewissen Minimalprozentsatz ihrem Vermögen einverleiben. Sodann sind sie von aller Art von Steuern, die ihnen bisher, oft im Widerspruch mit dem Sinn des Gesetzes und in der ungerechten Absicht sie künstlich an ihrem Wachstum zu verhindern, aufgebürdet wurden, zu befreien. Schließlich sollte das Genossenschaftsvermögen allfälligen Aufteilungsgelüsten der Genossenschaftsmitglieder gesetzlich entzogen werden; es könnte bestimmt werden, daß im Fall der Liquidation einer Wirtschaftsgenossenschaft ihr Vermögen an den Verband, dem sie angeschlossen war, so lange überzugehen hätte, bis sich in der betreffenden Lokalität eine neue Genossenschaft mit ähnlicher Zweckbestimmung bilden würde. Dadurch würde ein neuer Rechtsgedanke realisiert: der, daß das Genossenschaftseigentum niemals wieder Privateigentum werden soll.

In der gleichen Richtung bewegt sich der Vorschlag die Wirtschaftsgenossenschaften ihres rein privatrechtlichen Charakters zu entkleiden und sie mit allen den zu ihrer Entwickelung erforderlichen öffentlich rechtlich en Kompetenzen, speziell dem Enteignungsrecht gegenüber Privatunternehmungen, auszurüsten. Erkennt man an, daß die Wirtschaftsgenossenschaften nicht für irgendeinen persönlichen Profit sondern im allgemeinen Interesse und Nutzen ihrer Mitglieder, als die sich ihnen alle Personen ohne Unterschied leicht anzuschließen die Möglichkeit haben, wirtschaften, so ist die juristische Konsequenz, daß sie Organisationen sind, die nicht mehr ausschließlich dem Privatrecht sondern auch dem öffentlichen Recht angehören. Sie gehen wohl noch aus der Initiative von Privatpersonen hervor, sind aber doch, ähnlich wie die Gemeinde, eine gemeinwirtschaftliche Korporation, deren Zweck und Organisation durch Rücksichten des öffentlichen Wohls bestimmt werden. Daraus folgt, daß sie auch mehr Rechte beanspruchen dürfen als private, für den individuellen Gewinn bestehende Kapitalunternehmungen. Diese stehen oft namentlich dort, wo sie ein faktisches Monopol ausüben, dem allgemeinen Besten hinderlich im Weg, bedeuten für weite Volkskreise eine drückende, ihren Wohlstand schmälernde Last. Ist daher der Fall gegeben, daß eine einzelne Wirtschaftsgenossenschaft oder ein Verband von solchen, die Funktionen von Privalunternehmungen, zu denen auch Aktiengesellschaften, Kartelle, Trusts und dergleichen gehören, im Interesse der Allgemeinheit zu übernehmen und damit deren Monopolstellung zu brechen willens und imstande ist, so sollte auch die genossenschaftliche Lokal- respektive Verbandsorganisation das Recht besitzen das Expropriationsverfahren gegenüber der betreffenden Unternehmung einzuleiten. Diese Waffe

in der Hand der Genossenschaften würde in sehr vielen Fällen schon einen heilsamen Einfluß auf die Preispolitik kapitalistischer Großunternehmungen ausüben und ihren Volksausplünderungstendenzen Zügel anlegen. Die Formen und Bedingungen, unter denen das Expropriationsverfahren stattzufinden hätte, müßten durch besondere Gesetze ähnlich denen, die schon für die Expropriationen des Staates, der Gemeinden, Eisenbahngesellschaften usw. bestehen, geordnet werden. Ein derartiges Gesetz würde voraussichtlich dem Sozialisierungsprozeß viel wirksamer Vorschub leisten und den ökonomischen Nutzeffekt solcher Aktionen besser garantieren als die bisher auf diesem Gebiet unternommenen Versuche.

Von nicht geringerer Bedeutung für die Entwickelung der Wirtschaftsgenossenschaften zu sozialen Wirtschaftsgemeinden wäre es, wenn das Genossenschaftsgesetz es auch unternehmen würde das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis in seinen Hauptpunkken zu ordnen, die Grundsätze des genossenschaftlichen Arbeitsrechts festzulegen. Die Unsicherheit, die heute in dieser Beziehung herrscht, bildet ohne Frage ein nicht unbeträchtliches Hemmnis für die Ausdehnung der Tätigkeit der Genossenschaften auf dem Gebiet der Produktion. Die Genossenschaften sind schon oftmals das Opfer des Unverstands und der Kurzsichtigkeit ihres Personals geworden, das nicht selten von der Ansicht ausgeht, daß die Genossenschaft nicht in erster Linie zur Förderung der Interessen aller ihrer Mitglieder, das heißt des gesamten arbeitenden Volks, sondern für die von ihr beschäftigten Angestellten und Arbeiter da sei. Auf eine Privilegierung der Sonderinteressen einer kleinen Schicht von Arbeitern darf indessen die Genossenschaftsbewegung nicht hinauslaufen, wenn sie ihre große sozialwirtschaftliche Mission zu erfüllen fähig bleiben soll. Gewiß ist das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis ein solches, das von vornherein den Arbeitern größere Rechte gewährt, und in dem es keine Ausbeutung geben darf. Andrerseits besieht aber auch für die Arbeiter genossenschaftlicher Betriebe unzweiselhaft die Pflicht alles zu tun, was deren Leistungsfähigkeit zu erhöhen geeignet ist, und auf alle Handlungen zu verzichten, die die natürliche Überlegenheit der gemeinwirtschaftlichen Betriebsorganisation gegenüber der kapitalistischen in Frage stellen würde. Den größeren Rechten und besseren Arbeitsbedingungen entsprechen auch größere Pflichten, ein stärker entwickeltes Verantwor(lichkeitsbewußtsein und das ehrliche Bestreben sein Bestes zu leisten. Wie der Arbeiter von der ihn beschäftigenden Genossenschaft mit Recht verlangt, daß sie ihm in ihren Betrieben eine freiere, mehr gesicherte und seine Menschenwürde besser respektierende Stellung einräumt als es die kapitalistische Unternehmung tut, so muß aber auch die Genossenschaft von ihren Angestellten verlangen, daß sie sich als disziplinierte Diener des wirtschaftlichen Volkswohls fühlen, und nicht als eine neue Herrenkaste, die, ohne Rücksicht auf jenes, für möglichst wenig Leistung ein möglichst hohes Entgelt herauszuschlagen sucht. Es ist dem Genossenschaftspraktiker bekannt, daß heute das Arbeitsverhältnis in den Wirtschaftsgenossenschaften vielfach noch nicht so beschaffen ist wie es sein sollte, daß sowohl von oben, der Leitung, wie von unten, dem Personal, nicht selten Fehler gemacht werden; es entbehrt vielfach der Durchdringung mit dem genossenschaftlichen Geist. Wenn sich nun auch dieser Mangel nicht völlig durch eine gesetzliche Regelung des genossenschaftlichen Arbeitsrechts beseitigen läßt, so ist doch sehr wohl denkbar, daß durch eine

Reihe von Vorschriften die richtige Gestaltung des genossenschaftlichen Arbeitsverhältnisses gefördert und grobe Verletzungen der berechtigten Interessen der Kontrahenten verhütet werden könnten.

Als weiterer Punkt, der von einem zukünftigen Genossenschaftsgesetz eingehend geordnet werden sollte, sei das Verbandswesen der Wirtschaftsgenossenschaften angeführt. Ohne Übertreibung darf behauptet werden, daß die Wirtschaftsgenossenschaft erst im Verband, in der Gemeinschaft mit ihresgleichen, wahrhaft lebensfähig wird und ihre höchste Bestimmung zu erreichen vermag. Wie die einzelne Gemeinde nichts ist ohne den alle Gemeinden umfassenden Staat, so ist auch die einzelne Wirtschaftsgenossenschaft nichts ohne die Föderation, die sie mit allen anderen ihrer Art zu einem neuen, höhern Organismus verbindet. Von der Wahrheit dieses Satzes legt die Geschichte der modernen Genossenschaftsbewegung auf jeder ihrer Seiten hundertfältig Zeugnis ab. Ohne Verbandsorganisation vermögen die Genossenschaften nun einmal keine volkswirtschaftliche Bedeutung zu erlangen. Da nun aber dem Staat als der Personifikation der Volksinteressen sehr daran gelegen sein muß, daß das Genossenschaftswesen seine die Volkswirtschaft reformierenden und sozialisierenden Tendenzen möglichst kräftig entfalte, so hat er auch dafür zu sorgen, daß das Verbandswesen der Genossenschaften zweckmäßig geregelt werde. Vornehmster Grundsatz ist dabei, daß jede Genossenschaft verpflichtet sei sich einem Verband anzuschließen, und daß für jede Genossenschaft auch nur ein Verband bestehen dürfe. Das Bestehen mehrerer Verbände, die die gleichen Zwecke verfolgen, ist zweckwidrig und sinnlos, weil es Zersplitterung der Kräfte und Verminderung der Leistungsfähigkeit bedeutet. Daß dieser eine Verband ein rechter, wohlgeordneter und seine Zwecke gut erfüllender Verband sei, dafür hat dann allerdings der Staat Sorge zu tragen. Bei aller Anerkennung des Selbstverwaltungsrechts der genossenschaftlichen Zentralorganisationen darf er doch ein Aufsichtsrecht darüber in Anspruch nehmen, um so mehr, als er sie ebenfalls mit öffentlichrechtlichen Kompetenzen ausstattet, ihnen die Befugnis überträgt die ihnen angeschlossenen Genossenschaften zu revidieren, deren Streitigkeiten. die innerhalb ihrer Verwaltung entstanden sind, zu schlichten, eventuell sogar rechtskräftige Urteile zu fällen und dafür zu sorgen, daß die lokalen Genossenschaften einander nicht Konkurrenz machen, indem sie in ihr Wirtschaftsgebiet eindringen und übergreifen, was mit dem genossenschaftlichen Gedanken einer planmäßigen Ordnung der wirtschaftlichen Funktionen nicht verträglich ist. Ist schon die lokale Wirtschaftsgenossenschaft der in ihr verkörperten Idee zufolge nicht mehr eine rein privatrechtliche Korporation, so ist es noch viel weniger der Wirtschaftsgenossenschaftsverband. Er stellt einen integrierenden Bestand'eil der vom Volk selbst organisierten und nach seinem Willen geordneten Volkswirtschaft dar, und es kommt ihm deshalb auch zu, daß er ein Stück Verfassung bildet, der öffentlichen Rechtsordnung des Gemeinwesens organisch mit bestimmten Befugnissen und Pslichten eingeordnet wird. Er hat über seine gesamte Tätigkeit und Geschäftsgebarung öffentlich Bericht zu erstatten und Rechnung abzulegen; ihm ist, sofern er nicht bloß der Interessenvertretung und Revision der ihm angeschlossenen Genossenschaften dient sondern auch für sie wirtschaftliche Funktionen ausübt (als zentrale Einkaufs- und Produktionsorganisation), ebenfalls das Expropriationsrecht zu verleihen. Außerdem ist ihm das Recht sich zu den Gesetzent-



würfen zur Regelung wirtschaftlicher Angelegenheiten gutachtlich zu äußern einzuräumen. Eventuell und un'er gewissen Bedingungen könnte ihm auch die Befugnis zur Ausgabe von Obligationen mit Staatsgarantie zuerkannt werden. Kurz, die Wirkungssphäre und Leistungsfähigkeit der Verbandsorganisationen ließen sich mittels der Genossenschaftsgesetzgebung noch in mancher Hinsicht erweitern und vergrößern.

Als eigentliches Bindeglied zwischen den aus der Sphäre rein privatrechtlicher Gebilde heraustretenden Wirtschaftsgenossenschaften und ihren Verbänden einerseits und der Staatsverwaltung andrerseits sei endlich ein Reichs-respektive Landesgenossenschaftsamt in Vorschlag gebracht. Es ist sowohl als die oberste Beobachtungs- und Kontrollstelle für die gesamte Genossenschaftsbewegung eines Staates als auch als das höchste Verwaltungs- und Rechtsprechungsorgan in allen genossenschaftlichen Angelegenheiten gedacht. Es hätte über die Durchführung des Genossenschaftsgesetzes zu wachen, die genossenschaftliche Statistik zu pflegen respektive für ihre Durchführung durch die Verbände die erforderlichen Anweisungen zu erlassen. Ansätze zu einem solchen Amt in der Staatsverwaltung sind bereits vorhanden. In England ist es der Chief Registrar der Industrial and Provident Societies, der das dieses angehende Gesetz handhabt respektive seine Befolgung in den Statuten und der Geschäftsgebarung der Genossenschaften überwacht; in Deutschland läßt sich die Preußische Zentralgenossenschaftskasse die Pflege der genossenschaftlichen Statistik angelegen sein. In einem Staatswesen, das dem Genossenschaftswesen eine systematische Pflege und verständnisvolle Fürsorge durch seine Gesetzgebung angedeihen läßt, hätte ein Genossenschaftsamt jedenfalls viele dankbare Aufgaben zu lösen und führte dazu, daß die Fehler in Behandlung der Genossenschaften durch staatliche Organe, die leider so oft noch verzeichnet werden müssen, einmal aufhörten. Es könnte auch für die Fortentwickelung der Genossenschaftsgesetzgebung, überhaupt für die Ausbildung einer richtigen und fortschrittlichen Genossenschaftspolitik dem Gemeinwesen gute Dienste leisten.

JR einen einsichtigen Genossenschafter, der das seiner Organisation zugrunde liegende Prinzip in allen seinen Konsequenzen zu umfassender Entwickelung bringen möchte, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß ein Genossenschaftsgesetz, das die von uns skizzierten Institutionen schüfe, ein ganz gewaltiger Fort-

schritt für die Genossenschaftsbewegung wäre, ja geradezu den Anbruch einer neuen Ära für diese zu bedeuten hätte. Ebensowenig kann in Abrede gestellt werden, daß die dem modernen Genossenschaftswesen zugrunde liegenden Entwickelungstendenzen auf eine Ausgestaltung der Genossenschaftsgesetzgebung in der hier angedeuteten Richtung hindrängen. Das freie, demokratisch organisierte politische Gemeinwesen, das an die Stelle des alten Herrschafts- und Obrigkeitsstaates getreten ist, und die als Genossenschaft organisierte demokratische Gemeinwirtschaft sind von gleichem Fleisch und Blut, sind Brüder. Sie müssen sich einmal als solche erkennen, und sie haben den Beruf für das Wohl des Volks zusammenzuarbeiten. Aufgabe einer klugen sozialistischen Partei- und genossenschaftlichen Verbandspolitik wird es sein solchen Bruderbund zu stiften und durch den Erlaß eines von echtem Genossenschaftsgeist erfüllten Gesetzes zu besiegeln.

#### ALBIN MICHEL • DER DROHENDE RÜCKGANG DER DEUTSCHEN QUALITÄTSARBEIT

IE im allgemeinen so hat auch für Deutschland der Krieg mit seinen vielen wirtschaftlichen und sozialen Nebenerscheinungen ein Herabgehen der qualifizierten Arbeit zur Folge gehabt. Das ist natürlich. In der Hauptsache wurde für die Kriegsbedürfnisse gearbeitet. Diese Arbeiten waren meist nur recht mechanischer

Art. In Metallbetrieben mit vorher hochstehenden Leistungen wurden Granaten gedreht, in Betrieben der Holzindustrie, wo vorher gute Möbel hergestellt worden waren, wurden Kisten angesertigt usw. Durch Nichtanwendung vorher erworbener handwerklicher Geschicklichkeit hat dabei gar manche hochwertige Arbeitskraft in ihrer Leistungsfähigkeit Einbuße erlitten. Ein weit größerer Schade für die Erhaltung und Höherführung unserer qualifizierten Arbeit ist aber während des Krieges dadurch entstanden, daß die Zahl der Lehrlinge ständig geringer wurde. Zunächst wurden viele Meister eingezogen. Damit war für viele Lehrlinge das Lehrverhältnis zu Ende, oder die Lehrlinge wurden in den zu Teilarbeiten eingestellten Betrieben noch zu Arbeiten herangezogen, die eine regelrechte Ausbildung nicht zuließen. Das geschah, weil es an Lehrmeistern fehlte, und dann noch mehr, weil die Eltern immer mehr darauf sehen mußten, daß die Kinder gleich nach der Entlassung aus der Schule Geld verdienten. Dabei blieb es auch nach Beendigung des Krieges, so daß die Zahl der Handwerkslehrlinge, also der zukünftigen qualifizierten Arbeiter, überall ganz wesentlich herabging.

Wir haben beinahe 4, vielleicht 5 Jahrgänge an qualifizierten Arbeitern verloren, und es ist, wenn bei der Ausbildung nicht neue Wege beschritten werden, kaum Aussicht vorhanden, daß wir in der Ausbildung der qualifizierten Arbeiter und in ihrer Zahl wieder den alten Stand erreichen. Noch immer ist die Not so groß, daß Millionen von Familien nicht mehr in der Lage sind die Knaben einer mehrjährigen Berufsausbildung zuzuführen. Zudem sind auch die Kleinmeister gar nicht mehr imstande die Lehrlinge so auszubilden, daß diese später als qualifizierte Arbeiter angesehen werden könnten. Gewiß gab es auch schon vor dem Krieg genug Kleinmeister, die Lehrlingszüchterei betrieben, bei denen die Lehrlinge nur recht wenig lernen konnten. Aber es gab immerhin genug, bei denen, wenn man von den sozialen Verhältnissen, den übermäßig langen Arbeitszeiten usw. absah, die Lehrlingsausbildung noch als sachgemäß angesehen werden konnte. Kamen diese jungen Handwerker nach Beendigung ihrer Lehrzeit als qualifizierte Arbeiter in die Großbetriebe, so hatten sie sich wohl auf die in vieler Beziehung anders gearteten Verhältnisse des Großbetriebs umzustellen, sie brachten aber doch bereits handwerkliche Geschicklichkeit und die Fähigkeit zu qualifizierter Arbeit mit. Heute ist das alles anders. Noch weniger als früher ist es dem Kleinmeister jetzt möglich seinen Betrieb zu modernisieren. Maschinen und Werkzeuge auf der Höhe zu halten, und noch mehr als früher ist der Kleinmeister jetzt darauf angewiesen die Lehrlinge mit Arbeiten zu beschäfligen, die eine wirkliche Ausbildung unmöglich machen. Zehntausende von Meistern in allen Berufsarten gibt es, denen der Lehrling schon im 2. Lehrjahr den Gesellen ersetzen muß. Nicht mehr darauf wird geschen, ob der Lehrling etwas lernt, sondern darauf, ob er etwas einbringt.

Ob man in diesem quantitativen und qualitativen Rückgang der fachlich gut ausgebilde'en Arbeiter einen wirtschaftlichen Schaden sieht, der ernst zu beureilen ist, hängt davon ab, wie man die zukünftige Stellung Deutschlands als Industrieland einschätzt. Geht die weitere Entwickelung dahin, daß Deutschland wieder in stärkerm Umfang den Weg zum Agrarland zurück. gehen muß, so mag auch die zahlenmäßige Abnahme unserer hochstehenden Arbeiterschaft nicht viel ausmachen. Bleibt aber Deutschland im bisherigen Umfang Industrieland, oder sucht es wohl gar seine qualifizierte Arbeit noch weiter zu heben und auszubreiten, so wird sich sehr bald das Fehlen so vieler hochwertiger Arbeitskräfte als ein erns es Hindernis erweisen. Dem deutschen Volk wird aber zu einem sehr großen Teil weiter nichts übrig bleiben als auch fernerhin hochqualifizierte Arbeiten zu liefern. Bei der Urbarmachung von Moorböden und Heideland wird nur ein verhältnismäßig geringer Teil der deutschen Bevölkerung ein Arbeitsunterkommen finden können. Infolge des Verlustes so mancher Rohprodukte, des Lothringer Minettegebiets, des Kohlenreviers an der Saar usw. ist Deutschland sogar noch mehr als früher darauf angewiesen hochqualifizierte Arbeitserzeugnisse auf den Markt zu bringen. Gewiß ist nach dieser Richtung die nächste Zukunft Deutschlands recht dunkel. Aber auch hier ist man nicht berechtigt zu verzagen. In der Hauptsache hängt unser Schicksal immer von unserm eigenen Willen zur Produktion ab. Wie immer sich die Verhältnisse gestalten werden, das eine dürste gewiß sein: Wenn nicht die ganze Welt verschlamben und verliedern soll, muß einmal der Zeitpunkt kommen, da der Hunger nach Industriewaren sich in Bestellungen umsetzt. Zu ihrer Ausführung wird aber die hochqualifizierte Arbeit Deutschlands nicht zu entbehren sein. Dann aber kann es zu einem ernsten Hindernis der Wiedergesundung werden, wern Deutschland nicht eine genügende Zahl volleistungsfähiger Arbeiter hat.

Ist die Hoffnung berechtigt, daß Deutschland (ganz gleich, welche Lasten es tragen muß) auch künftig wieder eines der hervorragendsten Industrieländer sein wird, so muß weiterhin der Lehrlingsausbildung eine weit größere Aufmerksamkeit zugewandt werden. Es müssen Einrichtungen getroffen werden, um die handwerkliche Fachausbildung wieder zu heben und die Zahl der qualifizierten Arbeitskräfte zu vermehren. Durch das Kleingewerbe, oder wenigstens durch das Kleingewerbe allein, läßt sich dies indessen nicht erreichen. Deshalb muß ein anderer Weg der handwerklichen Berufsausbildung gesucht werden. Die Heranbildung vollwertiger Facharbeiter muß, zum Teil wenigstens, in die Großbetriebe verlegt werden. Bisher ging der Weg zum Fabrikschlosser, zum Monteur, Modelltischler usw. fast immer durch die Werkstätte des Kleinmeisters. Das war zwar schon manchmal ein Umweg, weil der Großbetrieb andere Arbeitsmethoden, einen ganz andern Arbeitsrhythmus hat, aber im großen und ganzen war doch der daraus entstehende Nachteil nicht so groß, daß er der Weiterentwickelung unserer Industrieleistungen in die Augen fallende Hindernisse geschaffen hätte. Nur in Unternehmungen mit besonders hoch gesteigerten Leistungen, wie bei den Siemens-Schuckert-Werken, bei der Augsburger Maschinenfabrik, bei der preußischen Eisenbahnverwaltung, bei Krupp usw., wurde der Mangel an hochqualifizierten Arbeitern, die nicht von vornherein für den Großbetrieb vorgebildet waren, schon lebhafter empfunden, und diese Unternehmungen waren es auch, die zuerst dazu übergingen besondere Lehrwerk-

stätten einzurichten, in denen junge Leute zur Qualitätsleistung erzogen wurden. In der bereits längere Zeit vor dem Krieg eingerichteten Lehrwerkstätte der Siemens-Schuckert-Werke zum Beispiel werden die Lehrlinge außer der praktischen Arbeit noch in Algebra, Geometrie, Physik, Chemie, Technologie, im Zeichnen, in der Buchführung, in Wechsellehre, Gesetzeskunde, Gesundheitslehre und in der deutschen Sprache unterrichtet. Ein ähnliches Lehrprogramm hat die Augsburger Maschinenfabrik. Auch die Lehrwerkstätten der preußischen Eisenbahnen sind nach dieser Richtung hin als vorzüglich zu bezeichnen. Es ist aber nicht nur zu wünschen, daß staatliche und private Unternehmungen Einrichtungen schaffen, die uns wieder einen großen Stamm hochqualifizierter Arbeitskräfte bringen, es ist dies auch von den kommunalen Betrieben zu verlangen. Namentlich mit der Zunahme der in Gemeindebesitz übergehenden Unternehmungen ist zu fordern, daß auch diese Betriebe zu ihrem Teil dazu beitragen einen Stamm von Qualitätsarbeitern zu schaffen. Das liegt zunächst im eigenen Interesse der kommunalen Betriebe; noch mehr is, dies aber im Interesse der Gesamtheit notwendig. Voraussichtlich wird sich in den nächsten Jahren die Zahl der kommunalisierten Betriebe und Betriebsarten noch weiter vergrößern, so daß es vielleicht da und dort Berufszweige geben wird, wo eine Ausbildung in privaten Betrieben überhaupt nicht mehr möglich ist. In solchen Fällen wäre es naturgemäß erst recht notwendig junge Leute in die kommunalisierten Betriebe aufzunehmen. Ebenso muß der Lehrlingsheranbildung in den genossenschaftlichen Betrieben der Eigenproduktion eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Diese Frage zu erörtern, das alles in Angriff zu nehmen, erscheint deshalb zeitgemäß, weil jetzt wieder Hunderttausende von Kindern aus der Schule entlassen werden.

Wie immer sich Deutschlands Zukunft gestalten mag, eins scheint gewiß: Die technische Zweckmäßigkeit muß fernerhin in der Industrie noch viel weiter in den Vordergrund geschoben werden als vordem. Das kann aber nur durch eine hochqualifizierte Arbeiterschaft ermöglicht werden. Hochstand der deutschen Arbeit läßt sich aber mit der Kleinmeisterlehre allein nicht mehr halten. Deshalb muß man gleich bei der Heranbildung der Facharbeiter zu anderen Methoden kommen, zu Methoden, die, wie die Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit im allgemeinen, so die Erzielung höchster Qualitätsleistungen verbürgen. Solche Erziehung zur Produktion ist das einzige Mittel, das Deutschland und mit ihm den europäischen Kontinent überhaupt neu aufbauen kann. Auch die Ausbildung zur Qualitässarbeit ist ein Gemeinschaftsinteresse der Kontinentalwirtschaft, sie ermöglicht eine weilgehende Arbeitsteilung unter den einzelnen Nationen nach den natürlichen Bedingungen ihrer geographischen Lage, ihrer sozialen Gliederung und ihres Volkstums. Die Sorge um die Zukunft des deutschen Volkes und aller anderen Völker des Kontinents erheischt, daß wir nicht länger den Rückgang der deutschen Qualitätsarbeit geschehen lassen, daß wir mit Energie daran gehen neue Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung zur Qualitätsleistung zu schaffen. Das wird auch die Liebe des Arbeitenden zur Arbeit wieder erwecken, die heute kaum noch vorhanden zu sein scheint, ohne die aber eine Arbeit nicht zum wirklichen Schaffen werden kann.

**◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇◇** 



# RUNDSCHAU

Im Anschluß an den Eisen-

#### ÖFFENTLICHES LEBEN

Gewerkschaftsbewegung Max Schippel

Frankreich

bahnerstreik und einige Vorgänge bei der letzten Maifeier hatte die Regierung verschiedene Führer der französischen Gewerkschaftsbewegung verhaften lassen. Am 13. Januar sprach in der Tat nach langem Erwägen die 11. Pariser Strafkammer die Auflösung der Confédération générale du travail, des Bundes der hervorragendsten Gewerkschaften, aus, in der Hauptsache wegen politischer und klassenkämpferischer Überschreitung des Berufsvereinsgesetzes. »Die Confédération générale du travail«, heißt es unter anderm in dem seltsam anmutenden Urteil, »wollte aus der Freiheit ein Werkzeug des sozialen Krieges machen und hat in diesem Krieg unzulässige Mittel angewendet Zwang und Stillegung des nationalen Lebens . . . Die Confédération générale du travail hat dies durch die von ihren Führern begangenen Irrtümer in der Orientierung bewiesen, die auf den gefährlichen Weg einer politischen Revolution geführt haben, die mit den wesentlichen Prärogativen des Staates um so unvereinbarer ist, als sich die Aktion auf ein Netz von Bündnissen mit dem mächtigen Internationalismus stützt.« Der Staat habe gerade jetzt doppelt die Pflicht »die Arbeiterbewegung in dem durch das Gesetz vorgezeichneten Rahmen zu halten, nicht um willkürlich ihr Betätigungsfeld einzuschränken, sondern um sie fruchtbarer und mit der sozialen Ordnung vereinbar zu gestalten, deren Aufrechterhaltung nach dem Krieg nötiger als jemals ist, um die Verwüstungen des Kriegs zu heilen und die verlorengegangenen Kräfte in einer gewaltigen Anstrengung wieder zu ersetzen«.

Schon der Jahreskongreß der Confédération in Orléans vom 27. September bis zum 2. Oktober 1920 bewies, daß man die behördlichen Maßnahmen mit ziemlichem Gleichmut hinnahm. Auch die Leitung scheint nicht an eine endgültige, über eine etwaige bloße Firmenschildänderung hinausgehende Auflösung zu glauben. Denn sie hat erst kürzlich, am 10. Februar, ein eingehendes Mindestprogramm beschlossen (veröffentlicht im Pariser Peuple vom 12. Februar 1921), das hauptsächlich auf folgende 5 Forderungen hinausläuft: Wahrung der Koa-

litionsfreiheit für Lohnarbeiter und Festbesoldete (fonctionnaires). Gewerkschaftsmitbestimmung Betrieb und Produktion, Nationalisierung der gemeinnötigen Unternchmungen (services publics) und der Hauptproduktionszweige. Wiederaufbau der verwüsteten Landesteile, umfassende lückenlose Arbeiterversicherung, Auch das Wirtschaftsparlament kehrt hier wieder, das von der Confédération générale du travail länger schon gefordert wurde; der Conseil national économique soll aus Vertretern der Produzenten, der Konsumenten und der Regierung bestehen. Interessant ist ferner, wie der Begriff der Sozialisierung sich in diesen Kreisen umgebildet und geklärt hat. Übertragung auf die collectivité sei durchaus nicht gleichbedeutend mit Staatsbetrieb; vielmehr denke man sich als Leitung eine Vertreterschaft von Verbrauch und Erzeugung. Bei der Wiederaufbaufrage wird bedauert, daß die von der Confédération générale du travail empfohlene Heranziehung deutscher Arbeiter bisher nicht erfolgt sei. Die europäische Wiederaufrichtung setze ein internationales Eingreisen in die Produktion und Verteilung der Rohstoffe und auf dem Valutagebiet voraus. Wie der Kongreß von Amiens spricht übrigens auch das Minimalprogramm der internationalen Arbeitsrechtsorganisation des Völkerbundes eine große Bedeutung zu; bekanntlich hat Jouhaux, ähnlich wie Barnes und Gompers, hier von Anfang an, schon auf den Pariser Vorfriedensberatungen, mitgewirkt.

Über die Beziehungen zwischen deutscher und französischer Bauarbeiterorganisation, gerade mit Bezug auf die Wiederaufbaufrage, äußerte sich übrigens deutscherseits auch Paeplow am 24. Februar ziemlich hoffnungsvoll auf einer Konferenz des Verbandsbeirats der Bauarbeiter in Hamburg: »Die französischen Bauarbeiter haben den Wunsch, daß deutsche Ar-beiter bei dem Wiederaufbau helfen. Deutsche Unternehmer sollen ausgeschaltet werden. Die deutsche Wiederaufbauarbeit soll von der deutschen Regierung in die Wege geleitet und unter Benutzung sozialer Betriebe durchgeführt werden. Da wir die gleichen Forderungen schon längst erhoben haben, wurde ein Einvernehmen mit dem Vertreter des französischen Bauarbeiterverbands sehr bald erzielt. Wir müssen

uns aber darüber klar sein, daß die beiden Regierungen und erst recht die Unternehmer beider Länder diesen Plan bekämpfen werden mit allen Mitteln. Nach dem Wunsch der französischen Kollegen sollen etwa im Wiederaufbaugebiet beschäftigte deutsche Bauarbeiter sich zu Sektionen des französischen Bauarbeiterverbands zusammenschließen. Sie sollen aber auch zugleich Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbands bleiben. Die deutschen Versicherungsgesetze sollen auch für deutsche Bauarbeiter in Frankreich in Kraft bleiben.« Es wäre zu wünschen, daß das in Aussicht genommene internationale Zusammenwirken zustande käme, das eines der lehrreichsten sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Experimente darstellen und zugleich von hervorragendster außenpolitischer Wichtigkeit sein würde.

England

In England hat die Arbeitslosigkeit seit den letzten Monaten des Jahres 1920

beängstigend rasch um sich gegriffen. Die Februarnummer der Labour Gazette verzeichnet bei den berichterstattenden Trade Unions, also vorwiegend unter den berufsmäßig geschulten Arbeitern, Ende Januar eine Arbeitslosigkeit von 6,9 %, gegen 6 % Ende Dezember und vollends nur 3,7 % Ende November und 2,2 % Ende September 1920. In den, etwa 12 Millionen Arbeiter umfassenden Erwerbszweigen, die dem Arbeitslosenversicherungsgesetz unterstellt sind, war der Prozentsatz 8,2 am 28. Januar, gegen 5,8 am 31. Dezember und 3,7 am 26. November. Dazu kamen Ende 637 000 Kurzzeitarbeiter mit so wesentlicher Verringerung ihres Einkommens, daß sie bei den Arbeitsnachweisstellen verlangen Unterstützungen Schon bei der Vertagung des Parlaments vor Jahresschluß hatte die Thronrede betont, daß man der Arbeitslosigkeit »unablässige Aufmerksamkeit« zuwenden werde. Bei der Adreßdebatte gegen Ende Februar beschäftigte man sich auf Anregung der Arbeiterpartei volle 2 Tage mit dem offenkundigen Notstand.

Regierung und Arbeiterbewegung steuern dabei in immer schärfere Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze hinein. Nicht nur wegen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Linderung ihrer Folgen sondern auch wegen der Aufhebung der Regierungskontrolle bei den Eisenbahnen, ferner bei den Kohlengruben, die nach der alten Regelung nur noch bis Ende März dem bisherigen Re-

gierungseinfluß unterliegen würden. Die Preise sinken zwar, nach den Indexziffern des Arbeitsministeriums (Juli 1914 = 100 gesetzt) von 191 im November auf 182 im Dezember, 178 im Januar, 163 im Februar. Aber das ist mehr Schein als von wirklicher Bedeutung. denn Januar bis April 1920 stand der Index noch stets unter 140. Viele Tarifvertragslöhne gleiten automatisch mit den Indexziffern herab, und andere Löhne stürzten noch tiefer, weil die Vollbeschäftigung mehr und mehr zur Ausnahme, wird. Unter solchen Voraussetzungen halten Gewerkschaften wie die Bauarbeiter um so hartnäckiger an ihren zünftlerischen Mitglieds- und Arbeitszulassungsbeschränkungen fest, während die Regierung neuerdings 50 000 Militär-entlassene für Neubauten mit zu verwenden strebt, und der Ausschuß des Arbeitgeberverbands stimmte zuletzt diesem Plan zu, während er früher einem möglichen Konflikt mit den Unions auszuweichen trachtete. Zündstoff häuft sich so auf allen Seiten. Aufforderungen zum (Itägigen) Generalstreik, zu großen Massenprotesten schwirren wieder ein-mal durch die Luft, obwohl in den entscheidenden Massen die Neigung zur direkten Aktion unverkennbar abgeflaut und fast erloschen ist.

Vercinigte Für die erschreckende Ar-Staaten beitslosigkeit in den Ver-Staaten wurden einigten neulich in meinem Artikel Amerikas wirtschaftliche und soziale Sorgen (1920 II, Seite 929 ff.) hier genauere Ziffern, wenigstens für den industriell wichtigsten Staat New York, angeführt. Im Februar sprach man in den Vereinigten Staaten allgemein von 2 Millionen Beschäftigungslosen: von 2 325 000 nach einer angeschenen Quelle, von 1819272 nach den Berichten der Federation of Labor aus 141 Städten. Die Großhandelspreise sind in den Vereinigten Staaten allerdings rasch zusammengebrochen, aber viel weniger bisher noch die Detailpreise, und naturgemäß suchen die Arbeiter ihre Lohnhöhen festzuhalten. Auf der Gegenseite suchen die Unternehmer das Verbraucherinteresse zur Bundesgenossenschaft in ihrem immer herausfordernder gewagten Kampf für den open shop (siehe meinen Artikel Der Kampf um gewerkschaftlich geschlossene und offene Betriebe in Amerika, in diesem Band, Seite 132 ff.) aufzurusen. Die Bethlehem Steel Company verweigert sogar Lieferungen an Bauunternehmer, die sich nicht

zum Grundsatz des offenen Betriebs bekennen. Die New Yorker und Bostoner Herren- und Knabenkonfektionskapita-listen suchen alle früheren Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen, die sich auf Unionisierung, Lohnhöhe und Akkordsystem, Mitwirkung bei der Arbeiterannahme und -entlassung bezogen; die Gewerkschaftspolitik denunzieren sie als Sowjetismus. Die scharfmacherischen Manufacturers' Associations hielten am Anfang des Jahres in Chicago ihre Konvention ab und verlangten in ihren Erklärungen den open shop und die vollständige Wiederfreigabe der Eisenbahnen. In der open shop-Resolution hieß es: es sei eine Grundanschauung aller ordnungsliebenden (law-abiding) Bürger und Einwohner, daß man arbeiten könne. wo und wie und zu welchen Bedingungen man selber wolle, »ohne Eingreifen Unterscheiden seitens Diese fundamentalen Prinzipien der amerikanischen Arbeitsverfassung verwirkliche man durch Aufrechterhaltung des open shop; durch entschlossene Bearbeitung der öffentlichen Meinung müsse man »Arbeiter, Kaufleute, Banken, liberale Berufe und alle anderen Elemente« zu Bundesgenossen werben »für amerikanische Ideale und den open shop«. Die Gesellschaft für Schiffs- und Maschinenbau Cramp & Söhne erklärte ohne Verhandlungen unter Berufung auf frühern Vertragsbruch der Gewerkschaften ihr Abkommen mit dem Metallarbeiterdepartement der Federation of Labor für hinfällig, und zwar besonders die Klausel, daß alle Regelungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft durch Vermittelung der Gewerkschaftsorganisation zu erfolgen hätten. Als Frank Morrison, der Schriftführer der Federation, für den 23. Februar eine große allgemeine Verbändetagung ankündigte, sprach er zugleich von der Absicht der Unternehmer die ganze Gewerkschaftsbewegung zu vernichten. Jedenfalls erscheint das ganze Vorgehen der Unternehmer so planmäßig einheitlich, daß man schwersten Kämpfen entgegensehen muß. Eine Ende Dezember vorgenommene Abstimmung im Bundessenat zeigt deutlich, wie der Wind in den oberen Schichten weht. Es wurde nämlich einstimmig und ohne namentliche Abstimmung eine Vorlage angenommen, deren 1. Paragraph wie folgt lautet: »Wer in der Absicht den Gütertransport, sei es von oder nach dem Ausland, sei es aus einem Staat der Union in den andern, zu verhindern, mündlich, schriftlich oder auf

andere Weise irgendeine Person oder Personen, die dabei tätig sind, zu überreden versucht ihre Beschäftigung aufzugeben, oder wer sie zur Arbeitsniederlegung anreizt oder sie nach dieser Richtung zu beeinflussen sucht, oder wer dieses Ziel mittels einer Vereinigung oder eines Verbandes zu erstreben trachtet, ist eines Verbrechens schuldig und wird zu einer Geldstrafe bis zu 10 000 Dollars oder zu Gefängnis bis zu 10 Jahren oder zu beiden Strafen zugleich verurteilt.«

Christliche Einen wichtigen Schritt un-Bank- und Zei-tungsgründung Gewerkschaften beziehungsweise die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen. Sie haben unter der Firma Bankverein für deutsche Arbeit Aktiengesellschaft die auf dem Essener Kongreß der christ-Gewerkschaften angekündigte lichen Bankgründung nunmehr am 24. Februar vollzogen. Die Bank soll die wirtschaftlichen Kräfte der beteiligten Organisationen und ihrer Mitglieder zusammenfassen und ihre Mittel dem allgemeinen Wirtschaftsleben, insbesondere den eigenen gewerblichen Unternehmungen sowie den nahestehenden Kreisen des Mittelstands zuführen. Man glaubt dadurch die in diesen Organisationskreisen vielfach empfundene Lücke zwischen Sparkasse und Kreditbank auszufüllen sowie das Interesse der Organisationsmitglieder an den wirtschaftlichen Vorgängen zu erhöhen. Nach dem Gesellschaftsvertrag ist Sitz der Bank Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, der Erwerb von Grundstücken zum Bankbetrieb sowie die Beteiligung an anderen Unternehmungen. Die Betriebsmittel der Bank sind ausschließlich von den beteiligten Verbänden, zunächst in Höhe von 10 Millionen Mark, aufgebracht; den ersten Aufsichtsrat bilden bekannte Führer die-Organisationen, nämlich Minister Stegerwald als Vorsitzender, Direktor Winter /Hamburg/ als stellvertretender Vorsitzender und die Verbandsvorsitzenden und Reichstagsabgeordnet Behrens /Berlin/, Imbusch Essen Schlack /Düsseldorf/ und Wieber /Duisburg/. Die Bank befaßt sich mit dem Aufbau ihrer Spareinrichtungen und den sonstigen vorbereitenden Arbeiten, deren Leitung einstweilen die den Gründern durch ihre bisherige Tätigkeit nahestehenden Direktoren Pitschke und Becker, beide in Berlin, übernommen haben. Auch sonst sind die Führer der christlichen Gewerkschaften, durch die allgemeine Parteikonstellation im Reich und in Preußen begünstigt, außerordentlich rührig. So soll vom 1. April ab die Tageszeitung erscheinen, die den von Stegerwald auf dem Essener Kongreß (siehe diese Rundschau, in diesem Band, Seite 40 f.) vorgetragenen Anschauungen dienen soll. Als Name ist gewählt Der Deutsche, Tageszeitung für die Erneu-erung der Volksgemeinschaft. Erscheinungsort ist Berlin. In der Ankundigung heißt es: »Die Tageszeitung ist bestimmt für die Verbreitung und Vertiefung des nationalen und sozialen Gedankens im deutschen Volksleben zu wirken und den Sinn für das politische Zusammenwirken der Angehörigen der beiden großen Religionsgesellschaften sowie das Verstehenlernen der sozialen Schichten unter einander zu fördern und zu pflegen. Die Zeitung wird kein klassenpolitisches Kampforgan für die Arbeiterinteressen sein sondern ein Werbemittel für eine großzügig eingestellte, sozial orientierte Gesamtpolitik. Das ist es, woran es ge-genwärtig in Deutschland fehlt... Das dauernde Erscheinen des Blattes ist von vornherein gesichert durch die von den gewerkschaftlichen Organisationen verbürgte Abonnentenzahl.«

Totenliste Die Buchdrucker hatten den Verlust ihres langjährigen Sekretärs Internationalen zu beklagen: Peter Stautners, der am 21. Dezember 1920 im Alter von 66 Jahren starb. Von 1901 bis 1909 weilte Stautner als Internationaler Sekretär in Bern, dann in Stuttgart. Als Lothringer und französischer Staatsangehöriger wurde er während des Krieges in Holzminden interniert. 1919, als die Aufrechterhaltung des Internationalen Sekretariats beschlossen wurde,/ging er abermals nach der Schweiz und machte sich dort um die Wiederanknüpfung der abgerissenen Beziehungen sehr verdient, Anfang Februar 1921 starb der Propagandasekretär des französischen Bauarbeiterverbandes Maurice Roueste an den Folgen einer Operation im Kranken-haus in Paris. Tatkräftig und beredt, errang er sich zunächst bei den Pariser Maurern großes Ansehen, besonders in den kampfreichen Jahren 1908 bis 1912. Dann war er mehr im Südwesten und bei der Organisation der unständigen und der fremden Arbeiter tätig; die hierbei erworbene Schulung kam ihm nach der Rückkehr aus dem Krieg bei der lebhaften Wirksamkeit im Wiederaufbau-

リン 健大

gebiet zugute, in dem bisher unorganisierte Arbeiter aus allen heimischen Landesteilen und ausländischen Bezirken zusammenzuströmen begannen. Der Pariser Peuple widmet dem Toten warme Worte des Gedenkens.

Verbands-Fast alle jetzt erscheinenpublikationen den Verbandstagsberichte sind von besonderm Belang, weil die innere Umbildung der Gewerkschaften (neue Statuten, Beitrags- und Unterstützungsän-derungen), ihre Stellungnahme zu den wichtigen und unter Umständen entwikkelungsbestimmenden Fragen des Tarifvertragswesens, der Sozialisierung, der Arbeitsgemeinschaft, des Wiederaufbaus der gewerkschaftlichen Internationale, fast nirgends umgangen werden konnte. einige hervorragende Ergebnisse können hier hervorgehoben werden. Das Protokoll des 3. ordentlichen Verbandstags des Deutschen Bauarbeiterverbands in Karlsruhe enthält die Verhandlungen über die Sozialisierung der Baustoffindustrie und die Bildung von sozialen Baubetrieben, die Akkordarbeit, die Arbeitsgemeinschaft (aus der sich der Verband trotz der Warnungen Paeplows und Silberschmidts zurückzog), den Wiederaufbau Frankreichs und die Beziehungen zu den französischen Organisationen. Mit den Arbeitsgemeinschaften beschäftigte sich gleichfalls eingehend der Fabrikarbeiterverband seinem Verbandstag, dessen Protokoll unlängst erschien. Eine Resolution Rebholz lehnte hier die weitere Beteiligung ab, fiel jedoch mit 155 gegen 241 Stimmen. Damit war die Resolution Stähler angenommen, die »Beteiligung und Mitwirkung so lange anerkannte, als dadurch die Interessen und Rechte unseres Verbands und seiner Mitglieder in vollem Umfang gewahrt werden«. Auch die Aussprache über die Organisationsform (Betriebsorganisation und Industrieverbande), die zum Teil auch gegen die Gründung eines umfassenden deutschen Baugewerkbundes sich richtete, ist bemerkenswert. Das Protokoll des 1. Verbandstags des Zentralverbands der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, am 21. und 22. Oktober 1920 in Erfurt, unterrichtet über Form und Zweck der wichtigen (übrigens unterdes wieder gefährdeten) Verschmelzung des Verbands der Gastwirtsgehilfen mit dem Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten und dem Internationalen Verband der Köche.

Erwähnung verdienen vor allem auch weitere Jahrbücher für 1919 (leider ist das späte Erscheinen fast Regel geworden). Dem Beispiel anderer Organisationen folgend hat der Bergarbeiterverband Ende Dezember erstmals ein Jahrbuch herausgegeben: mit einer allgemeinen Wirtschaftsübersicht, dann mit Aufsätzen und Mitteilungen über Produktion und Überschüsse der Werke, Arbeitsleistung und Entlohnung, die Organisationen der Werksbesitzer, die Reichskohlenwirtschaft, den Wirtschaftsverband für Rohteer und Teererzeugnisse und die Reichskaliwirtschaft, über soziale Gesetzgebung und Sozialisierung, Betriebsrätegesetz. Verbandsentwickelung, Arbeitsgemeinschaft, Knappschafts- und Tarifvertragswesen. Das Jahrbuch der Fabrikarbeiter zeigt besonders gut, wie der Tarifvertragsgedanke nach früherer starker Beeinträchtigung 1919 mit Geschwindschritt die Großbetriebe eroberte. Für die Arbeitsgemeinschaften fehlte zunächst vielfach die gegenüberstehende zentrale Organisation der Unternehmer, die sich erst auf Grund der neuen Verhandlungs- und Verständigungsbedürfnisse herausbildet. Die Lederarbeiter beschäftigten sich viel mit der Durchführung des Achtstundentags, den Tarifverträgen, den Verbandsfinanzen, die Maler in der Hauptsache mit den gleichen Angelegenheiten.

Kurze Chronik Zum Nachfolger Carl Legiens wurde Theodor Leipart, dessen Tätigkeit und Verdienste bei seinem Ausscheiden aus der Leitung des Holzarbeiterverbands kurz geschildert wurden (siehe diese Rundschau, 1919 II, Seite 923), an die Spitze Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes berusen. Die 11. Tagung des Ausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes am 19. und 20. Januar in Berlin beschäftigte sich mit der amtlichen Berufs- und Streikstatistik, der Beschickung der Frankfurter Arbeiterakademie, der Unterstützung und Beitragsleistung der Kurzarbeiter, vor allem jedoch mit der Sozialisierungspolitik der Regierung. 🗢 Am 7. Februar stand Fritz Paeplow 25 Jahre im Dienst der deutschen Bauarbeiterbewegung, die ihm seit seinem Eintritt in die Redaktion des Grundsteins unschätzbar viel verdankt. 1908 schied Paeplow aus der Redaktion aus und wurde leitender Sekretär im Maurerverband, nach der Verschmelzung von Maurern und Bauhilfsarbeitern alsdann im

Deutschen Bauarbeiterverband. Die Erkrankung Bömelburgs wies ihm die tatsächliche Organisationsleitung zu, und 1913 wurde das auch durch seine Wahl zum Verbandsvorsitzenden anerkannt.

Literatur

Im 2. Band seines verdienstvollen und inhaltsreichen Buchs Die Gewerkschaftsbewegung /Stuttgart, Moritz/ (über den 1. Band siehe diese Rundschau, 1920 I, Seite 276) behandelt Siegfried Nestriepke die Zeit des Krieges und der Revolution, also die großen Umbildungen und Kämpfe der leizten Jahre. dann die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die christlichen Gewerkschaften, die Syndikalisten und Unionisten, die wirtschaftsfriedlichen Vereine und endlich, mit Recht sehr ausführlich, die Angestelltenbewegung. Ein Ergänzungsband (und ein sehr wünschenswertes ausführliches Sachregister) wird angekündigt; er soll Geschichte und Organisation der Gewerkschaften der anderen Länder darlegen. 🗢 Die Arbeit Paul Bröckers Die Arbeitnehmerbewegung /Hamburg, Deutschnationale Verlagsanstalt / leidet unter einigen überflüssigen und mißverständlichen völkischen und ähnlichen Ausführungen. Im allgemeinen jedoch behandelt sie die verschiedenen Grundströmungen in der Arbeiter- und Angestelltenbewegung sehr gut und anregend. so daß sie zum Nachlesen und Nachdenken empfohlen sei. 🗢 Eine Fortführung von Hasbachs Geschichte der englischen Landarbeiter, aber mit viel intimorm Eingehen auf alle ländlichen Lebensverhältnisse und mit Zustandsschilderungen, wie sie nur aus langjährigem persön-lichen Miterleben hervorgehen können, ist F. E. Greens History of the English Agricultural Labourer 1870 to 1920 /London, P. S. King/. Green hat lange selber der englischen Landwirtschaft angehört, war Mitglied der Royal Commission on Agriculture und sonst vielfach schriftstellerisch über die sozialen Verhältnisse des ländlichen Englands tätig. Er gibt hier eine eingehende Entwickelungsgeschichte der neueren Phasen des englischen Landproletariats: der grundlegenden Archschen Agitation, der anfangs rasch aufblühenden schaftlichen Organisation, der Lohnkämpfe und Aussperrungen der siebziger Jahre, des baldigen organisatorischen -Wiederverfalls. In den neunziger Jahren brachte der Neuunionismus der städtischen mehr ungelernten Arbeiter, dazu die Agitation der Land Restoration Lea-

gue mit ihren herumziehenden roten Wagen (red vans) mehr politisches als organisatorisches Leben auf das Land. Etwa seit der Jahrhundertwende spielt alsdann die Kleinsiedelungs- (small holdings-) Bewegung auch unter den Landarbeitern ihre besondere Rolle. Lloyd Georges Redefeldzug gegen das Bodenmonopol und die liberalen Agrarenqueten von 1913 schließen dann etwa diesen Zeitraum ab. Während des Kriegs hat sich unter den Mindestlohnfestsetzungen und den Anbauregelungen mit ihren Folgen nach Green eine ansehnliche Hebung der Landarbeiter vollzogen, die sich auch bei den Wahlen von Ende 1918 in einer rührigen und nicht einflußlosen Beteiligung aussprach. wirksamere und umfassendere Organisation vollzog sich zuletzt auf beiden Seiten, bei Farmern wie Arbeitern, und Green sieht hierdurch eine wesentliche Besserung aller ländlichen sozialen Beziehungen sich durchsetzen. - Der englische Gildensozialismus, diese eigentümliche Paarung von Gewerkschafts- und Nationalisierungspolitik, stößt auch in Deutschland auf wachsendes Interesse. Als ganz gute Einführung kann die Übersetzung von G. D. R. Coles und W. Mellors Gildensozialismus /Köln, Rheinlandverlag/ dienen. Dagegen ist G. R. Stirling Taylors Buch The Guild State /London, Allen & Unwin/ ganz antiparlamentarisch-zunftbegeistert; nebenher enthält es jedoch manche treffende Bemerkung gegen die Schwächen der mehr formalen Parteipolitik und ist als Symptom einer zweiten Unterströmung neben der mehr gewerkschaftlichen Richtung Coles immerhin beachtenswert. Eine Geschichte des letzten 3monatigen amerikanischen Stahlarbeiterstreiks Ende 1920 hat unter dem Titel The Great Steel Strike and its Lessons / New York. Huebsch/ William Foster geschrieben. selber als Sekretär und Organisator der amerikanischen Stahlarbeiter an dem denkwürdigen Kampf unmittelbar beteiligt. Auf die Lage der Arbeiter, die aggressive Kampfesweise der Unternehmer, die Stellung sowohl der Federation auf der Rechten und der Industrial Workers of the World auf der Linken wird dabei ausführlich und mit großer Erfahrung und Einsicht zurückgekommen. 🗢 Das Osteuropainstitut in Breslau, das sich an die Breslauer Universität und Technische Hochschule anlehnt, hat 2 Studien über die Entwickelung der russi-Industriearbeiter scheinen lassen /Leipzig, Teubner/. Die

eine verfolgt die Entwickelungsstufen bis zur 1, Revolution /1905/, die 2. die Periode von 1905 bis 1917. Der Verfasser der 1. Schrift, Otto Goebel, kennt nicht nur die sozialgeschichtliche und sozialpolitische Literatur sondern war 5 Jahre Handelssachverständiger in deutscher Rußland und 2 Jahre in täglicher Zusammenarbeit mit russischen Arbeitern. Das 2., umfangreichere Werk, von Siegfried Köhler, geht von der Erkämpfung der Koalitionsfreiheit im Lauf der 1. Revolution aus und gibt vor allem ein Bild der Gewerkschafts- und Streikbewegung. Aber auch die allgemeinen sozialen Grundlagen Rußlands, die Lohnund Preisverhältnisse, die Arbeitsgesetzgebung, die Wohnungsfrage, die Kriegswirkungen gelangen zur Darstellung. 🗢 Der Leiter der Frankfurter Betriebsrätekurse E. A. Heber gibt unter Mitwirkung von Wissenschaftern und Wirtschaftspraktikern in der bekannten, überaus zweckmäßigen Anordnung eine Kartenauskunftei für Betriebsräte (Kartothek) heraus /Stuttgart, Volkstenauskunftei verlag für Wirtschaft und Verkehr/. Die Grundlagen der Arbeitsverfassung und Mitbestimmung im Betrieb, die Berufskunde und -beratung, die Unte-neh-mungsformen, die Finanzierungsfragen, aber auch Fürsorgewesen, Fabrikhygiene und Arbeiterschutz sollen behandelt werden. Bisher liegen die 1. und die 2. Lierung vor. Sowohl zum Selbstunterricht wie zum Nachschlagen scheinen sie gut geeignet.

#### Frauenbewegung / Meta Corssen

Schreiner + Am 18. Dezember 1920 starb Olive Schreiner in Kapstadt. Die internationale Frauenbewegung hat durch ihren Tod eine der bedeutendsten Verkünderinnen geistig verloren. Ihr Vater war ein deutscher Missionar in Basutoland. Dort wurde sie 1862 geboren, und sie verbrachte auch den größten Teil ihres Lebens in Südafrika. In ihrer 1883 veröffentlichten Geschichte einer afrikanischen Farm gestaltete sie zuerst in Romanform Probleme der Frauenbewegung. Dann behandelte sie sie in Woman and Labour /1899/ in großem theoretischen Zusammenhang. Dieses Buch war nur ein Fragment ihres Lebenswerks, das bei der Zerstörung ihres Hauses im Burenkrieg verbrannte. Es verbreitet aber über sast alle Seiten der Frauenfrage so viel Licht wie wenige andere Bücher, weil alles von einem Blickpunkt geschen ist, der hoch genug liegt,

um nichts schief erscheinen zu lassen

Sie faßt die Frauenbewegung als organische Teilerscheinung der gesamten Entwickelung der Kultur: Die Wandlung der Produktionsverhältnisse entzieht der Frau zum größten Teil ihren Anteil an der Produktion, den sie früher reichlich hatte, beschränkt sie sogar auf ihrem eigenen Gebiet, dem der Fortpflanzung des Lebens, und so gerät sie in Gefahr zu einem parasitären Dasein herabzusinken, wenn sie sich nicht neue Schaffensmöglichkeiten auf dem Arbeitsseld des Mannes sucht, zu dem ihr die Entwickelung der Technik, die immer mehr die bloße körperliche Kraft gegenüber geistig organisatorischen Fähigkeiten an Bedeutung zurückdrängt, den Zugang eröffnet hat. Die Gefahr dem Parasitismus zu verfallen scheidet den Kampf der Frauen um die Arbeit von der männlichen Arbeiterbewegung und gibt ihm zugleich den großen Hintergrund, die tiese Berechtigung: Die Frau trägt die Verantwortung für die Gesunderhaltung der Kulturmenschheit, die sie nur tragen kann, wenn sie sich selbst gesund, das heißt schaffend erhält. Und so soll sie Anteil nehmen an aller Arbeit.

Wenn so Olive Schreiners Darstellung der Frauenfrage, eine Darstellung von ähnlicher Lebendigkeit wic die, mit der die Verfasserin in ihren Dreams /1891/ unter anderen auch den Gedanken von Befreiung der Frau allegorisch formte, von einem im tiefsten Sinn sozialistischen Gesichtspunkt: dem des höchstgesteigerten gemeinsamen Schaflens, aus gegeben ist, so verkündet sie in ihrer kleinen Erzählung Peter Halket im Maschonaland /1898/ mit eindringlicher Symbolik sozialistisch-religiöses Menschheitsgefühl: Liebe zu allen Menschen, welcher Abstammung sie seien. Sie selbst hat in ihrer politischen Tätigkeit die Gewaltsamkeiten der englischen Kolonialpolitik entschieden bekämpft.

Beruisarbeit Wie eine praktische Illustration zu Olive Schreiners Gedanken über die Arbeit der Frau liest sich in mancher Beziehung ein kürzlich von dem englischen Arbeitsnachweisdepartement, einer von der Arbeiterpartei und verschiedenen Gewerkschaften unterstützten Organisation, herausgegebenes Buch Barbara Drakes Women in Trade Unions /London. The Labour Research Department/. Der historische Teil zeigt, wie die Ausbreitung der Frauenarbeit, vielfach im Kampf mit den Mannern sich durchsetzend, aufs engste mit der Gestaltung des Produktionspro-

zesses überhaupt verknupft ist. Sie wird nur durch verstärkte Arbeitsteilung ermöglicht und dadurch, daß die rein körperliche Kraft an Bedeutung für das Schaffen verliert und auch die hochqualifizierte Handwerkerarbeit abnimmt. Die Frauen gründen zuerst selbständige Organisationen, um erst später in die der Männer überzutreten; in den Schwierigkeiten aber, die sich der Einfügung der Frauen in die Organisation entgegenstellen, und die in ihrer traditionellen Unselbständigkeit, vor allem aber in ihrer Belastung mit häuslicher Arbeit und ihrem Mangel an Berufsinteresse liegen, enthüllt sich das schwere Problem der Frauenarbeit, der Dualismus von Beruf und Ehe. Dieser Punkt bildet die Hauptschwierigkeit bei der Entscheidung der Zentralfrage der weiblichen Gewerkschaftsarbeit: der Forderung des gleichen Lohns für gleiche Leistung. In dem 3 Teil des Buchs (der 2. gibt einen Überblick über die Stellung der Frauen in den wichtigsten Gewerkschaften) untersucht Drake auf Grund des gesamten Materials die einzelnen Probleme, die dann in dieser Frage gipfeln. Die verschiedenen Argumente gegen die gleiche Bezahlung werden widerlegt. Und doch gibt das Buch selbst Anhaltspunkte für den Einwand von der geringern Leistung der Frau, vor allem die Unterbrechung des Berufslebens durch die Heirat; und die Verhältnisse in der Baumwollweberei. in der sich die Leistung durch das Akkordsystem genau feststellen läßt und ein großer Teil der Frauen nach der Heirat im Beruf verbleibt, wo daher gleicher Lohn durchgeführt ist, sind ein negativer Beweis dafür. Doch glaubt Drake, daß sich allmählich bei den Frauen ein stärkeres Interesse am Beruf und an besserer Aushildung entwickelt, und daß die ungleiche Bezahlung, indem sie von vornherein die Minderwertigkeit der Frau voraussetzt, ihr die Gewinnung der gleichen Eignung erschwert. Der Krieg brachte mit der ungeheuren Steigerung der Frauenarbeit auch vorübergehend eine Gleichstellung auf manchen Gebieten. Das Endresultat aber war eine Zuspitzung der gesamten Frage; stärker als je vorher entbrannte der Kannf der Frauen um ihren Platz in der Industrie. Ein dauernder Gewinn aus dem Kries ist der verstärkte Antrieb zu gewerkschaftlicher Organisation. Zeist sich zwar in der deutschen gewerk-

schaftlichen Frauenbewegung nicht ein gleich starker Zug zur Selbständigkeit wie in England (wir haben nicht so große gesonderte Frauenorganisationen, wie sie dort auch jetzt noch bestehen), so ist in Deutschland die prozentuale Beteiligung der Frauen größer, sowohl in einzelnen Industriezweigen wie im ganzen; in England beträgt der Prozentsatz weiblicher Mitglieder 17, in Deutschland 21,5, in Österreich sogar 25. In Deutschland überwiegt in verschiedenen Industrieen die Zahl der weiblichen Mitglieder, was in England nur in der Textil- und Bekleidungsindustrie und in der Töpferei der Fall ist. Weibliche Mitglieder wurden den freien Gewerkschaften 1 192 767, am Jahresschluß 1 612 636 gezählt; in den christlichen Gewerkschaften waren es 160 024, in den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen 18 086, in den übrigen Gruppen 10 485.

gewerblichen Entwickelung der Die Frauenarbeit im Krieg, die Marie Elisabeth Lüders in einer Schrift dieses Titels behandelt /München, Duncker & Humblot/, zeigt im allgemeinen sehr ähnliche Züge wie in England: starkes Anschwellen der Frauenarbeit durch vermehrte Arbeitsteilung, und bei der mehr mechanisierten Arbeit größere Leistungen der Frauen als der Männer, andrerseits aber auch die Notwendigkeit technischer Qualifikation für bestimmte Arbeiten, von deren Erwerbung und Erfolg speziell in der Munitionsindustrie die Verfasserin mit genauer Fachkenntnis berichtet. Auch in Deutschland war im Krieg ein starkes Anwachsen der Frauenorganisationen zu bemerken (stärker als bei den Männern); sie erlangten aber nicht wie in England bestimmenden Einfluß auf die Arbeits-

bedingungen. Ganz ähnlich gestaltet sich hier wie dort ietzt nach dem Krieg der Konkurrenzkampf der Geschlechter. Die Gewerkschaftliche Frauenzeitung vom 1. Dezember 1920 berichtet von den Bestrebungen der organisierten Arbeiter, insbesondere der Betriebsräte, die Frauen aus den Betrieben herauszudrängen. So werden nach dem Grundsatz, daß die verheiratete Frau dem verheirateten Mann weichen müsse, oft Frauen entlassen, die von dem Mann getrennt leben und also auf sich angewiesen sind. In Dresden wurden in der Zeit vom 1. Mai bis zum 30. Juni 1920 4214 verheiratete Textilarheiterinnen entlassen. Die Frauenwirtschaft vom Mai 1919 kritisiert, daß Kellnerinnen unter dem Vorwand gefährdeter Sittlichkeit aus ihrem Beruf gedrängt werden sollen. Die Gleichheit vom 1. Februar 1921 bringt eine Verfügung des Reichsministeriums des Innern, nach der aus dem Bureauund Kassendienst der Reichsbehörden die Frauen (außer Stenotypistinnen und Telephonistinnen) verschwinden sollen. Dabei beträgt der Frauenüberschuß im Alter von 18 bis 45 Jahren jetzt 18 %. Der Grundsatz gleicher Entlohnung wird weder bei Tarifverträgen noch bei der Beamtenbesoldung durchgeführt. So bekommen im Telegraphendienst, wo in 281 Orten neben 6600 männlichen Beamten 8000 weibliche arbeiten, die männlichen über 22 % mehr Gehalt.

In anderen Ländern führt man jetzt stellenweise die Gleichstellung durch. In Wien hat die sozialistische Gemeindeverwaltung die Lehrerinnen den Lehrern im Gehalt gleichgestellt. In den Vereinigten Staaten liegt dem Kongreß ein Entwurf einer Besoldungsordnung für Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst vorder gleiche Bezahlung vorsieht. In Dänemark, Norwegen und Holland ist sie bereits in staatlichen Betrieben durchgeführt. Bezeichnend aber ist, daß man in Holland plant die Fabrikarbeit der verheirateten Frau zu verbieten und die Lehrerinnen bei der Verheiratung zu entlassen.

Und wenn man hört, wie oft jetzt auch von sozialistischer Seite der Ruf »Die Frau gehört ins Haus!« erschallt, und andrerseits beobachtet, wie stark bei vielen Frauen die Neigung ist den Beruf mit dem Haushalt zu vertauschen (und zwar auch einen sogenannten höhern Beruf, nicht nur die angeblich unbefriedigende mechanische Arbeit), so mag man sich die Frage stellen, ob nicht die von Olive Schreiner als treibendes Moment der Frauenbewegung gekennzeichnete Gefahr sich auch jetzt wieder aufrichtet, die Gefahr für die Frau in den immer mehr unproduktiv werdenden Haushalt zurückgedrängt zu werden und an dem Gesamtschaffen des Volks nicht teilzunehmen.

Hauswirtschaft Die beiden Hausfrauenorganisationen, der Reichsverband der landwirtschaft-

band der landwirtschattlichen Hausfrauenvereine und der Verband der deutschen Hausfrauenvereine,
die sich kürzlich zusammengeschlossen
haben und am 24, und 25. November 1920
in Berlin eine gemeinsame Tagung veranstalteten, haben als erstes Ziel ins
Auge gefaßt: die Anerkennung der Hausfrauenarbeit als Berufsarbeit durchzusetzen. Der demokratische Parteitag in
Nürnberg hat ebenfalls diese Forderung
angenommen. Auch für eine berufliche
Anerkennung der Arbeit der Haustöchter
sind Bestrebungen im Gang, und es wird

dementsprechend eine hauswirtschaftliche Berufsausbildung gefordert. Wie verhält sich diese Bewegung zu der oben gestell-

ten Frage?

Auf einen bemerkenswerten Unterschied zwischen ländlichen und städtischen Hausfrauen weist Marie Elisabeth Lüders, in einem Aufsatz Hat die Hausfrau einen Beruf?, in der Frau vom Februar 1921 hin. Diese haben sich nur als Verbraucher zusammengeschlossen und sind auch als solche im Reichswirtschaftsrat vertreten, während jene stärker den Produzentengedanken betonen; so versuchen sie auf Grund ihrer Tätigkeit im Betrieb des Mannes an der Bildung von Landwirtschafts- und Bauernkammern beteiligt zu werden. Die städtische Hausfrauenarbeit ist, mit der ländlichen und der früherer Zeiten verglichen, im wesentlichen nicht mehr produktiv. Wenn sie trotzdem oft die ganze Kraft der Frau in Anspruch nimmt, so muß das an Fehlern ihrer Organisation liegen. Praktische Vorschläge zur Rationalisierung des Einzelhaushalts macht die Amerikanerin Christine Frederick in ihrem Buch Die rationelle Haushaltführung (übersetzt von Irene Witte /Berlin, Springer/). Sie will die Grundsätze des Taylorsystems auf den Haus-halt übertragen und zeigt auf Grund eines eingehenden »Bewegungsstudiums«, wie durch planmäßige und vereinfachte Einrichtung und vor allem arbeitsparende Maschinen die unübersehbare und nicht endenwollende Last der Hauswirtschaft zu einer konzentrierten und beherrschten Arbeit gemacht werden kann, Ähnliche Gedanken verfolgt ein Aufsatz Margarete Weinbergs Vom 8stündigen Arbeitstag der Hausfrau, in der Frauenwirtschaft vom Juni 1920. Auf dem Weg der Berufsausbildung müßte dann die Forderung rationeller Hauswirtschaft mit der Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf verknüpft werden. Denn es wäre zu dem Beschluß des demokratischen Parteitags doch auch zu fragen, ob ohne weiteres die Tätigkeit jeder Frau, die ihren Haushalt leitet, ohne einem andern Hauptberuf nachzugehen, als Beruf gewertet werden soll, die der Dame mit vielen Dienstboten ebenso wie die der Frau in kleinen Verhältnissen mit vielen Kindern.

Ist aber der berufliche Charakter der Hausfrauenarbeit herausgebildet, so erhält die Frage, ob hier nicht der sonstigen Frauenberufsarbeit entgegenlaufende Tendenzen wirken, verstärkte Bedeutung. In dem zitierten Aufsatz macht Lüders auf die Bestrebungen auf-

merksam, die mit dem Hausfrauenberuf die Aufrechterhaltung des Beamtinnenzölibats verknüpien, und weist sie mit der Unterscheidung von hauswirtschaftlichem Haupt- und Nebenberuf zurück. Weshalb aber wird der Hausfrauenberuf. wenn die Frau gezwungen wird außerhäuslich zu arbeiten, plötzlich Nebenberuf? Was ist das für ein Beruf, der sich so gummiartig zusammendrücken läßt? Durch Vereinigung von Hausfrauenarbeit und Erwerbsarbeit wird eben die Frau doppelt belastet: das gleiche Pro-blem, dem wir in der Gewerkschaftsbewegung begegnen, und das durch die Herausbildung des Hausfrauenberuis nur noch schärfer beleuchtet wird. Soll also die Frau nicht ganz im Haushalt aufgehen oder dauernd durch ihre geringer bezahlte Arbeit die des Mannes bedrohen und sich selbst an der Doppelaufgabe zerreiben, so bleibt nur ein Ausweg: Befreiung von der Hausarbeit. Und darauf führt von selbst die Rationalisierung der Einzelwirtschaft hin. Das heißt, die rationalisierte Einzelwirtschaft muß sich selbst aufheben, denn es zeigt sich da-bei, daß zum Beispiel Verwendung von Maschinen, die wirklich erhebliche Kräfte sparen, Ausnutzung der Elektrizität nur im Großbetrieb möglich sind. Zu einer Zentralisierung der Hauswirtschaft drängt nicht mehr nur die Überlastung der Frau in den Arbeiterkreisen, sondern auch in denen des kleinen und mittlern Bürgertums, dessen Frauen sich keine Dienstboten mehr halten können. Die Schrift Robert Adolphs Einküchenwirtschaft als soziale Aufgabe /Berlin, Verlag Gesellschaft und Erziehung/ sieht den Zweck Zentralisation des Haushalts vor allem darin: durch Raum- und Kraftersparnis den wirtschaftlich Schwachen das Leben zu erleichtern, besonders die Wohnungsverhältnisse auf eine gesunde Grundlage zu stellen. Interessant ist dabei, wie nach diesem Plan die in den Großbetrieb überführte Hauswirtschaft wieder produktiv werden soll. Das Einküchenhaus kann unter Umständen einen Teil seines Bedarfs, zum Beispiel in intensiver Gartenbewirtschaftung. erzeugen. Die Ermöglichung der Berufsarbeit für die Frau allerdings ist für den Verfasser eigentlich eine unerwünschte Wirkung des Einküchensystems; er nimmt die Erwerbstätigkeit der Frau unbesehen als schädlich an und sucht zu zeigen, daß das Einküchenhaus durch seine Verbilligung des Lebensunterhalts doch auch wieder für die Frau die Notwendigkeit zu erwerben mindere. Eine andere Frage

ist es jedoch, ob nicht unsere gesamte Volkswirtschaft alle produktiven Kräfte, auch die der Frauen, in ihrer höchsten

Entfaltung braucht.

Obgleich einer so stark ins persönliche Leben einschneidenden Veränderung begreiflicherweise viele Hindernisse entgegenstehen, und zwar gerade in den arbeitenden Schichten (wovon eine Reihe von Aufsätzen aus Hausfrauenkreisen, die in der Gleichheit im September und Oktober 1920 erschienen, zeugt), so sind doch vereinzelte Ansätze zur Zentralisation zu verzeichnen. Über die Gründung eines Vereins für Einküchenwirtschaft in Berlin ist in dieser Rundschau (1920 II, Seite 808) schon berichtet worden. In der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung vom 12. Januar 1921 wird vorgeschlagen die Einrichtung von Näh- und Flickstuben, Wäschereien und Speiseanstalten mit der Erwerbslosenfürsorge zu verbinden; die Gleichheit vom 1. Februar 1921 berichtet von der Gründung einer Gemeindewaschküche in Fulham, die zu allgemeiner Zufriedenheit arbeite. In die gleiche Richtung weist der Beschluß des 8. allrussischen Rätekongresses: Arbeiterinnen und Bäuerinnen sollen statt in ihrem eigenen Haushalt bei der Organisation von Hauskommunen, städtischen und ländlichen Reparaturwerkstätten, Kinderkrippen usw. beschäftigt werden; bemerkenswert nur als Symptom, denn die wirkliche Ent-wickelung wird ja nicht durch Beschlüsse einer Zentralgewalt gemacht (erst recht nicht im bolschewistischen Rußland, wo alles noch mehr als anderswo bloß auf dem Papier steht).

Hausangestellte Erst bei durchgeführter Zentralisation der Hauswirtschaft wird auch die schwie-

rige Frage der Hausangestellten eine befriedigende Lösung finden. Zunächst ist hier für die Klärung des Verhältnisses auch der Berufscharakter der Hausfrau von Bedeutung, was bei der Behandlung der Hausangestelltenfrage auf dem Hausfrauenkongreß im November in den Worten der Vorsitzenden des Verbandes der Hausangestellten zum Ausdruck kam. Die Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die hier vor allem durch die Schwierigkeiten bei der Festsetzung der Arheitszeit entstehen, wer-den bei der Zentralisation verschwinden, und vor allem wird sich die Stellung der Hausangestellten aus der des Dienenden in die des freien Arbeiters verwandeln. Obgleich der Hausfrauenkongreß noch eine Zeitbegrenzung der Arbeit überhaupt ablehnte, lassen sich selbstverständlich bei gutem Willen auch jetzt schon weitgehende Befristungen und sonstige Bedingungen erreichen, für die der Verband der Hausangestellten in seinem Zentralorgan im Dezember 1920 eine Reihe ziemlich gemäßigter Vorschläge macht, die als Grundlage eines Hausangestelltengesetzes dienen sollen. Vom Arbeitsverdienst wird nur allgemein gesagt, daß er fest und ausreichend sein müsse. Im übrigen erstrecken sich die Vorschläge auf die Abschließung des Arbeitsvertrags, die Arbeitsvermittlung, die durch Behörden erfolgen soll, Arbeitsgerichte, Kündigung und Entlassung, Krankheit des Arbeitnehmers, Besuch der Fortbildungs-schule. Die Arbeitszeit soll 10 Stunden betragen, nicht vor 6 Uhr morgens beginnen und nicht nach 8 Uhr abends enden, für Jugendliche unter 18 Jahren 8 Stunden zwischen 7 und 7 Uhr; an einem der Wochentage soll sie um 3, am Sonntag um 2 Uhr enden; jeder 4. Sonntag soll ganz frei sein; die Pausen sollen täglich mindestens 2 Stunden umfassen. Die Hausdienstverträge, die die Zentrale der deutschen Landfrauen ausgearbeitet hat (abgedruckt in der Beilage der katholischen Zeitschrift Frauenarbeit im Juni 1920), sehen eine bedeutend längere Arbeitszeit vor; im Sommer 8stündige, im Winter 9stündige Nachtruhe und 2½ Stunden Tagespausen; jeder 2. Sonntagnachmittag und alle 14 Tage ein Nach-mittag in der Woche sollen frei sein. In Österreich ist bereits ein Hausgehilfengesetz eingeführt, das ebenfalls die Arbeitszeit für Erwachsene auf 13. für Jugendliche auf 10 Stunden ausdehnt; jeder 2. Sonntag ist von 3 Uhr an frei; an 1 Wochentag sind 4 Stunden unter Verkürzung der Tagespause auf 1 Stunde frei. Doch übertrifft das Gesetz immer noch den im November 1918 in Bayern eingeführten Arbeitsvertrag, nach dem 7 Stunden ununterbrochene Ruhe und 2½ Stunden Pause gewährt werden; die Bestimmungen über die freien Nachmittage sind ähnlich.

Dienstjahr Im Zusammenhang mit der hauswirtschaftlichen bildung der Frauen wird zuweilen noch die Frage eines oder mehrerer Dienstjahre erörtert, die die Mädchen im Haushalt zu leisten hätten. Im Februar 1920 wurde ein dahingehender Antrag des Zentrums auf den Wider-spruch der Sozialisten mit den Stimmen der Demokraten abgelehnt. Es würde ein Zwangsgesetz für die Mädchen der be-

sitzlosen Klassen werden und den Hausfrauen billige Hilfe schaffen. Das weibliche Dienstjahr taucht aber auch wieder in den Vorschlägen zur Lösung der Hausfrauen- und Dienstbotenfrage in Palästina auf, die Emma Trietsch in der Wochenschrift Volk und Land von einem sozialistischen Standpunkt machte. Bei einer so weitgehenden Zentralisation des Haushalts ist doch wohl kaum im Einzelhaushalt noch so viel Arbeit zu leisten, daß für jedes Mädchen 2 oder 3 häusliche Dienstjahre notwendig sind. Allerdings ist hier an ein Gemeinwesen gedacht, das wesentlich aus Kleinsiedelungen bestehen soll, in denen dann der Garten mehr Arbeit erfordert. Sonst aber würde bei hauswirtschaftlichem Großbetrieb eine so ausgedehnte Ausbildung im Haushalt nur für die Frauen in Frage kommen, die Neigung und Interesse dafür haben.

Totenliste

Im Alter von 38 Jahren starb Mary Macarthur, die in der englischen

Gewerkschaftsbewegung eine führende Rolle spielte. Sie war bürgerlicher Herkunft und trat als Mitglied des Handlungsgehilfenverbands in die Bewegung ein. 1906 wurde sie Vorsitzende des damals gegründeten Nationalen Arbeiterinnenverbands, 1908 dessen Generalsekretärin. Sie trat auf den Gewerkschaftskongressen stets sehr energisch für die Durchsetzung der Frauenarbeit auf allen Gebieten ein und bemühte sich zugleich um bessere Arbeitsbedingungen, besonders um Minimallöhne und Mutterschaftsfürsorge. 1915 gehörte sie einem vom Munitionsminister berufenen Ausschuß an, der Schutzbestimmungen für die Frauen festsetzen sollte. 1916 bildete sich der Ständige gemeinsame Ausschuß der industriellen Frauenverbände als zentrale Vertretung der Frauen, die großen Einfluß erlangte, und Macarthur wurde Vorsitzende. Auch politisch war sie tätig: sie kam mit als erste in den Exekutivausschuß der Arbeiterpartei, 1919 war sie als Delegierte auf dem internationalen Arbeiterschutzkongreß in Washington und nahm an dessen Arbeiten hervorragenden Anteil.

Am 5. Januar 1921 starb in München Frieda Duensing, 57 Jahre alt. Sie hat auf dem Gebiet der Jugendfürsorge Bedeutendes geleistet. Aus warmem sozialen Gefühl heraus stellte sie ihr Leben in den Dienst der von der Gesellschaft verstoßenen Jugend. Von 1904 bis 1911 war sie Geschäftsführerin der 1904 neu-

begründeten Zentralstelle für Jugendfürsorge in Berlin, 1905 rief sie den Verband für weibliche Vormundschaft ins Leben. 1908 organisierte sie die Berliner Jugendgerichtshilfe, in der die konfessionellen und humanitären Wohlfahrtsvereine mit den Berufsorganisationen und den 3 Gewerkschaften zusammenwirken. Nach 1911 widmete sie sich, ihrer ausgesprochenen pädagogischen Begabung folgend, hauptsächlich dem Unterricht an den Berliner Frauenschulen, in dem sie eine starke Wirkung auf ihre Schülerinnen ausübte. 1917 bis 1918 leitete sie in München Kriegsfürsorgekurse fur Fabrikpflegerinnen und Arbeiterinnen und seit 1919 die von ihr gegründete Münchener Soziale Frauenschule.

Kurze Chronik In der Vollversammlung des Völkerbunds sitzen 4 Frauen: Wicksell /Schwe-

den/, Forchhammer /Dänemark/, Bonnevie /Norwegen/ und Kluyver /Holland . Im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat Deutschlands sind 5 Frauen, darunter 1 Vertreterin der Gewerk-schaften. Auf dem Betriebsrätekongreß im Oktober waren unter mehr als 900 stimmberechtigten Delegierten 8 Frauen. Im österreichischen Bundesrat sitzen 3 Frauen, nämlich die Christlichsozialen Pichl und Fürstin Starhemberg und die Sozialistin Bock. 🗢 Bei den Gemeindewahlen in England wurden 48 Frauen gewählt; viele Städte blieben ganz ohne weibliche Vertreter. Es wurden aber mehrere Frauen zu Bürgermeistern gewählt, in der Grafschaft Wales 3. In Amerika sind in 15 Staa. ten bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften 30 Frauen gewählt worden. 🗢 Die italienische Kammer hat mit 240 gegen 10 Stimmen einen Zusatzantrag zum Gemeindewahlgesetz angenommen, nach dem den Frauen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird wie den Männern. 🗢 Der erste weibliche Staatsminister ist die Witwe Ralph Smiths, die das Unterrichtsministerium des Staates Britisch Columbien übernahm. > Viola Smith ist als Sekretärin des amerikanischen Attachés für Handel nach Peking gegangen. Es wird in Erwägung gezogen Frauen zu Gesandten zu ernennen. Chapman-Catt, die Präsidentin des Weltbundes für Frauenstimmrecht, soll nach London, Lady Astor, englisches Parlamentsmitglied, nach Washington gehen. Ihre Auf. gabe soll die Sorge für die Frauen ihre. Staats im Ausland sein. SFür die Fach

und Fortbildungsschulen für Mädchen ist im preußischen Handelsministerium ein Frauenreserat eingerichtet und der Gewerbelehrerin Erna Albrecht übertragen worden. 🗢 Mit Hildegard Wegscheider-Ziegler ist der erste weibliche Oberschulrat worden, und zwar im Provinzialschulkollegium der Provinz Brandenburg, wo sie schon seit einem halben Jahr Hillsarbeiterin war. Wegscheider-Ziegler ist jetzt als sozialdemokratische Abgeordnete in den Preußischen Landtag gewählt worden. Am 14. Oktober 1920 wurden zum erstenmal studierende Frauen in England zu akademischen Graden zugelassen, und zwar war es die Universität Oxford, die zuerst mit der Jahrhunderte alten Tradition brach und 50 Studentinnen den Doktorhut verlieh. Die Universitäten Cambridge und London verhalten sich aber dieser Frauenforderung gegenüber immer noch ablehnend, Während die Zahl der Studentinnen an deutschen Universitäten im Lauf des Krieges von 4100 auf 8300 emporgeschnellt war, ist sie im Sommersemester 1920 auf 8000 gesunken. Die Aussichtslosigkeit des Lehrerinnenberufs und die Unmöglichkeit sich als Ärztin jetzt ein größeres Arbeitsfeld zu schaffen dürften die Hauptgründe für die größere Zurückhaltung der Frauen gegenüber dem Studium sein.

Literatur Die deutsche Frauenbewegung ist der Titel eines Bändchens der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt, in dem Marie Bernays eine knappe Darstellung der bürgerlichen Frauenbewegung nach ihrer Geschichte und ihren Hauptproblemen gibt. In Anwendung des Forschungsprinzips der ökonomischen Geschichtsauffassung betont die Verfasserin die Bedeutung der wirtschaftlichen Ursachen der Frauenbewegung; neben ihnen aber habe hier das Geistige seine eigene Kausalität, und die geistigen Ursachen reichten weiter zurück als die wirtschaftlichen. Allerdings dürste sie sich dabei nicht auf Olive Schreiner berufen; denn bei ihr ist die gesamte Bewegung mit historischer und künstlerischer Intuition als ein einziger großer Prozeß erfaßt, in dem Geistiges und Materielles nicht von einander getrennt sind. Und wenn es natürlich für den analysierenden Beobachter auch durchaus möglich und fruchtbar ist die

Füden, die in einer historischen Erscheinung zusammenlaufen, einzeln zu versol-

gen, etwa die geistige Linie von den Frauen der französischen Revolution, des Klassizismus, der Romantik, des Jungen Deutschlands bis in unsere Zeit zu zeichnen, so müssen wir uns doch dessen bewußt bleiben, daß wir hier erst die Scheidung vornehmen. Als die wirtschaftliche Umwälzung der Frau ihren Wirkungskreis im Haus verengte, mußte sie sie natürlich genügend geistig entwickelt finden, damit die Frauenbewegung ent-stehen konnte; aber die geistige Ent-wickelung der Frau in den Jahrhunderten vorher ist doch mit der gesamten gesellschaftlichen Entwickelung verknüpft und insofern auch wieder wirtschaftlich bedingt. Daher scheint es mir auch überflüssig so ausdrücklich zu betonen, daß die Frauenbewegung sihrem tiefsten Wesen nach eine Kulturfrage und nicht eine wirtschaftliche Zweckmäßigkeitsfrage« sei; es gibt keine große Bewe-gung, die nicht beides vereinte. In ihrer Stellung zur Berufsarbeit der Frau ergibt sich für die bürgerliche Frauenbewegung eine Problematik, für die sie keine Lösung findet. Sie erkennt den Kulturwert der Berufsleistung der Frau, und sie will ihr Verhältnis zu ihrem Beruf verinnerlichen und befestigen, aber sie will die Frau nicht von der Hausarbeit lösen. In den Beziehungen der Geschlechter erstrebt sie die Gleichstellung von Manu und Frau in der Ehe; außerhalb der Ehe kommt sie über eine ungleiche Bewertung nicht hinaus. Jede Gemeinschaft mit den Bestrebungen der Neuen Ethil: wird abgelehnt. In der Politik erwartet die Verfasserin von der Frau einem »staatserhaltenden« (hier nicht parteipolitisch gemeint) und »staatsveredelnden« Einfluß; die Form ihres Wirkens könne nicht die einer besondern Frauenpartei sein, da die Welt- und Staatsauffassungen die Frauen zu sehr trennten. Trotzdem dürfe die Frauenbewegung nicht in den Parteien aufgehen; denn ihr letztes Ziel, die Herausbildung eines neuen Typus Frau, könne sie nur selbst erreichen.

# WISSENSCHAFT Philosophie / Richard Kleineibst

Form Unter dem zusammenfassenden Titel Idee und Gestalt hat Ernst Cassirer 5 einzelne Aufsätze gesammelt /Berlin, Bruno Cassirer/, in denen es sich, der Vorwort gemäß, darum handelt Verlknüpfungen und Vermittlungen aufzuzeigen, die von der Welt der philosophischen Ideen zur Welt der dichterisch

schen Gestaltung hinüberführen«, Ein Name von weltanschaulicher Prägung klingt durch alle Aufsätze: der Name Kant; ein Hauptproblem löst sich aus den verschiedenartigen Verschlingungen der Einzelthemen: das Problem von Stoff und Form, hier in seiner Besonderheit der Gestaltwerdung von Ideen; eine Erkenntnis leuchtet auf: Philosophie, Weltanschauung, der Ausdruck subjektiven Wesens, modifiziert oder bewußt geworden durch das Kollektivwesen der Zeit und die in ihr erwachsenden Ideen, ihrerseits rückwirkend auf das universelle Fühlen und Denken gleichzeitiger und folgezeitiger Epochen. »Wie das Universelle sich im Individuellen reflektiert und ausprägt, wie ein System von Ideen, das der Zeit wesentlich und für sie charakteristisch ist, verschiedene Gestalt annimmt, in dem Maße als es in den einzelnen großen Persönlichkeiten konkrete Form gewinnt«: das ist die von Cassirer formulierte Aufgabe, aus deren Aufstellung die dem Problem Untergrund bietende Erkenntnis hervorleuchtet. Goethes Pandora gilt die erste Untersuchung. Die platonische und nachplatonische Philosophie, die Lehre vom intelligiblen Schonen bildet die gedankliche Basis. Ihre Modifizierung, ihr Angepaßtwerden an Goethes Weltbild wird untersucht. Dem Dichter und Naturwissenschafter entdeckt sich die reine Form in der Natur. Für Goethes Weltgefühl aber ist dies das Bezeichnende, daß ihm das Reich der reinen Gestalten nicht jenseits und über der Sinnenwelt sich erhebt, sondern daß es in ihr selbst lebendig und gegenwärtig ist.« Der Gedanke von der im Besondern dem Menschen sich offenbarenden, im einzelnen Bild aber nicht zu ergreifenden Form ist in der entschwindenden Pandora Gestalt geworden. Der von dem reifern Goethe empfundene Dualismus von der Welt des Sinnens und der Welt des Wirkens ist ausgedrückt, plastisch gebildet in dem Brüderpaar Epimetheus und Prometheus: und die nur schematisch angedeuteten solgenden Bilder des dramatischen Gedichts hätten die Lösung des Konflikts darstellen sollen, so wie sie Goethe für

seine Person gefunden hatte, und wie sie

auch im Faust gestaltet ist: durch die

Bewährung des Ideellen Dim Schaffen

und Umschaffen der Wirklichkeit«. Dem,

was hier nur kurz angedeutet werden

konnte, geht Cassirer entwickelnd nach.

Er gibt in diesen wie in den anderen

Aufsätzen psychologisch eindringende

Studien über das Werden und Wachsen

theoretischer Erkenntnisse, ihrer individuellen Adaption und ihres Niederschlags in neuer, sei es künstlerischer sei es philosophisch-ästhetischer, Gestalt. Damit an einem Beispiel Weg und Ziel der Cassirerschen Stoffbehandlung eingehender aufgezeigt, damit eine zweite Untersuchung, in der sich »auch ein allgemeines methodisches Problem der Geistesgeschichte und der Geistesphilosophie überhaupt« birgt, genauer behandelt werden kann, dürfen die beiden übrigen Aufsätze nur thematisch erwähnt werden. Die Methodik des Idealismus in Schillers philosophischen Schriften ist der Titel des einen, Hölderlin und der deutsche Idealismus der des andern Aufsatzes. Problemstellung und Problembehandlung sind prinzipiell die gleichen: die durch den besondern Vorwurf bedingte Besonderheit der Darstellung und Einbeziehung ist in den Überschriften mindestens angedeutet. Wie Schillers besondere Begriffsbildung, die sich vom Kritizismus ableitet, »gerade nach der Seite der allgemeinen Methodik« auf Hegel, seine Grundideen auf Schelling belebende Kraft ausgeübt haben, wie der selbe philosophische Idealismus den tragischen Grundzug der Wesenheit Hölderlins ans Licht zwingt, wie die »Dialektik des Begriffs« von dem Lyriker zur »Dialektik des Gefühls« umgebildet wird, und wie Hölderlins Weltgefühl Schellings und Hegels Gedankensysteme befruchtet hat: das ist, ungerecht kurz gefaßt, der Hauptzug der Untersuchung. Klarer noch und einheitlicher als im dieser Künstlerpersönlichkeiten offenbart sich die überflutende Gewalt des Kantischen Geistes in der Gestalt des Menschen Kleist und der seiner Schöpfungen. Heinrich von Kleist und die Kantische Philosophie bedeutet vielmehr Heinrich von Kleist im Ringen mit der Kantischen Philosophie. War es, wie Cassirer überzeugend nachweist, zwar nicht ein Werk Kants, das die Grundfesten von Kleists naiv optimistischem Weltglauben erschüttert und zusammenfallen läßt, sondern Fichtes Abhandlung über die Bestimmung des Menschen, so wurde es doch mehr und mehr Kants Originalphilosophie. Kleist unerbittlich zu theoretischer Klarheit und zum Verzicht auf die moralische Begreiflichkeit der Welt bringt. Und damit erst ist dem Tragiker in ihm der Weg freigemacht, tritt der objektiven Welt sefbständig das Ich entgegen. Die innere Welt behauptet sich »in ihrer Klarheit, ihrer Reinheit und Sicherheite

und in ihrer unbeirrbaren Ordnung gegen das Chaos des Geschehens. Kohlhaas, Penthesilea, Marquise von O . . . : sie alle behaupten sich selbst als sittliche Individuen, sie alle gehorchen dem eigenen Gesetz, dem kategorischen Imperativ; sie alle aber, handelnd oder leidend. finden sich »der Welt als einem durch und durch Rätselvollen und Irrationalen gegenüber«. Daß der dichterische Impuls, der diese Gestalten schuf, und der sie so schuf, Ursprung in der Kantischen Philosophie hatte, dafür liegen genügend unmittelbare Zeugnisse vor. Nur ein mittelbares, aber um so stärkeres Zeugnis für die tiefergreifende Umpflügung von Kleists Weltbild durch Kants Philosophie haben wir im Prinzen von Homburg. In der Vertiefung der tragischen Problematik offenbart sich die Wandlung, die Kleists Verhältnis zu Kant durchgemacht hat, sein »neues Verständnis für die Ethik Kants und für ihren entscheidenden Grundgedanken; für die Gleichsetzung von Autonomie und Freiheit«. Selbst zur Entscheidung aufgerufen, erkennt der Prinz von Homburg die, von früheren Gestalten unbegriffene, objektive Welt des Seins als die objektive Welt des Sollens, die durch freie Anerkennung überwunden wird. In der Gestalt des Kurfürsten ist die entgegengerichtete Entwickelung dargestellt. Die Offenbarung vom sittlichen Recht der freien Persönlichkeit verwirrt ihn und sein allzu einfach geordnetes Weltbild. Das objektive Recht muß Ergänzung finden durch das subjektive Rechtsgefühl: das ist die Kantische Lehre, die er empfängt. Und in Kottwitz stellt sich »in der unmittelbar konkreten Einheit der Persönlichkeit die wahrhafte Synthese zwischen der objektiven Notwendigkeit des Pflichtgebots und dem Recht der freien Subjektivität her«. Seine Rede an den Kurfürsten ist im Kantischen Geist geformt; nicht abstrakt philosophisch aufgebaut sondern organisch aus der Situation erwachsend zeigt sie gerade so, wie tief Kleist in die Philosophie des Idealismus eingedrungen ist. Und für die unüber-Wirkung der schätzbare Kantischen Lehre auf die Zeit- und Nachzeitgenossen ist »gerade die Kraft, mit der sie auch in das Leben und Schaffen dieses Einsamen eingegriffen hat, der ihr eher zu widerstreben als sie zu suchen schien«, beweisend.

War es hier die Frage nach der Gestaltwerdung der abstrakten, philosophischen Idee, so tritt in dem Aufsatz Goethe und die mathematische Physik,

eine erkenntnistheoretische Studie, durch den Untertitel bezeichnet, ein weitergreifendes Problem als »Zukunftsaufgabe der Philosophie und der Erkenntniskritik« ans Licht. Prinzipielle Scheidung von Mathematik und Physik hatte Goethe als Forderung aufgestellt, sinnlichen Anschauung und der abstrahierenden Denkkraft so Sondergebiete und andersartige Aufgaben zuweisend. Damit ist jedoch nicht das Fehlen jeder Gemeinsamkeit zwischen den beiden Erkenntnismethoden ausgesprochen. gemeinsamer Hintergrund findet sich in der Analogie der Form, in dem strengen Aufbau, in dem Fortschreiten von einer Tatsache respektive einem Begriff zum andern, in der Durchführung von Entwickelung und Reihenbildung; »auf dem Gedanken der Kontinuität auf der Methode des genetischen Aufbaus« beruhen die positiven Zusammenhänge, die Goethe zweifellos tief emp-funden, hat, nimmt er dieses Verfahren der exakten Wissenschaft doch gerade seine Farbenlehre in Anspruch. Während aber die mathematische Phvsik das Einfache zerlegt und auf einen quantitativen Ausdruck bringt, Bewegung und Änderung einer »quantitativen Regel« unterwirft, das Seiende auf einen Komplex von Zahlen reduziert, erscheint Goethe das Denkmittel der Zahl überflüssig. Er sucht in anschaulicher Form das Besondere aus dem Allgemeinen zu entwickeln. Seine Urpflanze ("eine Idee" hatte bekanntlich Schiller sie genannt's ist »zugleich Prinzip und Gebilde: ist eine Regel, die sich aus der Anschauung selbst entwickelt und an ihr darstellt«. Wie hier eine systematische Difterenz in einen Streit zweier Weltanschauungen, der mechanischen und der dynamischen: mündet (er ist sachlich nicht notwendig. aber geschichtlich eingetieten), darauf weist Cassirer, den Tatbestand flüchtig überschauend hin. Halten wir uns an das vorläusige Ergeb-

Halten wir uns an das vorläusige Ergebnis der Entwickelung der Physik, so kommen wir zu dem Resultat, daß im modernen physikalischen Weltbild das anschauliche Element immer mehr verblaßt und zurücktritt, daß andrerseits mit diesem Verzicht auf die sinnliche Evidenzeine maschenlosere Geschlossenheit des (funktionalen) Weltbilds erreicht wird. "Jetzt werden also nicht für die verschiedenen Gruppen von Phänomenen verschiedene Bilder ersonnen und als Bilder aneinandergereiht, sondern es wird ein immer einheitlicheres System von Begriffen ausgestellt, die die Fähig-

keit besitzen alle Beziehungen, die zwischen irgendwelchen, noch so weit auseinanderliegenden anschaulichen menten möglich und setzbar sind, in einem einzigen intellektuellen Grundschema zu befassen.« Und hier setzt, nach verschiedenen Exkursen, die Problemstellung Cassirers von neuem ein. Seine Fragestellung lautet: Sind die beiden Formeln für den Aufbau des Weltbilds, die mathematisch-abstrakte und die deskriptiv-anschauliche, zu vereinigen, und wie sind sie zu vereinigen? Bewußt geht Cassirer nicht weiter als bis zur Fragestellung, Doch ebenso bewußt verknüpft er damit eine Kritik und Forderung. Aufgabe einer neuen Erkenntnistheorie müßte es sein »nicht nur die Methoden der Erkenntnis im engern Sinne, sondern die wesentlichen Kategorieen und Grundrichtungen des Weltverständnisses überhaupt« zu umfassen, »jede in ihrer Besonderheit« zu begreistellung im Ganzen kenntliche zu machen. Was hier gefordert wird, ist aber im Grunde etwas Selbstverständliches. Die bewußte Abgrenzung der verschiedenen Formen der Anschauung, die Anerkennung ihrer Einseitigkeit und Beschränktheit, ihrer nur relativen Geltung, ist offensichtlich. Der Drang nach Dogmatisierung mag diese Selbstverständlichkeit bei einseitig determinierten Spezialisten und einer größern, durch Aufkläricht oder seine Asymptote (alle Art von Okkultismus) verseuchten Masse oft verwischt haben; mit der Aufstellung dieses Typus als der dem Untersuchenden gegenüberstehenden Philosophievertretung ist ein zu kleiner Maßstab ge-

Der Cassirerschen Forderung ist prinzipiell längst entsprochen; sie kann nicht mehr als Problem gelten. Anders steht es mit der systematischen Verknüpfung der verschiedenen Kategorieen. Hier steckt ein sehr wichtiges und wertvolles Problem; ob zu seiner Lösung nicht gerade vorerst ein weiter geführter Einzelausbau erforderlich ist, mag als offene Frage gesetzt werden. Jedenfalls entbindet deren Bejahung keineswegs von der Forderung nach bewußtem Einheitsstreben und Erweiterung allzu enger Weltbilder. Das aber ist eine Frage nach der Form, eine Frage, die auch für die Cassirerschen Aufsätze zu stellen ist. Diese ist einem, den Neukantianern eigentümlichen, im wesentlichen wohl auch von Simmel beeinflußten und ausgebauten

sich in ihrer, durch die Wahl der Vorwürfe besonders begünstigten Auspräals ein ästhetisch-literarisches, durch die Beherrschung des Sprachinstruments ausgezeichnetes Mittelding zwischen philosophischer Betrachtungsweise und künstlerischer Aspiration kennzeichnen. Was ihr dabei an Schärfe der Determination verloren geht, sucht sie durch eine (auch im Einzelausdruck und -wort zu beobachtende Gefühlsund Ahnungsweite zu ersetzen. Die besondere Idee und ihre besondere Gestaltung sind in diesen Aufsätzen als bedingt, auch zeitlich bedingt dargetan. Sowenig sie also als Zufallsergebnis angesprochen werden darf, so wenig is. die unstraffe Form dieser Aufsätze, die sich im Anschlagen und Verklingenlassen verschiedenartigster Tone und Obertone gefällt, eine Zufallserscheinung. Sie sowohl wie selbst die Wahl des Themas ist im Wesen einer Zeit gegründet, der sich die Unzulänglichkeit, das Ungenügen der gegenwärtigen Form durch ihr Versagen in der realen Welt als dunkel bewußte Tatsache, kaum noch als geistiges Problem erschlossen hat.

Die gefühlte Diskrepanz zwischen den abstraktiv gewonnenen Allgemeinbegriffen, das heißt der Denkform, und der Vorstellung von der konkreten Einzelheit, die Spaltung, die auch als der Dualismus von Form und Stoff sich geltend macht, führt zu dem großen Problem der Formung und Umformung der Welt durch den, nach bestimmten Prinzipien betrachtenden Menschen (als Individualund Kollektivbegriff), führt weiter zu dem unbehandelten Problem, ob und in welchem Sinn der Form an sich der Charakter eines gestaltenden Prinzips zugesprochen werden kann. Eine Unter-suchung ihrer potentiellen Wirksamkeit würde zweifellos zur Umstoßung oder Nachprüfung vieler Sicherheiten, Entdogmatisierungen führen, die gerade für die Weltanschauung des Sozialisten von besonderm Wert sein könnten

Gemeinver-In der Teubnerschen Sammständliche lung Aus Natur und Geisteswelt gibt Jonas Cohn seine Führenden Denker in 4. Auflage heraus. Sie sind besonders vauch auf die Verständlichkeit und Einsichtigkeit des Gedankenfortschritts hin« durchgesehen Dieser Fortschritt wird an einzelnen Per sönlichkeiten, mit Sokrates beginnend mit Fichte schließend, demonstriert; un ter besonderer Berücksichtigung allge Stil zuzurechnen. Gerade hier läßt sie meiner philosophischer Fragestellung.

Einem ähnlichen Ziel strebt Karl Vorländer im 9. Band der Bücherei der Volkshochschule /Biclefeld, Velhagen & Klasing/ zu. Immanuel Kant und sein Einfluß auf das deutsche Denken lautet der Titel des Buches, das zum Studium philosophischer Fragen anzuregen versucht. Die regulativen Prinzipien der Philosophie Kants sind in den Vordergrund gestellt und betont. Andeutender Formulierung des kritischen Idealismus sicht stärkeres Hervorheben des praktischen Philosophen gegenüber, eine Tendenz ihn menschlich an der Hand von Äußerungen über konkrete Fragen der Ethik (Moral), Erziehung, des Unterrichts usw. dem Leser näherzubringen. Das Vorländersche Buch ist eine liebenswürdige Anregung und Aufmunterung zur Selbstbeschäftigung als dem besten Ziel der Volkshochschulbestrebungen

Kurze Chronik Das Nietzschearchiv in Weimar hat den Preis des Jahres 1921 für eine Schrift bestimmt, die die Beziehungen awischen Einzelmensch und Gemeinschaft behandelt. Die Arbeiten sind bis zum 1. April einzureichen. Die neugegründete Vereinigung der Freunde und Förderer des positivistischen Idealismus hat in ihrem Organ, den Annalen der Philosophie, 2 Preisausschreiben erlassen. Die Themen lauten: 1. »Die Rolle der Fiktioder Erkenntnistheorie Friedrich Nietzsche.« 2. »Das Verhältnis der Einsteinschen Relativitätslehre zur Philosophie der Gegenwart mit besonderer Rücksicht auf die Philosophie des Als ob. « Olie im Jahr 1912 gegründete Gesellschaft für positivistische Philosophie ist der Kantgesellschaft beigetreten und wird dort eine besondere Gruppe bilden, - Der durch die Übersiedelung R, Carathéodorys nach Grie-chenland frei gewordene Lehrstuhl der Mathematik an der Berliner Universität st mit Ludwig Bieberbach aus Frankfurt besetzt worden. Bieberbachs Arbeiten betreffen Gruppentheorie, Funktionentheorie und Differentialglei-chungen. Spür Philosophie habili-tierte sich an der Universität Köln Johannes Hessen mit einer Schrift Die Kategorieenlehre Eduard von Hartmanns und ihre Bedeutung für die Philosophie der Gegenwart, die von der Kantge-sellschaft mit einem Preis ausgezeichnet wurde; an der Universität Greifswald habilitierte sich W. Schulze-Sölde mit einer Arbeit Die Methode Spinozas im Lichte der Philosophie Kants.

Der Professor der Philosophie an der Universität

Gießen Walter Kinkel läßt den 1. Teil einer Allgemeinen Ge-Philosophie erscheinen der Osterwieck, A. W. Zickfeldt/. Der Inhalt dieses Teils ist der Geist der Philosophie des Altertums. Philosophie als die Lehre von den Grundlagen des menschlichen Kulturbewußtseins auffassend, beleuchtet der Verfasser die Vorsokratiker. Plato und die Anfänge der römischen Philosophie in bewußter Anlehnung an Gedankengänge der Marburger Schule. In 7. verbesserter Auflage erschien O. Külpes Büchlein Die Philosophie der Gegenwart in Deutschland /Leipzig. Teubner/. August Messer hat sie herausgegeben und mit Ergänzungen versehen, derart, daß er »Wert darauf legte den Charakter von Külpes Schrift pietätvoll zu wahren«. Das sehr empfehlenswerte Büchlein zeigt die Hauptstromrichtungen der Gegenwartsphilosophie unter Anknüpfung an die Leistung prominenter Vertreter und Initiatoren der verschiedenen Lehren. Der Standpunkt des Verfassers und die immanente Tendenz seiner Untersuchung erhellen aus folgender Bemerkung: »Inwieweit aber und mit welchem Rechte gedachte Dinge als Realitäten sollen gelten können, das zu untersuchen wird die Hauptaufgabe einer Erkenntnistheorie zu bilden haben, die einer naiven Metaphysik ebenso wie der radikalen antimetaphysischen Tendenz entgegentreten muß.«

#### Psychologie / Georg Chaym

Meinong † Im November 1920 starb in Graz der ordentliche Professor der Philosophie

Alexius Meinong im Alter von 67 Jahren. Er war ein Schüler Franz Brentanos. 1894 gründete er in Graz ein Psychologisches Laboratorium, das erste

in Österreich.

Seine bedeutendste Leistung ist die Aufstellung der Gegenstandstheorie. Allem psychischen Geschehen ist danach das auf etwas Gerichtetsein eigentümlich; alles hat einen Gegenstand. Die Wissenschaft, die sich mit dem Gegenstand als solchem befaßt, ist aber deswegen nicht etwa die Psychologie, da diese nur solche Gegenstände angehen, auf die ein Psychisches gerichtet ist oder sein kann, das heißt deren Vorstellungen existieren. Auch die Metaphysik ist nicht die Wissenschaft vom reinen Gegenstand, da sies sich auf das Wirkliche, das Existierende beschränkt. Indes kann auch das Nicht-

existierende, sofern es nur besteht. Gegenstand werden. So besteht Gleichheit oder Verschiedenheit zwischen Wirklichem, ohne selbst ein Wirkliches zu sein, etwa als Gegenstand eines Erkennens. Meinong grenzt die Gegenstandstheorie als eine eigene Wissenschaft ab gegen Psychologie, Logik, Erkenntnistheorie, während sie mit der Mathematik Teile ihres Bereichs gemein hat. Von dem Gegenstand einer Vorstellung ist danach deren Inhalt zu trennen. Unter den Gegenständen nun gibt es gewisse, denen eine innere Unselbständigkeit eignet, die weiter geht als die mehr äußerliche von Ausdehnung und Farbe, und die zu ihrem Bestehen das anderer Gegenstände brauchen; sie heißen Gegenstände höherer Ordnung. So die Gleichheit, die als Gegenstand nur zwischen Gegenständen bestehen kann, sich auf ihnen aufbaut. Die eine Gruppe der Gegenstände höherer Ordnung bilden die Verhältnisse, Relationen, die andere die Komplexionen, die durch Zusammenfassung von Bestandstücken entstehenden oder, wie andere meinen, schon vor den Bestandstücken existierenden Gebilde wie Figuren, Melodicen, Die Dis-kussion über die Phänomenologie der sogenannten Gestaltqualitäten hat hier einen ihrer Ausgangspunkte.

Über seinen Lehrer Brentano, der das Urteilen vom Vorstellen trennte und in eine besondere Grundklasse der psychischen Phänomene einreihte, ging Meinong noch durch seine Lehre von den Annahmen hinaus. Diese sind keine Urteile, weil sie nicht den diesen eigentümlichen Charakter des Überzeugtseins besitzen, sind aber auch keine Vorstellungen, weil sie wiederum die diesen abgehende Eigenschaft des Ja und Nein haben.

Die psychologische Verwertung seiner Grundgedanken und ihren Ausbau hat Meinong seinen zahlreichen Schülern überlassen, die seine Abhandlungen gesammelt herausgaben /Leipzig, J. A. Barth/ und in den Untersuchungen zur Gegenstandstheorie und Psychologie /Leipzig, J. A. Barth/ eine Fülle wertvoller Beiträge und Anregungen lieferten. Zu seinen bedeutendsten Schülern darf man wohl den zu früh verstorbenen Stefan Witasek und Vittorio Benussi rechnen; auch Alois Höfler und Christian von Ehrenfels gingen von Meinong aus.

Arbeitewissen- Als noch Genosse Schlicke im Reichsarbeitsministerium war, entstand der Plan einen Reichsausschuß zur Förderung der

Arbeitswissenschaften zu bilden und an seine Spitze einen Psychologen zu berusen. Ist es eines der Ziele der Arbeitswissenschaft den Betrieb durch Organisierung zu ökonomisieren, so mußte man vor allem daran denken diese Wissenschaft selbst zu organisieren. Arbeitswissenschaftliche Forschungsstätten bestehen bereits in Deutschland, aber sie sind fast ohne jeden Zusammenhans mit einander. Dagegen war für die rein betriebstechnische Seite der Produktion eine Organisation schon in dem Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung geschaffen worden. Dieser hat eine im Mai 1920 abgeschlossene kleine Schrift gegen Ende des Jahres herausgegeben (Arbeitswissenschaftliche und berufskundliche Forschungsstätten /Berlin, Verein deutscher Ingenieure/), die eine fast vollständige Übersicht über diese Einrichtungen, ihre Arbeitsweisen und Arbeitsziele gibt. Da gegen 30, unter einander nicht verhundene derartige Institute existieren, muß man dem Verfasser recht geben, wenn er schreibt: »Die deutsche Arbeitswissenschaft beraubt sich selbst ihres wertvollsten Inhalts, wenn sie die Erhöhung der geistigen Ökonomie im eigenen Betriebe vernachlässigt. Sie wird sich nur danz gesund und kräftig entwickeln, wenn die beteiligten Forscher sich auf eine klare Gliederung ihres Wissensgebietes einigen und sich ohne Mißtrauen und Eifersüchtelei in den Rahmen einer planmäßigen großzügigen Gemeinsamkeitsarbeit stellen.« Diese Mahnung blieb leider, wenn auch am wenigsten durch die Schuld der Forscher, ohne Erfolg. In einer Denkschrift, die der Verfasser dieser Rundschau auf Aufforderung des

Reichsarbeitsministeriums zu der Frage verfaßte, versuchte er die Grundzüge einer solchen Organisation zu entwickeln. Als Leitprinzip aller betriebswissenschaftlichen Maßnahmen wurde darin der Grundsatz aufgestellt, daß dem Arbeiter, dem diese stets eine Beschränkung der Freiheit bringen, ein Gegengewicht durch ein Mitbestimmungsrecht bei der Einführung dieser Maßnahmen geboten werden müsse. Man hörte dann lange nichts von der Sache, bis im August 1920 an eine Reihe an der Frage Interessierter (unter ihnen auch an den Verfasser) die Einladung zum Eintritt in den genannten Reichsausschuß erging, Nach Zeitungs-nachrichten sollte der Direktor des Instituts für experimentelle Pädagogik iz Leipzig, Max Brahn, zum Leiter des Ausschusses ernannt werden. Gegen Ende 1920 kam aber die überraschende Mitteilung, daß der Ausschuß gar nicht zusammenberufen werden könne, da das Reichsschatzministerium die erforderlichen Mittel nicht bewillige. (Ich habe nicht gehört, daß im Reichstag über die Angelegenheit gesprochen worden ist.)

Berniswahl Das Verdienst des Münchener Pädagogen Aloys Fischer ist es den sitt-

lichen Kern der Berufswahl hervorgehoben zu haben [Über Beruf, Berufswahl und Berussberatung /Leipzig, Quelle & Meyer/). Mit Recht sieht Fischer den Ausgangspunkt aller Berufsfragen in der Einstellung des Menschen zur Arbeit: ob sie ihm nur Mittel ist oder Pflicht, oder schon freier Selbstwert oder end. lich Beruf in selbstloser Hingabe, in Begeisterung des Schaffens, in Liebe zur Sache. Er betont den Zusammenhang der Berufsfragen mit Erziehung und Schule, die hier in ihrer Aufgabe versagt habe, legt die üblichen Beweggründe zur Berufswahl dar, schildert die Verfahren der Berufsberatung und kommt schließlich zu eigenen Vorschlägen. Die Entwickelung der Beziehungen zwischen Gesellschaftsaufbau und Erziehung oder genauer Beruf sicht er in folgenden Stufen: In der ständisch geschlossenen Gesellschaft fehlt eine eigentliche Berufswahl, die Erziehung richtet sich nach dem Beruf; mit der Auflösung der ständischen Bindung fängt der Beruf an sich nach der Erziehung zu richten, bis sich nach der heutigen Anschauung grundsätzlich die Möglichkeit ergeben hat das Band zwischen Beruf und sozialer Schicht zu (Verwirklicht ist diese Möglichkeit freilich bisher nur in sehr bescheidenen Grenzen.)

Eine vertiefte Darstellung der Zusammenhänge zwischen Erziehung respektive Berufswahl und Gesellschaftsform findet man in Robert Seidels Arbeit Das Ziel der Erziehung vom Standpunkt der Sozialpädagogik /Zürich, Orell Füßli/. Eine gute Ergänzung zu Fischer bildet das als eine Einführung in die Berufsheratung gedachte, von Alfred Kühne herausgegebene und eingeleitete Buch Berufswahl und Berufsberatung /Berlin, Trowitzsch/. Die Ärztin Martha Ulrich führt darin, mit Berücksichtigung der Berufseignung der Frau, die verschiedenen Berufe nach ihren körperlichen Anforderungen uns vor Augen. Der Arzt solle möglichst nur negaliv bei der Beratung wirken, das heißt eine unzweckmäßige Wahl verhüten. Am geeignetsten sei der Schularzt; nur er besitze hinreichende

Kenntnis der körperlichen Eigenart der Kinder; allerdings müsse er in der Gewerbehygiene besser ausgebildet sein als bisher.

bisher. Durch Ministerialerlasse, die die Schule zur erhöhten Mitwirkung bei der Berufsberatung auffordern, ist die Frage dieser Mitwirkung in den letzten Jahren aktuell geworden. Diese Mitarbeit besteht in der Verstärkung des Berufskundenunterrichts besonders in den oberen Klassen, in einer Vertiefung der Berufsethik und in der psychologischen Beobachtung als Hilfsmittel. Dazu dient neben dem Testversuch, der psychologische Beobachtungs- oder Personalbogen, den die psychologisch vorgebildeten Lehrer vorzuziehen scheinen. Man führte ihn auch dort ein, wo früher nur der Testversuch angewendet wurde. Üher diese Bogen sprechen Curt Piorkowski (er lehnt sie ab oder schätzt sie doch nicht sehr) und Georg Wolff in dem obengenannten Kühneschen Buch. Schierack und Theodor Leicht in den von Max Brahn herausgegebenen Pädagogischpsychologischen Arbeiten (Veröffentlichungen des Instituts für experimentelle Pädagogik und Psychologie des Leipziger Lehrervereins IX: Anweisungen für die psychologische Auswahl der jugendlichen Begabten /Leipzig, Dürr/). Man hat unter den Personalbogen 2 Gruppen zu unterscheiden. Die einen dienen nur der Begabtenauslese, die anderen der Berufsberatung; diese sollen während der ganzen Schulzeit für alle Kinder geführt werden, jene nur für die zur Vorauslese bestimmten Kinder, und zwar auch nur in der Zeit der Vorauslese. Es ist klar, daß einmal der Personalbogen für die ganze Schulzeit geführ! werden wird. Entstanden sind diese Individualbeschreibungen aus rein wissenschaftlichen Bestrebungen; erst, als in den letzten Jahren die systematische Berufsberatung auch von der Schule gefordert wurde, griff man zu ihnen. Bei der Begabtenauslese sollen sie die Ur-teilsgrundlage über die schmale Basis des Tests hinaus verbreitern, bei der Berufsberatung dem eigentlichen Berater die Feststellung der Eignung erleichtern Gegen die Führung von Personalbogen spricht vorläufig vor allem der Mangel an psychologischer Vorbildung bei den Lehrern, den höheren mehr noch als den Elementarlehrern.

In der Zeitschrift für angewandte Psychologie (1920, XVI, Seite 379 ff.) erschien ein Bericht über psychologische Schülerbeobachtung zur Vorbereitung der

Berufsberatung. Das Institut für Berufs- und Wirtschaftspsychologie hatte einen Ausschuß von Fachkundigen, Berufsberatern, Lehrern und Psychologen zur Aufstellung eines berufspsychologischen Schülerbeobachtungsbogens zusammenberufen. Aus den Leitlinien sei folgendes erwähnt: Zur Schaffung und Vermehrung der Beobachtungsgelegenheiten ist der gesamte Unterricht nach Grundsätzen eines Arbeitsunterrichts auszugestalten. Als besonderes Unterrichtsfach ist schon vom 1. Schuljahr ab ein Werk- respektive allgemeinbildender Werkstättenunterricht einzuführen. psychologische Schülerbeobachtung dient der Erkennung besonderer Anlagen und Fähigkeiten und bildet die Grundlage für die Berufs- und Schulbahnberatung. Sie soll sich auf alle die Fälle erstrecken, in denen ein Schüler deutlich eine wichtig erscheinende psychologische Eigen-schaft bekundet (ihren Besitz, ihren Nichtbesitz oder einen bestimmten Grad). Der Bogen enthält 27 Fragen und gibt Hinweise auf die Beobachtungsgelegen-

Die Frage der Beziehungen zwischen Schule und Berufsberatung wird auch in den Flugschriften zur Berufsberatung, herausgegeben vom Zentralverein für das Wohl der arbeitenden Klassen in Ge-meinschaft mit dem Ausschuß für Berufsberatung der Zentralstelle für Volkswohlsahrt /Berlin, Simion/ behandelt Im 3. Hest legt der Landesgewerberat Schindler die Grundzüge einer Organisation der Berussberatung dar. Diese Organisation will er in engste Verbin-dung mit der Schule und der Jugendfürsorge einerseits, mit der gemeinnützigen Arbeitsvermittlung andrerseits gebracht sehen. Die Schule sei zur Berufsberatung notwendig, könne aber nicht ihr alleiniger Träger sein, da es ihr an der Kenntnis des Wirtschaftslebens mangle. Im selben Heft und dann im 4. Heft behandelt P. Ziertmann Berufsberatung und Schule. Er erörtert deren Zusammenhang für die Fortbildungs- und Volksschulen und wendet sich dann der höhern Schule zu. Diese werde ihre Ablehnung gegenüber allen Fragen des Wirtschaftslebens aufgeben und chenso etwas von dem von ihr gepflegten Dogma der allgemeinen Bildung ablassen müssen. Auch Ziertmann hält den Werkunterricht für die wichtigste Maßregel, um Neigungen und Fähigkeiten zu er-Die Führung von Personalbogen lehnt er ab, weil sie eine zu groß. Belastung für die Lehrer sei, und sich

auch kaum Übereinstimmung in deren psychologischem Urteil erreichen ließe Eine Lücke in der Berufsberatung der Schüler höherer Lehranstalten füllt die Deutsche Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker in Berlin aus. Sie hat in ihrer 2jährigen Tätigkeit ein ziemlich umfassendes Material veröffentlicht: Merkblätter, Berufsführer, Flugschriften.

Berufsamt

Dem preußischen Landesarbeitsamt ist als besondere Abteilung ein Provinzialberufsamt für Brandenburg angegliedert worden; es soll Berufsämter in den Städten und Kreisen errichten, die Berufsberatung Jugendlicher fördern und Material sammeln. Der Provinzialausschuß soll einen Beirat berufen, in dem Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gemeinde-verbände, Ärzteschaft und Schale vertreten sind. Als es sich darum handelte für das Berliner städtische Berufsamt einen Psychologen zu bestellen, woilten die einen dazu einen Arzt, die anderen Psychotechniker, während einzig vernünstige Vorschlag: einen psychologisch gebildeten Lehrer zu nehmen, wenig Anklang fand. Es sei hierbei an Otto Lipmanns Gutachten Über die Anstellung cines Psychologen in X. in der Zeitschrift für angewandte Psychologie, crinnert. Lipmann meint, die Schulberatung sei nicht durch das psychologische Prüfungsexperiment zu ersetzen. Er sagt: »Die Stichhaltigkeit der Behauptung, daß es auf experimentellem Wege gelingen kann mit der erforderlichen Zuverlässigkeit eine Schwerpunktsbestimmung der Anlagen eines Menschen vorzunehmen, muß so lange bezweiselt werden, wie uns nicht in der in der Wissenschaft üblichen Form die Methoden der Feststellung und der Ergebniswertung vorgelegt worden sind, so daß eine Nachprüfung der behaupteten Erfolge möglich ist.«

Müller Unscheinbare Räume e'nes kleinen, fast wacklisen Hauses in der alten Universitätsstadt Göttingen beherbergen das Psychologische Institut, von dem, unter der Leitung Georg Elias Müllers, scarke Einflusse auf die psychologische Forschung ausgegangen sind. Am 20. Juli 1920 feierte dieser scharfsinnige Gelehrte seinen 70. Geburtstag. Er promovierte 1873 in Göttingen, war dort von 1876 bis 1886 Privatdozent und wirkt seit 1881 als ordentlicher Professor an der selben Stätte. Trat er auch nicht laut in die Öffentlichkeit hinaus, so hat er doch die experimentalpsychologische Forschung in aussichtsreiche Bahnen gelenkt, Seine 1878 veröffentlichte Grundlegung der Psychophysik zeigt ihn noch auf dem quantitativen Standpunkt Fechners; diesem solbst hat er durch die Schärfe seiner Einwände volle Anerkennung abgenötigt. Aber seine Untersuchungen zur Unterschiedsempfindlichkeit, besonders die in Gemeinschaft mit Schumann veröffentlichten Arbeiten, die eine Art Abschluß in den klassischen Gesichtspunkten und Tatsachen der psychophysischen Methodik /1904/ fanden, verfolgen als Ziel nicht mehr die Bestätigung des Weberschen Gesetzes und der daraus ableitbaren Folgerungen oder die Bestimmung irgendwelcher Schwellenwerte sondern die Erforschung des Wesens und der Gesetzmäßigkeit jener psychischen Vorgänge, die sich in den Vergleichsurteilen darstellen. Auf diese Weise blieb nicht mehr als einzige Aufgabe des psychologischen Experiments die Feststellung einer zahlenmäßigen Bestimmung; dieses trat vielmehr in den Dienst der Selbstbeobachtung, die dadurch geordnet und kontrollierbar wurde. Neben diesen Arbeiten verdienen auch Müllers Untersuchungen Zur Psychophysik der Gesichtsempfindungen Beachtung, die sich zur Beschreibung der Erscheinungen der Farbenblindheit als sehr brauchbar erwiesen haben. vor vielen Jahren in Einzeluntersuchungen begonnenen Veröffentlichungen über das Gedächtnis brachten schließlich sein bedeutendes 3bändiges Werk Zur Ana-

Totenliste

Wie hier in der Rundschau
Biologie (in diesem Band,
Seite 48) bereits mitgeteilt

lyse der Gedächtnistätigkeit und des

Die Naturwissenschaftliche Fakultät der

Frankfurter Universität verlieh Müller

ietzt die Würde eines Ehrendoktors.

Vorstellungsverlaufs

/1911 bis 1913/.

wurde, ist im November 1920 Gustav von Bunge gestorben. Für die Psychologie hat er durch sein Lehrbuch der Physiologie /1901/ Bedeutung gewonnen. Er schließt sich darin in der Lehre von der Gehirnlokalisation ganz an Flechsig an (siehe diese Rundschau, 1920 I, Seite 619 f.). Zu besonderen Erörterungen gab seine darin vertretene Muskelsinntheorie Anlaß, besonders soweit sie für die Theorie der optischen Raumwahrnehmung von Bedeutung ist. Nach ihr ist nicht nur der Druck- und Tast-, sondern auch der Gesichtssinn aus engste mit dem Muskelsinn verknüpft, so daß das »Abtasten mit dem Auge« nicht bloß übertragene Bedeutung hat. Diese Theorie, die die Raumwerte (Lokalzeichen) der Netzhaut erklären will, muß aberabgelehnt werden, schon weil Versuche gegen sie sprechen.

Im Januar 1921 starb in Wien der langjährige Leiter des Psychologischen Laboratoriums der dortigen Universität Adolf Stöhr, 66 Jahre alt. Sein Leitfaden der Logik in psychologisierender Darstellung /1905/ nimmt die Logik als einen Teil der introspektiven Psychologie. Lebhaft umstritten wurde seinerzeit die von ihm aufgestellte Lehre von der optischen Raumwahrnehmung, wie sie vor allem in seinen beiden Schriften Binokulare Figurenmischung und Pseudoskopie /1900/ und Grundprinzipien der psychophysiologischen Optik /1904 dargestellt ist.

Kurze Chronik Wie die bolschewistische Herrschaft in Rußland auf allen Gebieten die Kon-

auf allen Gebieten die Konterrevolution bedeutet, so zeigt sie auch auf dem der Arbeitsorganisation, daß ihr der Gedanke der menschlichen Würde, daß ihr die eigentlich kommunistische Gesinnung, die jede Art neuer Klassenscheidung ausschließt, ganz fern liegt. Sie hat sich daher auch der sogenannten Psychotechnik bemächtigt, deren antisozialistischer Charakter hier zur Genüge klargelegt worden ist. Ein Wissenschaftlich-Technisches Komitee errichtet im Auftrag der Regierung ein Psycho-technisches Laboratorium, das den ganzen Apparat der Intelligenz-, Begabungsund Eignungsprüfungen in Betrieb setzen soll. Also auch diese reaktionäre Errungenschaft soll dem russischen Volk. dessen innerstem Wesen solche Menschenklassifizierung widerstrebt, auferlegt werden. Zum Glück wird sie, wie die gesamte »geradezu enorme aufbauende Wirtschaft« der sogenannten Sowjetre-gierung, nur auf dem Papier ihr Dasein haben. Oer Frankfurter Privatdozent Wolfgang Köhler, in den letzten Jahren Leiter der von Max Rothmann gegründeten, dann von der Preußischen Akademie der Wissenschaften übernommenen Anthropoidenstation in Tenerissa (die Station mußte der übergroßen Kosten wegen aufgegehen werden, die Tiere wurden nach dem Berliner Zoologischen Garten gebracht), erhielt einen Lehrauftrag für Psychologie und Naturphilosophie an der Universität Berlin. Er übernimmt zugleich in Vertretung Stumpis.

der emeritiert wird, die Leitung des Psychologischen Instituts. Er liest in diesem Semester Tierpsychologie. Köhler promovierte in Berlin und lieferte mehrere bedeutende Arbeiten zur Tonpsychologie, in denen er den Vokalcharakter, die Vokalität, als eine Grundeigenschaft einfacher Töne darstellt. Seine neueste Schrift Die physikalischen Gestalten, ein naturphilosophischer Versuch /Braunschweig, Vieweg/, verdient größte Beachtung. Der Dozent an der Technischen Hochschule in Karlsruhe Willy Hellpach ist zum ordentlichen Professor für allgemeine und angewandte Psychologie ernannt worden. Gleichzeitig wurde er mit der Leitung des dort errichteten Instituts für Sozialpsychologie betraut. In der Allgemeinen Ab-teilung der Technischen Hochschule in Dresden wurde Charlotte Bühler zu Vorlesungen über Ästhetik und pädagogische Psychologie zugelassen. wurde 1893 in Berlin geboren und promovierte 1917 in München mit einer Arbeit über Gedankenentstehung. Eine experimentelle Untersuchung zur Denkpsychologie veröffentlichte sie 1918 in der Zeitschrift für Psychologie. An der Universität Köln habilitierte sich Willy Haas mit einer Arbeit Die psychische Dingwelt. Früher schon veröffentlichte er Die Seele des Orients / Jena, Diederichs/. 🗢 In Frankfurt am Main wurde unter den Schulärzten ein Facharzt für Psychoanalyse angestellt, dem auch die Hilfsschüler zugewiesen werden.

Literatur Eine Rettung aus der Wortmystik, die wie überall so auch in der Psychologie mehr und mehr heimisch wird (diese Verkappung ihrer Nüchternheit liegt den rationalistischen Geistern sehr), stellen die Ausführungen Semi Meyers über Entwickelung der Sinnesorgane und der Empfindungen im 1. Heft des 3. Bandes der Deutschen Psychologie dar /Langensalza. Wendt & Klauwell/. Die Arbeit enthält im wesentlichen eine Wieder-holung der Gedanken aus dem großen, in dieser Rundschau (1918 I, Seite 633 f.) bereits besprochenen Werk des Verfassers Probleme der Entwickelung des Geistes /Leipzig, J. A. Barth/. Meyers Kampf gilt dem monistischen oder parallelistischen Dogma, Der Annahme durchgängiger Parallelität von Gehirn- und seelischem Geschehen folgt leicht die Auffassung, daß Leibes- und Bewußtseinsentwickelung sich decken müssen, die Entwickelung der Sinnesorgane zu-

gleich die der Empfindungen ist. In dem erwähnten Werk sieht Meyer die teleologische Bedeutung des Bewußtseins darin, daß es, im Dienst des Lebens stehend, als Ur- und Grundfunktion die Unterscheidung hat, wodurch die Leitung der Lebenstätigkeiten erfolgt. Deswegen ist das Vorhandensein eines noch so fein differenzierten Reizaufnahmeanparats noch kein Beweis für das Vorhandensein einer Empfindung. Mag man annehmen, daß alle Sinnesorgane sich in verschiedener Weise aus einem ursprünglichen einfachen Hautsinnesorgan entwickelt haben: das ist für die Psychologie belanglos. Denn die Entwickelung der Sinnesorgane ist nicht die der Empfindungen. Diese können sich nicht durck Differenzierung einer Urempfindung entwickelt haben. »Das Gehörorgan ist ein Stück in die Tiefe verlagertes Hautsin-nesblatt. Welchen Sinn aber sollte des wegen die Behauptung haben, daß, wie das Organ vom Ursinnesblatt, so die Gehörsempfindung sich vom Tastsinn abgespalten habe, oder daß es sich durck Differenzierung aus einer allgemeinen Körperempfindung losgelöst Selbst die feierlichste Betonung des Begriffs Entwickelung kann nicht erklären wie sich die Welt der Farben und Tone aus der Urempfindung sollte entwickelf haben, man müßte denn »das schöpfe-rische Walten des Entwickelungsweges nicht sehen«. Die Entwickelung sei nicht Auswickelung, sie sei schöpferisch. Das Wie möge ein letztes Rätsel bleiben, doch nicht rätselvoller als die Frage, wie man sich nach dem Schema der Herausentwickelung etwa die Entstehung der bunten Farben aus den Grauempfindungen vorstellen solle. Der gedankenlose Mechanismus der üblichen Entwickelungslehre müsse allmählich durch die Einsicht verdrängt werden, »daß Entwickelung überall Niedagewesenes verwirklicht, daß ihr Schaffen fruchtbar ist, daß ihr Weg nicht bloße Erfüllung sondern Lebensbereiche. rung ist«. Hier ist das Schaffensproblems immerhin gestellt. Doch muß das Schaffen von dem Werden getrennt werden Das Phänomen des Schaffens mit seinem Ergebnis, der Schöpfung, führt auf das ahnende Erkennen des Schöpferwillens

# Sozialwissenschaften / Conrad Schmidt

Menger (Carl) † Carl Menger, der Bruder des in weiten Kreisen der Partei durch seine rechtsphilosophische Auffassungsweise des Sozialismus und seine Polemik gegen den

Marxismus bekannten Staatsrechtslehrers Anton Menger, ist, über 80 Jahre alt, am 26. Februar in Wien gestorben. Er war in Österreich Bahnbrecher jener, später sich als Grenznutztheorie bezeichnenden Richtung, die noch heute in den ökonomischen Fakultäten der österreichischen Hochschulen unumschränkte Herrschaft ausübt und auch in der englischen und amerikanischen theoretischökonomischen Literatur eine dominierende Rolle spielt. Seit 1873 war er Professor der politischen Ökonomie in Wien, 1883 wandte er sich in seiner berühmten Schrift Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaft und der politischen Ökonomie gegen die durch Schmoller als ihren Führer vertretene historisch-ökonomische Schule. die in der Einbildung lebte durch ihre bloß deskriptiven, allein auf Schilderung und historisch-genetische Erklärung der und jener besonderen wirtschaftlichen Zustände abzielenden Arbeiten alle ökonomischen Probleme lösen zu können und in ihrer prinzipiellen Abkehr von jeder zergliedernd-systematischen Theorie des kapitalistischen Gesamtprozesses gar noch ein Zeichen geistiger Überlegenheit über Leute wie Smith, Ricardo, Marx erblicken wollte. Demgegenüber wies Menger (und das war damals in jenen noch von keiner Blässe skeptischer Bedenken angekränkelten Maientagen iener Schule ein bedeutendes Verdienst) auf die Beschränktheit eines solchen Standpunkts hin. Er erinnerte an jene höhere, der ökonomischen Forschung gestellte Aufgabe: die Mannigfaltigkeit geökonomischer Erscheinungen nach einem allgemeinen sie umspannenden Gesetz zu untersuchen, das sich in ihnen auswirkt und allererst ein einheit-lich begreisendes Verstehen des Mannigfaltigen ermöglicht. Eine ökonomische Wissenschaft, die sich grundsätzlich mit der deskriptiven historisch erklärenden Darstellung wirtschaftlicher Vorgänge begnügen wolle, so unentbehrlich und wertvoll ihre Arbeiten in vielerlei Hinsicht sein mögen, proklamiere damit in Wahrheit den Verzicht auf eben das, was letzte Aufgabe der ökonomischen Untersuchung sei.

So berechtigt dieser Angriff auf den Historismus war: die Art und Weise, wie Menger seine Forderung einer nach Gesetzen, respektive tendenziell gesetzmäßig notwendigen Zusammenhängen spürenden Wirtschaftswissenschaft dann näher im Sinn und Geist jener Grenznutztheorie präzisierte, mußte erst recht auf

einen Abweg führen. Auf einen noch schlimmern. Denn während jener Historismus, der eine methodisch-systematische Darlegung der gesetzmäßigen Bestimmungen, denen die moderne, die kapita-listische Volkswirtschaft auf Grund ihres innern Wesenszusammenhangs existenznotwendig unterworfen ist, für einen überwundenen Standpunkt ansieht, immerhin die Kenntnis vergangener und früherer ökonomischer Zustände fruchthar zu erweitern vermochte, versperrte Menger, der prinzipiell die Fortentwickelung der ökonomischen Theorie verlangte. durch ihre angebliche Fundamentierung auf ganz abstrakte psychologische Konstruktionen die einzige Bahn, auf der ein Versuch über die Klassiker und Marx hinaus zu einer methodisch-systematischen Erfassung des kapitalistischen Gesamtprozesses und der ihm eigenen Gesetzmäßigkeit zu gelangen erfolgreich hälte werden können.

Theoretische Grundlegung

Der Ausgangspunkt, der durch die Natur der Sache selber einer theoretischen

Erkenntnis der kapitalistischen Wirtschaftsweise vorgezeichnet ist, kann kein anderer sein als die zunächst noch ganz allgemeine Konstatierung: daß diese kapitalistische Volkswirtschaft einen restlos alle Gesellschaftsglieder der modernen Staaten in sich einbeziehenden wirtschaftlichen Gesamtprozeß darstellt, in dem die Produktion für den sich ständig erneuernden Bedarf der Gesellschaftsglieder unter einer bürgerlichen, das wirtschaftliche Verhalten all Agenten letzthin der Leitung durch ihr respektives Eigeninteresse überlassenden Rechts- und Eigentumsordnung, allgemein als Produktion von Gütern für den Austausch erfolgt. Erst von einer solchen allerallgemeinsten und einfachsten Grundbestimmung her läßt sich in stufenweisem Fortgang dann jenes allgemeinste Grundgesetz entwickeln, dem dieser näher zu bestimmende Prozeß in seinem sich ständig forterhaltenden Gesamtzusammenhang, als conditio sine qua non seiner Existenzmöglichkeit, unterworfen ist: das Gesetz, daß in ihm die Produktion all der verschiedenen Güterarten, deren die Agenten für ihren sich ständig erneuernden Bedarf benötigen, nur als Produktion im gesellschaftlichen Marktverkehr zu je bestimmten Preisen nachgefragter Waren für den Verkauf erfolgen kann. Wie Hand in Hand damit das allerallgemeinste in dem Prozeß die Warenpreise und -werte regulierende Gesetz: daß

nämlich in ihm (als einem Prozeß, dessen Funktionäre notwenaigerweise in und durch Ausübung ihrer respektiven Funktionen, welcher Art immer, samt und sonders wieder und wieder Geldbeträge zur Verwendung für Zwecke ihres Eigeninteresses gewinnen wollen und bei Strafe ökonomischen Untergangs gewinnen müssen) die Warenpreise durch das Eigeninteresse der Betriebseigentümer derart geregelt sein müssen, daß die Produktion der Waren im Eigenbetrieb zum Verkauf der Regel und Tendenz nach für sie als Funktionäre des Prozesses lohnend ist; bei Unterstellung freier Konkurrenz und gleichmäßig freier Zugänglichkeit aller Produktionszweige in den verschiedenen Branchen mit irgendeinem Grad von Annäherung gleich-mäßig lohnend ist. Erst in dem Rahmen dieser allgemeinsten gesetzmäßig notwendigen Formbestimmtheit des Prozesses ist dann beim Fortgang zu der ihn spezifisch näher charakterisierenden Bestimmung: daß die in den Betrieben preisbestimmte Waren für den Verkauf produzierende Arbeit Lohnarbeit ist, dann weiter (ganz unabhängig von Marx unbewiesener und unbeweisbarer Voraussetzung des Arbeitswertgesetzes> auch der Nachweis möglich, daß und warum der unter diesen Umständen von den Betriebseigentümern in und durch Ausübung ihrer Funktionen erzielte Geldgewinn, als Kapitalgewinn, die Leistung unbezahlter Mehrarbeit seitens der Lohnarbeiter im Prozeß zu seinem unabtrennbar notwendigen Korrelat hat.

Eine in dieser Weise Wesen und Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Volkswirtschaft entwickelnde Theorie schließt allerdings auch in gewissem Sinn, wenn man es so nennen will, implizite zugleich eine Psychologie der im Prozeß ihr Eigeninteresse verfolgenden Agenten ein: eine Darlegung der obersten Maximen ihres Eigeninteresses, von denen sie bei Ausübung ihrer Funktionen (Zweck des Geldverdienens) wie bei Verwendung des wieder und wieder erzielten Geldgewinns zum Zweck möglichst rationeller Deckung ihres ständig sich erneuernden persönlichen Konsumbedarfs geleitet werden. Ohne ihr vom Eigeninteresse gesetzmäßig geregeltes Verhalten im Prozeß wäre die Gesetzmäßigkeit seiner Selbsterhaltung selbst kausal nicht zu begreifen.

Die Mengersche Doktrin und die der ganzen Grenznutzlehre aber ist grundlegend durch das seltsame Quidproquo charakterisiert, daß sie, statt von jener ällgemeinsten Grundbestimmung einer kapitalistischen Volkswirtschaft auszugehen und Hand in Hand damit die näher bestimmte Sonderart des wirtschaftlichen Eigeninteresses, die hier allein in Frage kommt, zu fixieren, sich in leere Klügeleien über ein angebliches Grundprinzip aller ökonomischen Werturteile verliert, das das wirtschaftliche Handeln leite.

Grenznutz-Marx und die Klassiker theorie haben immer wieder auf den elementaren Tatbestand verwiesen, daß die für den Austausch produzierten Güter im Austauschverkehr natürlich überhaupt nur unter der Vorbedingung veräußerlich sein können, also auch nur unter der Vorbedingung einen Tauschwert haben können, daß sie einen Gebrauchswert haben, um dessentwillen sie von den jeweils Nachfragenden als Gegenstände ihres jeweiligen Bedarfs im Austausch begehrt werden; daß aber die im Marktverkehr jeweils bestimmten Austauschsätze, nach denen Waren gegen andere Waren respektive gegen Geld veräußerlich sind, also ihr unterschiedlicher Tauschwert, unmöglich aus den Unterschieden ihres Gebrauchswerts erklärt werden kann. Schon darum nicht, weil für den Grad der Nützlichkeit oder den Gebrauchswert wesensverschiedener Güterarten von vornherein gar kein gemeinsamer Vergleichungsmaßstab auch nur denkbar ist. Eine Argumentation, die sich an jedem beliebig herausgegriffenen Beispiel verschiedener Warenarten schlagend illustrieren läßt. Die Grenznutztheorie indes glaubt steif und fest an eine solche Quadratur des Zirkels. Sie kapriziert sich auf den ganz schimärischen Gedanken, ausgehend von den Erwägungen eines isolierten, jedoch (weiß Gott, woher) mit einem Vorrat von Gütern verschiedener Art ausgestatteten Individuums, das deren subjektiven Gebrauchswert vom Standpunkt seines Eigeninteresses abschätzt, den Schlüssel zu gewinnen, der die Regulierung der Austauschsätze und Preise in einer warenproduzierenden, letzthin der kapitalistischen Gesellschaft erschließen werde. Zugrunde liegt die Binsenwahrheit, daß die menschliche Naturanlage ein System mannigfacher, nur durch einen sich ständig erneuernden Konsum von Beträgen mannigfach verschiedener, materieller Güterart zu befriedigenden Bedürfnisse miteinschließt. Aber statt nun von der Konstatierung dieser Selbstverständlichkeit zu der Analyse der Bedingungen überzugehen, denen die Befriedigung der Bedürfnisse in einem solchen wirtschaft-

lichen Gesamtprozeß unterworfen ist, in dem die Produktion für jenen mannigfachen Bedarf der Agenten als Produktion für den Austausch und schließlich als kapitalistische Warenproduktion erfolgt. beschränken sich die Grenznutzler, wie schon gesagt, unter Abstraktion von allem. worauf es bei einer ökonomischen Theorie ankommt, Tüfteleien über die Bedingungen anzustellen, unter denen ein isoliertes Individuum, im Besitz'eines Vorrats von Exemplaren verschiedener Gebrauchsgüterart, diese als mögliche Mittel seiner Bedürfnisbefriedigung werten wird. Dies isolierte Individuum, das mit seinem Gütervorrat wie eine humoristische Verspottung von Stirners Einzigen und sein Eigentum anmutet, wird nämlich, je nachdem es über größere oder kleinere Mengen von Exemplaren der und jener Güterart verfügt, je reichlicher oder kärglicher also sein Bedürfnis nach Gütern der betreffenden Art gedeckt ist. den Wert, den das Einzelexemplar der Güter für ihn hat, vom Standpunkt seiner Bedürfnisbefriedigung entsprechend niedriger oder höher veranschlagen. Je mehr es von einer Güterart hat, um so geringer ist die noch merkliche Einbuße an Bedürfnisbefriedigung, die es durch Verzicht auf ein Einzelexemplar dieser Vorratsmenge erleiden würde, und die Reflexion auf diesen mit der größern oder geringern Menge des Vorrats variierenden Grad der Einbuße, die der Verzicht auf ein Einzelexemplar für seine Bedürfnisbefriedigung bedeutet, die sogenannte Bestimmung des Grenznutzens, soll dann nicht nur das letzthin bestimmende Moment für jede Art von subjektiver Güterwertung sondern obendrein das oberste Prinzip sein, das der Regelung der Austauschsätze in einer warenproduzierenden Gesellschaft zugrunde liegt. Die Erstaunlichkeit dieser, alle wirklichen Verhältnisse der warenproduzierenden Gesellschaft geradezu auf den Kopf stellenden Theorie wird nur noch durch die Erstaunlichkeit des Faktums übertrossen, daß sie jahrzehntelang als eine wissenschaftliche Großtat figurieren konnte, und ihren Einfluß anscheinend immer noch weiter ausdehnt.

Schon die einfache Erwägung, daß die für den Verkauf produzierten Waren von ihren respektiven Anbietern der Regel nach überhaupt gar nicht für ihren eigenen Bedarf verwendet werden können, also in diesem Sinn überhaupt gar keinen subjektiven Gebrauchswert, mithin auch keinen aus der Abwägung eines solchen abgeleiteten Grenznutzen für sie haben können, ent-

hüllt die völlige Unmöglichkeit, mit einer solchen Art von Psychologie dem wirklichen Problem der Austauschwirtschaft beizukommen. Gewiß, um es nochmals zu wiederholen, läßt sich alle Gesetzmäßigkeit eines auf Warenproduktion basierten wirtschaftlichen Gesamtprozesses und so die Gesetzmäßigkeit der modernen kapitalistischen Volkswirtschaft selbst nur als eine zugleich durch das Eigeninteresse der in diesem wirtschaftlichen Prozeß als Agenten fungierenden Gesellschaftsglieder mitbedingte verstehen. Aber die Art und Weise dieses Eigeninteresses ist nur in dem Gesamtzusammenhang dieses wirtschaftlichen Gesamtprozesses selber, durch die Zergliederung der Beziehungen, die dieser unabtrennbar existenznotwendig einschließt, zu erfassen. Das Ziel des Eigeninteresses, das alle Glieder einer solchen Gesellschaft in und durch Ausübung ihrer Funktionen im Prozeß notwendigerweise samt und sonders realisieren wollen, und in ihm, wenn er als Prozeß mit Warenproduktion überhaupt möglich sein soll, wieder und wieder realisieren müssen, ist die Gewinnung von Beträgen einer solchen im Austausch nachgefragten und angebotenen Güterart, die in dem Prozeß gegensätzlich zu allen anderen, stets nur nach Bedarfswahl nachgefragten Gütern (den Waren) eben als Geld fungiert, und auf Grund dieser ihrer Funktion in dem Gesamtprozeß objektiv-gesellschaftlich den Wert einer Güterart hat, mit deren Beträgen (da alle anderen für den Austausch erzeugten Güter, alle Waren, von ihren respektiven Anbietern jederzeit übereinstimmend und ausschließlich als Gegengabe dagegen angeboten sind> Beträge jeder andern Güterart zu im Marktverkehr jeweils bestimmten Austauschsätzen (Preisen) jederzeit nach .. Bedarfswahl aneigenbar sind.

Die Tatsache, daß jede irgendwie entwickelte Produktion für den Austausch nur als Produktion für den Verkauf möglich ist, also nur in einem wirtschaftlichen Gesamtprozeß vor sich gehen kann, der jene fundamentale Tauschwertgegensätzlichkeit von Geld (womit man sich alle Waren im Austauschverkehr jederzeit nach Bedarfswahl aneignen kann) und Waren (die, weil unmittelbar zum Zweck durch ihre Veräußerung Geld zu gewinnen erzeugt, im Austauschverkehr samt und sonders nur gegen Geld zu jeweils bestimmten Preisen veräußerlich sind) voraussetzt, zeigt von vornherein das Grundverhältnis an, auf dessen Deduktion jede Theorie eines sol-

chen Prozesses ihre Untersuchung des Wertes zu allererst als Zielpunkt einzustellen hat. Ein Grundverhältnis, zu dessen Erklärung alle von der individuellen Gebrauchswertschätzung eines dem Individuum gegebenen Gütervorrats ausgehenden Betrachtungen und alle darauf weiter aufgebauten Schlüsse jener Grenznutzlehre auch nicht das mindeste beizutragen vermögen. Ebensowenig wie auf den in den Prozeß mit eingeschlossenen Wertgegensatz von Ware und Geld fällt dann natürlich auf die in ihm notwendige Art der Preis- und Wertregulierung von jenem Standpunkt aus ein Licht; von den tieferen Fragen hinsichtlich des Verhältnisses der respektiven Preis- zu den Arbeitsgrößen der Waren und der Partizipation der unmittelbar in den Betrieben warenproduzierenden Arbeiter an dem durch sie erzeugten Gesamtprodukt noch ganz zu schweigen. Das einzige Moment in dem Prozeß, das eine gewisse Analogie zu ienen Grenznutzerwägungen aufweist, bedarf derartiger Erklärung nicht, weil es ohnehin schon selbstverständlich ist. Denn ohne weiteres leuchtet ein, daß die Funktionäre des Prozesses, die ihren sich ständig erneuernden persönlichen Konsumbedarf wieder und wieder nur dadurch decken können, daß sie ihren wieder und wieder durch Ausübung ihrer Funktion periodisch erzielten Geldge-winn ganz oder zum Teil zum Ankauf von Konsumwaren im Markiverkehr verwenden, je nach der Größe der für sie zu diesem Zweck fortlaufend disponiblen Geldsummen mit diesen in sehr verschiedener Weise hauszuhalten gezwungen sind. Wie weit, in welchem Umfang die einzelnen, die das mannigfach gegliederte System ihrer sich ständig erneuernden Bedürfnisse fortlaufend so gut wie möglich decken wollen, Geld zur Befriedigung ihrer verschiedenen Bedürfnisarten zu verwenden in der Lage sind, hängt, wie noch niemand bezweiselt hat, von der relativen Größe ihres auf eine Zeiteinheit (Monat, Jahr) berechneten Geldeinkommens ab. Und diese Selbstverständlichkeit läßt sich nun allerdings, wenn man gerade will, auch so umschreiben, daß man sagt: Die subjektive Gebrauchswertschätzung, ob es ökonomisch rationell sei dieses oder jenes Gut, das man gern haben möchle, zu dem gegebenen Preis sich anzuschaffen, also ob das Gut den Geldbetrag, den es kostet, für mich auch wert ist, bestimmt sich nach einem Überschlag über das zu meiner persönlichen Bedarfsdeckung fort-

laufend zur Verfügung stehende Geldeinkommen und das sich ständig erneuernde Gesamtsystem meiner Bedürfdas mit dem Einkommen nisse. decken ist, und führt in diesem Sinn zu Grenznutzerwägungen. Je größer nämlich der Geldbetrag ist, in dem sich das für den Konsum verfügbare Einkommen des einzelnen darstellt, je mehr und je überflüssigere Bedürfnisse er also regelmäßig damit decken kann, um so relativ geringere Bedeutung für sein Wohlergehen, um so geringern subjektiven Wert werden die Geldeinheiten, aus denen sich sein Einkommen zusammensetzt. für ihn haben. Und umgekehrt, je kleiner das Einkommen um so größer wird für den betreffenden Einkommensbezieher Bedeutung und subjektiver Wert der Geldeinheit sein. Wie man es immer drehe und wende, die allgemeine Regel, daß, wie tendenziell alle anderen Waren, genau so auch die zum individuellen Konsum bestimmten, ganz gleichgültig, ob sie ihrer Art nach für den billigen Konsum der Armen oder (als Qualitätsware) für den teuren der Reichen produziert sind, zu den gegebenen Marktpreisen der Regel nach gewinnbringend veräußerlich sein müssen, wird dadurch natürlich nicht im geringsten tangiert. Wortspielereien (zum Beispiel, daß man die Grenzen, die der Ausdehnung der Produktion, sei es in ganzen Branchen sei es in einzelnen Betrieben, in Rücksicht darauf, ob der Gewinn noch lohnen werde, gezogen sind, als Grenznutzen bezeichnet, wo es doch auf der Hand liegt, daß solche Rentabilitätserwägungen mit dem von dieser Schule aufgestellten, auf bloße subjektive Gebrauchswertabschätzungen von Gütern basierten Begriff des Grenznutzens prinzipiell nichts zu tun haben) können ebenso-wenig, bei näherm Zusehei., über die Sterilität der Auffassung, ihr völliges Versagen gegenüber den theoretischen Problemen einer warenproduzierenden kapitalistischen Volkswirtschaft hinwegtäuschen.

Diese subjektivistische Wertlehre charakterisiert sich als äußerster Gegenpol und Widerspiel dessen, was Sombart einmal treffend den pextremen Objektivismus« der Marxschen Theorie und ihres Arbeitswertgesetzes genannt hat. Aber während dieses Marxsche, in der Art seines kausal notwendigen Wirkens und damit in seiner Begründung auf das Eigeninteresse der Agenten nicht nachweisbare Wertgesetz, trotz allen ihm anhaftenden Widersprüchen, wie noch keine

andere Theorie in die verborgenen Zusammenhänge des Prozesses hineingeleuchtet hat und weiterer theoretischer Erforschung Wege ebnet, bleibt Grenznutztheorie mit ihrer Forderung einer psychologischen Werterklärung, so wie sie dieses Postulat vertritt, ganz außerhalb des Umkreises, in dem die ökonomisch theoretischen Probleme liegen.

Neuausgaben Wilhelm Blos hat unter dem Titel Marx oder Bakunin? Demokratie Diktatur? aus den Dokumenten der alten Internationale die Marx-Engelssche Kampfschrift gegen diesen Vorläufer der bolschewistisch-terroristischen waltdoktrin neu herausgegeben /Stuttgart, Volksverlag für Wirtschaft und Verkehr/. Das beigefügte Geleitwort weist auf die Verwandtschaft in den Gedankengängen hin.

Paul Oestreich publiziert auf einem hal-ben Hundert Seiten eine Auswahl aus Wilhelm Weitlings vielgenanntem, aus den vierziger Jahren stammenden kommunistischen Pronunziamento Menschheit, wie sie ist, und wie sie sein sollte /München, Dreiländerverlag/.

Totenliste Ein junger Volkswirt, der arbeitsfroh seine wissen-schaftliche Laufbahn be-

gonnen hatte, Arthur Wolfgang Cohn, ist am 9. September 1920 nach einem Absturz in den Schneegruben gestorben (siehe auch die Rundschau Musik, 1920 II, Seite 1040). Er war Assistent im Seminar Adolf Webers an der Universität Frankfurt. Als solcher hat er die Kurse für die Arbeiterhochschule eingerichtet und geleitet. Seine wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten sind zum Teil im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik erschienen.

Anfang November starb in Rom der frühere Generaldirektor des italienischen Statistischen Bureaus Luigi Bedio, 80 Jahre alt. Er war der bedeutendste Statistiker Italiens und viele Jahre hindurch Präsident des Internationalen Instituts für Statistik, das vornehmlich auf seine Anregung gegründet wurde, und dessen Bulletin er lange Zeit in hervorragender Weise redigierte. Seine wissenschaftlichen Arbeiten betrafen die Handelsstatistik und die Beziehungen der Statistik zur politischen Ökonomie und ihren Nachbardisziplinen. Nach seinem Rücktritt von der Leitung des Statistischen Amts übernahm er die des italienischen Auswanderungswesens.

Kurze Chronik Der Reichsverband der deutschen Volkswirte Berlin hat für Nationalökonomen und Juristen einen Arbeits. nachweis eingerichtet: für dauernde Stellungen wie für einzelne literarische Arbeiten und Vorträge. Die Vermittlung erfolgt kostenfrei, An der Universität Frankfurt ist dem Privatdozenten Bernhard Laum ein Lehrauftrag für Wirtschaftsgeschichte, namentlich des Alter-trag für Statistik erhielt an der Breslauer Universität Moritz Neefe. früher Direktor des Statistischen Amts der Stadt Breslau. Der Leipziger Privatdozent für Volks- und Privatwirtschaftslehre Alexander Hoffmann wurde außerordentlicher Professor an der Darmstädter Technischen Hochschule.

## KUNST

Internationale

Bildende Kunst / Ludwig Hilberseimer

Im Gegensatz zu der letz-Ausstellung ten, in Venedig veranstalteten internationalen Kunstausstellung wurden zu der diesjährigen in Genf auch deutsche und österreichische Künstler eingeladen, und es wurden ihnen gute Räume angewiesen. Offenbar war die Vorbereitungszeit zu knapp bemessen. So kommt es, daß die besten Künstler entweder ganz fehlen oder nur schlecht vertreten sind. Ein Genfer Sammler hat aber einige Zeichnungen und Gemälde deutscher Künstler zur Ergänzung geliehen, so daß die deutsche Abteilung verhältnismäßig gut aussieht. Sollte diese Ausstellung, was offenbar geplant ist, nach Paris kommen, so müßte die deutsche Abteilung wesentlich ergänzt werden. Theodor Däubler hat im Cicerone über diese Ausstellung berichtet, und seine Ausführungen sind von erheblichem Interesse. Die ganze Veranstaltung steht im Zeichen Cézannes. »Fast die ganze moderne Kunst hängt von ihm ab, geht von seinem Schauen und schlichten Empfinden aus. Die Nachfolger von van Gogh, Renoir, Gauguin können sich neben der Weltkunst im Sinn Cézannes in keiner Weise sehen lassen. Nur der Meister von Aix hat nicht zu dekorativen Stilisierungen verführt sondern einfacher, oft eindringlicher Kunst die Wege gewiesen. Er beherrscht das plastische, malerische Schaffen ebenso in Japan, in Polen, in Jugoslawien, Mexiko als in Frankreich selbst. Auch in Deutschland ist sein Einfluß, wenn man genau Umschau hält, ein ganz beträchtlicher.« Henri Matisse

und André Derain sind immer noch die beiden führenden Meister Frankreichs. Sogar Picasso wird vielfach verlassen. Er malt noch kubistisch, macht aber nebenbei sehr schöne klassische Zeichnun-gen, Die Ausstellung zeigt, daß Léger die anderen überflügelt hat. Auch das Werk Archipenkos ist überragend. »Der dernier cri heißt jetzt Section d'or, die größte internationale Künstlervereinigung in Paris.« Zu ihr gehören Archibauld, Archipenko, Braque, Brancoussis, Perrat, Csaky, Léger, Marcousis, Gleizes, Donas, Millos Survage, Henessen, Picasso, Miklos, Survage, Grosz, Feininger, Kokoschka, Campen-donk, Klee, Auch der italienische Futurismus lebt noch. Vor allem mit Umberto Bocconi. »Seine Ausstellung beweist, daß er sehr stark beeinflußt hat.« Aus der Gruppe Valori Plastici hat nur Giorgio de Chirico ausgesteilt. »Schade, denn diese Künstlervereinigung umschließt jetzt die besten Maler Italiens samt dem Bildhauer Roberto Melli. Eine vollkommene Neuigkeit bietet sich in Genf im Maler Primo Conti dar, der zu keiner Gruppe zu gehören scheint. Er wie de Chirico sucht klassische Formen für modernes Empfinden zu finden.« Rechnet man den Cézannisten Modigliani, der in Paris lebte und starb, noch zu den Italienern, so schließt Italien in Genf hervorragend ab.

Gleizes

Cézanne ist der Ausgangspunkt der gegenwärtigen Malerei. Derain verdeutlichte seine geheimnisvollen Absichten, ebnete dem Kubismus den Weg. Braque und Picasso zogen als erste die Konsequenzen. Albert Gleizes bahnt mit seinen neuen Bildern, die mit anderen Bildern französischer Kubisten in Berlin, im Sturm, zu sehen waren, einen ganz neuen Weg. Es gelingt ihm die reine Farbe in seine Bilder einzuführen, was zunächst eine Veränderung der Malweise zur Voraussetzung hatte. Die ersten Bilder der Kubisten sind zweiselsohne in einer inadäquaten Technik gemalt. Um Präzises auszudrücken, bediente man sich der Malweise der Impressionisten, denen es mehr um Stimmung als um Klarheit zu tun war. Durch die Klarheit der Farbe gewinnt auch die Klarheit der Form. Das ist die entscheidende Tat Gleizes'. Die alte, auf Stimmung beruhende Malerei ist damit überwunden. Dem Zauber des Individuellen wird die Größe des Typischen gegenübergestellt, der ewigen Variabilität das Einmalige, bestimmt Festgelegte. Auch der funktionelle Ausdruck der Gestaltungsmittel wird ein anderer. Dem Ver-

such die Raumwirkung mit impressionistischen Mitteln herbeizuführen setzt Gleizes einen neuen, rein geometrischen entgegen. Ihm gelingt der Raum, die Tiefe durch mannigfache Überschneidungen reiner geometrischer Formen. Gleizes' Formen erinnern oft an die überraschenden Formelemente mancher Ingenieurwerke, sind von der selben Gespanntheit wie alles Echte, das unser maschinelles Zeitalter hervorbringt. Die Sinnlichkeit und Leuchtkraft seiner reinen Farben heben das Grau-Braun der frühen Kubisten auf, verhelfen endlich der Farbe und, durch ihr klares Nebeneinanderstellen, auch der Form zum vollen Sieg.

Morgner

Wilhelm Morgner, von dem I. B. Neumann eine Gedächtnisausstellung in Berlin veranstaltete, fiel 1917 26jährig in Flandern. So ist sein Werk wie sein ganzes Leben Fragment geblieben. Jung und unbekümmert stürzte er sich in den Strudel der Kunstbewegungen, fand nach vielen Versuchen, bei denen er stets Eigenart und Selbständigkeit zeigte, seinen eigenen Weg, den Weg zur reinen Farbe, die er in kraftvoller Ungebrochenheit, in voller Leuchtkraft verwandte. Es glückten ihm seltene Harmonieen. Es sei nur an seinen Einzug in Jerusalem erinnert: eine Komposition in aufleuchtenden Farben. Hier ist nicht nur Verheißung, hier ist schon vollkommene Erfüllung. Die Abstraktion von der Wirklichkeit wird nicht durch Geometrisierung sondern durch Farbigkeit erreicht. Bei aller Neigung zum Breit-Flächenhaften vermeidet Morgner glücklich das Nurdekorative, das den Deutschen so leicht zu bequemen Monumentalisierungen führt. Manche seiner Bilder, wie eine Kreuzigung, sind nicht ohne einen grotesken Zug. Seine Bilder, die kleineren wie die großflächigen, sind stets von intensivstem Le-ben durchglüht, sind Zeugnisse eines umfassenden Wollens, das sich auch bei problematischen Arbeiten dokumentiert. Morgner war eine elementare Begabung von bauernhafter Ursprünglichkeit. Nachdem Marc und Macke ebenfalls im Krieg gefallen sind, bedeutet der Tod Morgners einen um so schwerern Verlust für die an überragenden Begabungen nicht reiche deutsche Malerei.

Berliner Bei Israel Ber Neumann zeigte Richard Janthur Ausstellungen eine reiche Auswahl seiner so verschiedenartigen graphischen Arbeiten. Erstaunlich ist die Vielfalt seiner

Ausdrucksmittel. Breitflächige, fast holzschnittartige Zeichnungen stehen neben scharfumrissenen feinen Nadelzeichnungen. Menschen, Tiere, Landschaft, Bäume und Pflanzen sind ihm keine Einzelheiten sondern gleichwertige Teile eines Kos-mos, die er in jedem Blatt durch seine Gestaltung wieder zu neuer Einheit fügt. Seiner umfassenden Weltenliebe scheint nichts zu gering. Nicht Artistik, sondern tiefes ethisches Wollen drängt ihn zur Gestaltung; führt ihn vom Nurindividu-ellen zum Typischen, das er formal fest-Es gelingt ihm widerstrebende Spannungen aufzulösen. In manchen der Zeichnungen offenbart sich Janthurs Hang zum Ornamentalen, der ihn zu seltsamen Konzeptionen führt, fremdartige Harmonieen hervorbringen läßt. Diese Ausstellung war von seltener Einheitlichkeit, Dokument einer in sich ruhenden Persönlichkeit, die ihren Stil gefunden hat. In einer andern Ausstellung zeigte Neumann Werke aus seinem Besitz, die für mit Umsicht zusammengebrachte eine Privatsammlung gelten könnten. Fast alle Richtungen der jüngern Malerei sind in charakteristischen Werken vertreten. Neben französischen Kubisten und italienischen Futuristen hängen russische und deutsche Expressionisten. Unter den ausgestellten Skulpturen fällt vor allem ein Kopf Otto Freundlichs durch die Eigenart seiner Gestaltung auf,

Gemeinsam mit den französischen Kubisten stellte (in einer Ausstellung, die wiederum den gewaltigen Vorsprung der französischen Kunst uns vor Augen führte) Tour Donas neuerdings im Sturm aus. Von ihrer feinen Art war in dieser Rundschau (1920 II, Seite 1123) schon die Rede. Sie wurde damals irrtümlich für einen Mann gehalten. Es sei daher berichtigend nachgetragen, daß sie eine französische Belgierin, aus Antwerpen, ist. Es spricht für ihre Kunst, daß ihr Weibliches nicht angesehen wird, sie vielmehr rein durch sich wirkt.

Bei Fränkel (Josef Altmann) veranstaltete Arthur Segal eine Kollektivausstellung seiner Arbeiten, über die Prinzipielles schon in dieser Rundschau (1920 II, Seite 1122 f.) gesagt wurde. Besonders zu erwähnen sind noch seine Zyklen Arbeit und Erzählende Bilder. Beim Zyklus Arbeit wurden Stoffe des alltäglichen Arbeitslebens gestaltet. Seine Erzählenden Bilder suchen für das Literarische eine Form zu finden. Zu ihrer äußern Anordnung greifen sie auf die Art mittelalterlicher Legendenbilder zurück: Die Bildfläche ist in eine Anzahl

gleicher Teile geteilt, von denen jeder eine Episode der Erzählung aufnimmt; durch malerische Gestaltung unter einander verbunden wird so die Erzählung zu einem Bildganzen gefügt. Segal will das Literarische seiner Bilder, schon aus Gründen der von ihm vertretenen Gleichwertigkeit, nicht besonders betonen. Aus dem gleichen Grund möchte er es aber auch nicht abgelehnt haben. Eine Malerei, die nur der Farbe und Form wegen da sein will, ist unwirklich und unreal. beschränkt und begrenzt, nicht erlösend. Malerei ist nicht allein für sich und durch sich da, »sondern sie ist Beziehung und Verbindung mit dem Ganzen, im Ganzen eingeordnet als ein Teil im Ganzen und als ein Ganzes im Teil«. Mit einer Reihe gleichzeitig ausgestellter Stickereien erweist sich Erna Segal als eine handwerkliche Künstlerin von großen Fähigkeiten. Ihre Stickereien sind groß trotz ihrer Kleinheit. Dem Material ist nir-gends Gewalt angetan. Immer deckt sich das Technische mit dem Formalen, Farbe mit Form. Die Stücke sind nicht nach vorher entworfenen Zeichnungen ausgeführt sondern unmittelbar als Stickerei entstanden.

Sehr zu begrüßen sind die von der Nationalgalerie im Kronprinzenpalais veranstalteten Ausstellungen junger Kunst, die gerade an dieser Stelle einen eminent erzieherischen Einfluß haben können, Zuletzt war dort eine Ausstellung von E. L. Kirchner, die das Schaffen dieses Malers vor Augen führte. Man kann wohl sagen, daß Kirchner bereits der Historie angehört. Er war Mitbegründer der Brücke, die eine der Hauptquellen des deutschen Expressionismus war.

Hildebrand † Adolf von Hildebrand, der Schöpfer eines skulpturalen Neuklassizismus, als der er auf die letzte Bildhauergeneration einen bedeutenden Einfluß ausübte, ist. 73 Jahre alt, am 18. Januar in München gestorben. Er war klassisch orientiert, hatte ein inniges Verhältnis zur Natur. Durch Vereinfachung der Naturformen und Schlichtheit des Aufbaus suchte er zu neuer Monumentalität zu gelangen. Hildebrand erblickte die Aufgabe der Kunst darin den Gegenstand durch die Darstellungsweise zu verklären. Hiermit berührt er sich mit den Impressionisten, denen es ja mehr auf das Wie als auf das Was ankam. Das Revolutionäre seiner Tätigkeit liegt darin, daß er als erster wieder begann seine Skulpturen persönlich, als Handwerker, aus dem Block herauszuarbeiten,

diese Tätigkeit nicht mehr untergeordneten Händen überließ. Daher gipfelt seine bekannte Schrift Das Problem der Form in der bildenden Kunst, die 1893 erschien neben der Erkenntnis des Zusammenhangs der Plastik mit der Architektur, in dem Kapitel über Steinarbeit, denn dieser »praktische Vorgang ist im Grunde nur die Realisierung all der künstlerischen Vorstellungen«. In Erin-nerung des Arbeitsprozesses Michelangelos sucht er das Werk schichtweise aus dem Block zu befreien. Man müsse sich das Bild »im Wasser liegend denken, welches man allmählich immer mehr abläßt, so daß die Figur immer mehr und mehr an die Oberfläche tritt, bis sie ganz frei ist«. Denn »es liegt in der Natur der technischen Bedingungen, daß ich von vorn das Bild gleichmäßig befreien muß, bevor ich in die Tiefe gehen kann«. Plastik war Hildebrand »Verdichtung einer räumlichen Situation, Klärung des Raumes, abstrakt formale Organisation des Raumes, Erfüllung des Leeren mit Maßverhältnissen, Umsetzung des Unbestimmten in tatsächliche Räumlichkeit, Umsetzung des Undefinierbaren in eindeutige räumliche Ansicht«. So rückte er notwendig »die architektonische Gestaltung des Kunstwerks in den Brennpunkt der Betrachtung« und suchte auch bei den wenigen Aufträgen, die ihm auf diesem Gebiet zuteil wurden, seine Anschauungen in die Wirklichkeit umzusetzen. So bei Brunnenanlagen in Straßburg und München; auch das Bismarckdenkmal am Dom in Bremen ist hierher zu zählen.

Die klassische Form war Hildebrand kein totes Schema. Er suchte sie durch Intensivierung zu verlebendigen. Aber seine monumentalen Arbeiten neigen sehr zum Dekorativen. Ihre Veredelung durch handwerkliche Arbeit hebt sie über das bloß Schmuckhafte hinaus. Am besten sind vielleicht einige seiner zahlreichen Porträtbüsten, wo es ihm gelang menschliche Charakteristik mit der gewählten klassischen Form in Einklang zu bringen.

Totenliste

Am 2. Januar ist in München Franz von Defregger, 85 Jahre alt, gestorben. Er war ein Bauernsohn aus dem Pustertal. Als Hirtenknabe begann er zu zeichnen und zu schnitzen. Seine Begabung prädestinierte ihn zu einem echten Volkskünstler. Aber er kam nach München an die Akademie, in parvenuhaste Verhältnisse. Sein anspruchsloses, natürliches Talent verlor sich in der rosageschminkten

Salonkunst der Krachzeit. Sein gemaltes Salontirolertum entsprach der gleichzeitigen Trompeter von Säkkingen-Romantik. Geschminkte Gefühle zwischen Bierseideln und Butzenscheiben, lebfrischen Buaben und herzigen Madln.

Im Alter von 47 Jahren starb plötzlich der Kunsthistoriker Max Dvorak, Dozent an der Wiener Universität.

Kurze Chronik Der Ausstellung junger holländischer Kunst, die kürzdie Kornscheuer im lich Kronprinzenpalais veranstaltete, soll eine Ausstellung moderner italienischer Kunst in Berlin folgen. Es handelt sich um den Kreis der Valori Plastici (Carlo Carra, Giorgio de Chirico, Ardengo Soffici und andere). Dieser, der seine Zeitschrift jetzt auch in einer französischen Ausgabe erscheinen läßt, entwickelt sich zu einer zentralen Gruppe für moderne Kunst in den romanischen Ländern. 🗢 In der Londoner Royal Society wurden Abbildungen prähistorischer Felsengravierungen von den Ufern des Onegasees in Nordrußland vorgelegt, der einzigen Stätte in Rußland westlich des Urals, wo solche prähistorischen Malereien gefunden worden sind. Nach den Tierköpfen an den Vorderteilen der ab-gebildeten Schiffe zu schließen gehören diese Felseneinritzungen dem Bronzezeitalter an. Unter den Abbildungen befinden sich auch die Umrisse eines teufli-schen Wesens, das etwa 3 Meter hoch und in der Zeichnung fast kubistisch ist. Die ägyptischen Kunstwerke aus den Grabungen der Deutschen Orientgesellschaft aus El Amarna sind von James Simon, der das Verfügungsrecht über sie besitzt, den Berliner Museen durch Schenkung übergeben worden. Das Staatliche Bauhaus in Weimar hat eine neue Lehrkraft in Paul Klee gewonnen; dadurch wird es noch mehr als bisher zu einem Mittelpunkt moderner Bestrebungen gemacht werden 💠 Im Königsberger Schloß ist nunmehr die städtische Gemäldegalerie untergebracht und neu eröffnet worden. Sie wurde vor fast 100 Jahren als Galerie von Bildern lebender Künstler begründet, seither durch Spenden, Vermächtnisse, Stiftungen und Ankäufe zu einer stattlichen Sammlung ausgestaltet, die erst jetzt in den Räumen des Schlosses voll zur Geltung kommt. Man hofft hiermit den ersten

Schritt zu einem Landesmuseum der Pro-

vinz Ostpreußen getan zu haben,

das auch das Prussia- und das Kunst-

gewerbemuseum in sich schließen soll.

## KULTUR

Landwirtschaft / Franz Fest

Die Frage der Gespannhal-

Zugtiere

tung spielt gerade jetzt, bei der allgemeinen Steigerung der Produktionskosten im landwirtschaftlichen Betrieb, wieder eine große Rolle. Im allgemeinen wurden bisher, abgesehen von den Kleinbetrieben, die mit Zugkühen arbeiten, als Zugtiere in der Hauptsache Pferde und Ochsen gebraucht. Neuerdings ist in einer Reihe von Wirtschaften das Maultier als Zugtier eingeführt wor-Bei der Frage, ob Pferd, Ochse oder Maultier verwendet werden soll, sind die wirtschaftliche Lage, die besondere Geeignetheit dieser Zugtiere für besondere Zwecke und nicht zuletzt die Kosten ihrer Haltung ausschlaggebend. Vergleicht man die Geeignetheit der genannten Zugtiere mit einander, so ergibt sich, daß das Pferd sie für alle landwirtschaftlichen Arbeiten besitzt; nur auf sehr weichem Boden ist es wegen der Gefahr des Einsinkens weniger verwendbar. Es ist leichter lenkbar als der Ochse und eignet sich daher besonders zum Ziehen von Maschinen, bei denen es auf sauberes Arbeiten besonders ankommt, zum Beispiel Drillmaschinen. Ferner ist das Pferd ausdauernd und schnell und deshalb für gewisse Arbeiten, wie Zurücklegen weiter Wege und Eggen, ge-eigneter als der Ochse. Die Mannigfaltigkeit der Pferderassen vom kleinen Panjepferd bis zum schweren Shyre oder Belgier ermöglicht zudem in so hohem Grad wie bei keiner der anderen Zugtierarten eine Auswahl der für besondere wirtschaftliche Verhältnisse geeigneten Tiere. Daher finden wir im Gumbinner Sand das leichte ostpreußische Pferd, im Heidesand Nordhannovers ein leichteres Halbblut, in den Rübenwirtschaften Sachsens und Südhannovers auf schwerem Boden den schweren Belgier. Überhaupt ist es von hohem Interesse zu beobachten. wie auch die Pferdezucht schließlich. trotz allen Zwangseingriffen, sich immer wieder den landwirtschaftlichen Verhältnissen des Zuchtgebiets angepaßt hat. Der Och se ist langsamer als das Pferd und weniger ausdauernd. Er eignet sich besonders zu weniger Schnelligkeit erfordernden, schwereren Arbeiten im gleich-mäßigen Zug, wie Pflügen und Abrücken von Lasten vom Felde bis auf die harte Auf weichem Boden ist der Ochse viel brauchbarer als das Pferd. Das Maultier ist an Schnelligkeit, Lenkbarkeit und Ausdauer bei richtiger

Behandlung dem Pferd überlegen. Es ist aber noch viel empfindlicher gegen weichen und lockern Boden, denn es sinkt in diesen mit seinen kleinen Hufen tief ein und zappelt sich dann müde. Infolge seines Körperbaus ist es natürlich auch nicht in der Lage etwa die Arbeit der schweren Pferde zu verrichten. Es ist aber hervorragend geeignet für mittelschwere Leistung auf festem Grund, also am besten für Fuhren auf fester Straße. Auf den leichten Bodenarten, wo es auf schnellere Arbeit ankommt, und es sich oft um weitere Wege handelt, sind also das Maultier wie das leichte Pferd brauchbar, weniger dagegen der Ochse: auf schwerem Boden das schwere Pferd und der Ochse und als Ergänzung für mittelschwere Arbeit und vor allem für weite Wege auf der Landstraße das ausdauernde, zähe Maultier. Der Ochse kommt überall da in Frage, wo es sich um die Verwertung großer Massen von Rübenabfällen und Rauhfutter handelt. Seine Fütterung verursacht viel geringere Kosten als die des Pferdes. Ebenso ist das Maultier in der Ernährung viel anspruchsloser als das Pferd. Es braucht vor allem große Rauhfuttermengen und verwertet diese besonders gut. Die Erfahrungen, die man bisher mit Maultieren gemacht hat, sind bei der kurzen Zeit ihrer Einführung in Deutschland und in Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl der in Gebrauch befindlichen Tiere noch viel zu dürftig, um ein abschließendes Urteil über ihren Nutzwert für die Landwirtschaft zu gestatten. Es ist auch fraglich, ob die Kosten der Anschaffung sich auf die Dauer gegenüber denen für Pierde so günstig stellen werden wie bisher, und ob überhaupt eine Einfuhr in größeren Mengen möglich sein wird. Die Bemühungen im Land Maultiere selbst zu ziehen sind bisher nicht von großem Erfolg gewesen. der Betriebssicherheit stehen die

In der Betriebssicherheit stehen die Maultiere infolge ihrer hervorragenden Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten obenan, während der Ochse an letzter Stelle steht. Namentlich kann die Maulund Klauenseuche verhängnisvoll werden. Eine Gehöft- und Stallsperre im Frühjahr kann die ganze Bestellung und de Hackfruchternte in Frage stellen.

Bei der Kostenfrage sind folgende Posten zu berücksichtigen: 1. Verzinsung der Anschaffungskosten respektive des in den Zugtieren investierten Kapitals, 2. Abschreibung der Anschaffungskosten, 3. Versicherung gegen Feuer und Verlust, 4. allgemeine Verwaltungskosten, 5. Unterhaltungskosten (Futter und Streu, Bedienung, Stallmiete, Inventarmiete, Medikamente, Hufbeschlag). Von der Summe dieser Kosten ist der Wert des von den Tieren erzeugten Stallmistes in Abzug zu bringen. Die Kosten eines Gespanntags berechnet Lüders in der Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung für Pferde bei 300 Arbeitstagen auf 120 Mark, für Ochsen bei 200 Arbeitstagen auf 80 Mark, für Maultiere bei 300 Arbeitstagen auf 93,40 Mark. Es handelt sich dabei um intensive Rübenwirtschaft mit schwerem Boden und um schwere belgische Pferde.

Ich habe vor kurzem auf Grund von Zahlenunterlagen aus einer Reihe von bäuerlichen Betrieben der Umgegend von Zittau die Kosten des Gespanntags wie folgt berechnet (siehe die Freie wissenschaftliche sozialistische Agrarkorrespondenz vom 26. Januar 1921): Der Pferdegespanntag kostet bei 300 Arbeitstagen 100 Mark, der Ochsengespanntag bei 250 Arbeitstagen 70 Mark, der Maultiergespanntag bei 300 Arbeitstagen 78,55 Mark, Als Pferde kommen hier in der Hauptsache mittelschwere in Betracht, die sowohl den Anschaftungskosten als auch der Unterhaltung nach billiger sind.

Beide Berechnungen dürfen aber nicht verallgemeinert werden sondern haben nur für die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse Geltung, die jetzt auch noch ständigem Wechsel unterliegen. Auch erscheint es mir fraglich, ob man die übliche Kapitalkostenberechnung wird aufrechterhalten können. Wir haben beide die derzeitigen Neuanschaffungskosten für die Gespanne eingesetzt, und zwar Lüders für Pferde mit 60 000 Mark und ich für das Gespann mit 40 000 Mark, und dementsprechend die jährliche Verzinsung mit 3000 respektive 2000 Mark. Nun haben ja aber nicht alle Landwirte ihre sämtlichen Pferde mit 30- respektive 20 000 Mark pro Stück angekauft, vielmehr ist die Mehrzahl zu einem sehr viel geringern Preis erworben worden. Demgemäß stellen sich auch die jährlichen Kapitalkosten und mit ihnen die durchschnittlichen Kosten des Gespanntags erheblich billiger. Ebenso hat Lüders die Anschaffungskosten der Maultiere mit 40 000 Mark für das Zweigespann angegeben. Ein großer Teil der Maultiergespanne ist aber zu erheblich geringerm Preis in die Hand des Landwirts übergegangen,

Neben der tierischen Spannkraft gewinnt Neute die motorische Zugkraft immer mehr an Bedeutung. Die Entwickelung sowohl der Seilmaschinen als auch der sogenannten Traktoren ist in letzter Zeit sehr weit fortgeschritten. Leider stehen die hohen Anschaffungskosten der allgemeinen Verbreitung hindernd im Weg.

Lungenwurmseuche
Die Lungenwurmseuche hat
in vielen Gegenden zu derartigen Verlusten geführt.

artigen Verlusten geführt, daß teilweise der Weidebetrieb aufgegeben werden mußte. Die Krankheit wird durch Fadenwürmer hervorgerufen, die sich in den Luftwegen der Tiere vorfinden, und zwar als geschlechtsreife Männchen und Weibchen in Länge von mehreren Zentimetern sowie als Brut und Eier von mikroskopischer Kleinheit. Die Anwesenheit der Würmer ruft Reizzustände, Katarrhe, Entzündungen, Veränderungen im Lungengewebe, Wurmknoten hervor und führt zu lokalem Ausschalten der Atmungsfunktion, ja schließlich können bei starkem Auftreten der Würmer allgemeine Lungenentzündungen mit tödlichem Verlauf eintreten. Die aus dem Körper mit dem Kot oder durch Aushusten ausgeschiedenen Eier gelangen auf die Erde. In der Erde verwandeln sich die kleinen Embryonen in eine frei lebende, sich reich vermehrende Generation von Würmern von kaum 1 Millimeter Länge. Sie sind sehr widerstandsfähig und können sich jahrelang halten. Mit dem Weidegras von den Tieren aufgenommen, werden diese Würmer zu den gefährlichen Lungenparasiten.

Bisher suchte man erkrankte Tiere in der Weise zu behandeln, daß man durch reichliche Ernährung ihren Organismus kräftigte und widerstandsfähig machte. Durch Räucherungen und Eingießen von Desinfektionsmitteln in die Lunge suchte man die Parasiten abzutöten und das Auswerfen der Wurmknäuel zu erreichen. Wenn auch in leichteren Fällen auf diese Weise Erfolge erzielt wurden, so versagte diese Heilmethode bei schwereren vollständig. Neuerdings ist es der Vorsteherin der Parasitologischen Abteilung des Hygienischen Instituts der Universität Bonn Maria Gräfin von Linden gelungen eine sichere Bekämpfungsmethode zu finden. Sie führte Kupfersalze in die Säfte des Wirtskörpers ein, und es gelang ihr so den Parasiten in allen Stadien seiner Entwickelung im Darm, in den Lungenbläschen und den Luftwegen zu töten, ohne den Körper des erkrankten Tieres zu schädigen. Sie setzte Kupferchlorid oder Kupfersulfat eisenfreiem Kochsalz zu, mit dem es innig gemischt wurde, bis die Mischung eine gleichmäßig

grüne Farbe bekam. In der Versuchsstation der Landwirtschaftskammer in Bonn am Rhein wird ein Kupferlecksalz hergestellt, das 4 Teile Kupfersulfat und 96 Teile eisenfreies Kochsalz enthält, so daß der Gehalt der Mischung an metallischem Kupfer 1 % beträgt. Nur gleichmäßig hellgrünes frisches Salz ist wirk-Verwendet man Salz, das seine Farbe verändert hat, so ist die Behandlung erfolglos. An Rinder über 6 Monate und ausgewachsene Schweine werden täglich 10 Gramm, an Rinder unter 6 Monaten, Schafe und Ziegen 5 Gramm täglich von dem Kupferlecksalz gegeben. In der Regel dauert die Behandlung 4 bis 6 Wochen. Am sichersten wird das Salz mit dem Futter dem erkrankten Tier zugeführt, nötigenfalls auch in ½ Liter Wasser gelöst eingegeben. Die Zuführung von Kupfer wurde auch in mehreren Fällen auf dem Weg der intramuskulären Einspritzung erfolgreich vorgenommen. Es wurden den Rindern 10 bis 15 Kubikzentimeter einer 5prozentigen Lösung von Dimethylglykokollkupfer 2mal wöchentlich abwechselnd rechts und links in die Kruppenmuskulatur eingespritzt. Durchschnittlich erhielt jedes Tier 8 bis 10 Einspritzungen. Diese Methode versagte jedoch bei stark heruntergekommenen Tieren, bei denen die Kupferlösung gar nicht mehr aufgenommen wurde. Zur Reinigung verseuchter Weiden empfiehlt Gräfin von Linden eine starke Kopfdüngung mit Thomasmehl, auch mit Kalkstickstoff und Pferdejauche. Bei 3 Zentner Thomasmehl pro Morgen ein dauerndes Verschwinden der Würmer auch aus den tieferen Erdschichten beobachtet worden.

Ziegenluberku- Die Ziege gilt als bedeutend widerstandsfähiger gegenTuberkuloseerkrankungen als das Rind, so daß in weiten Schichten der Glaube verbreitet war, durch die Ziegenmilch könne die Tuberkulose überhaupt nicht verbreitet werden. dings mehren sich jedoch die Anzeichen. daß die Krankheit wie bei Menschen und anderen Tieren auch bei Ziegen im Steigen begriffen ist. Auch hier handelt es sich um eine Erscheinung der Kriegszeit. Abgesehen davon, daß die Fütterung im Krieg schwieriger und mangelhafter war, und die Tiere daher weniger widerstandsfähig gegen Krankheiten waren, wurden sie oft auch dadurch tuberkulös, daß sie in dunklen, engen und schlecht gelüfteten Ställen gehalten wurden, weil sich sehr viele Menschen der Milchnahrung wegen im Krieg eine Ziege hielten, die gar keine geeigneten Räume dafür besaßen. Natürlich sind aber für eine gedeihliche Entwickelung der Ziegen saubere, luftige Ställe und Bewegung im Freien notwendig. Für die Sommermonate muß Weidegang geboten werden. Die genossenschaftliche Ziegenweide, die sich in einigen Harzdörfern und auch anderwärts bereits seit einigen Jahren eingebürgert hat, dürfte sich als geeigneter Weg zur Förderung der Ziegenzucht und -haltung erweisen. Damit könnte vielen Arbeiterkindern zu einer gesunden und kräftigen Milchnahrung verholfen werden.

Saatgutpreise Am 24. Januar trat für das Deutsche Reich die Verordnung über die Preise für Sommerungssaatgut für Getreide in Kraft. Sie bringt die folgende Festsetzung:

Getreideart	Preise in 1. Absaat	Mark für 2. Absaat	3. Absaat
Weizen, Spelz. Em- mer und Einkorn Roggen Gerste und Hafer	2950	2900 2750 2700	2700 2550 2500

Soweit nach dem 24. Januar Sommerungssaatgut auf Grund vorher abgeschlossener Verträge zu liefern ist, können die Lieferer die obigen Höchstpreise verlangen, wenn der Käufer nicht unverzüglich, nachdem diese Forderung gestellt ist, erklärt, daß er die Zahlung des erhöhten Preises ablehnt. Tut er das, so ist der Vertrag so anzusehen, als ob der Käufer gemäß einem der ihm zustehenden Rechte vom Vertrag zurückgetreten ist. Die bedeutende Erhöhung des Preises für anerkanntes Saatgut gegenüber dem in der Verordnung vom 26. Juli 1920 festgesetzten bezieht sich aber nicht auf gewöhnliches Handelssaatgut. Dieses kostet bei Weizen, Spelz, Emmer und Einkorn 1810, bei Roggen 1670, bei Gerste und Hafer 1620 Mark per Tonne.

Landautteilung Unter der Überschrift Gemeingefährliche Siedelung
hat A. Backhaus /Doberan/
in der Deutschen Landwirtschaftlichen
Presse auf den großen volkswirtschaftlichen Nachteil der Zerstückelung gut
bewirtschafteter Güter hingewiesen. An
einem krassen Beispiel zeigt er die Folgen der übermäßigen verkehrten Landaufteilung. Es handelt sich um die
Vernichtung des 880 Morgen großen Hofguts Utphe bei Hungen in der Wetterau,
einer aufs beste mit Gebäuden und mo-

dernen Maschinen ausgerüsteten, hochintensiv betriebenen Wirtschaft, die durch Aufteilung des zugehörigen Landes an benachbarte kleinbäuerliche Besitzer vollständig vernichtet wird. Ähnliche Beispiele kann man leider auch anderwärts finden. So sehr man auch dem Prinzip der Kleinsiedelung zustimmen muß, so sehr es nottut eine Menge gesunder Arbeiterwohnungen in Stadt und Land zu schaffen und ihren Bewohnern Gartenland und die Möglichkeit zur Kleintierhaltung zu geben, so können wir uns bei unserer geradezu jammervollen Ernährungslage doch auf keinen Fall den Luxus leisten besonders leistungsfähige Betriebe zu zerschlagen, um kleinbäuerliche Siedlerstellen zu schaffen. Augenblicklich fehlt es in erster Linie an Wohnungen der oben bezeichneten Art, aber nicht an Kleinbauern, die doch fast alle Produkte, soweit sie nicht im Haushalt selbst verbraucht werden, hinten herum verkaufen. Es ist gar nicht zu verstehen, daß man heute wertvolle Wirtschaftsgebäude und Inventarien ungenutzt läßt, um dafür minderwertige Bauten und Wirtschaftsgebäude für Kleinbauern zu schaffen. Wir haben doch wirklich keinen Überfluß an Baumaterial und Maschinen. Es muß im Interesse der Volks. ernährung unbedingt gefordert werden, daß leistungsfähige Großbetriebe erhalten bleiben und deren Produktion gesteigert wird. Hat man noch Betriebsmittel (Dünger, Maschinen usw.) übrig, wenn die jetzt landwirtschaftlich genutzte Fläche überall bis zur äußersten Grenze wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ausgenutzt ist, dann gehe man an die Schaf-fung bäuerlicher Siedelungen auf Moorund Heideflächen. Ich kann Backhaus nicht zustimmen, wenn er sagt: »Schlecht bewirtschaftete Großgüter, Luxus und Kriegserwerbungen bedürfen keiner Schonung.« Auch solche Betriebe sollten nicht zerstückelt und die dort vorhandenen Einrichtungen brach gelegt werden. Im Gegenteil, auch sie sollten bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit ausgenutzt und rücksichtslos unter Zwangsverwaltung genommen werden. Ich kann nur immer wieder auf das Beispiel und die glänzenden Erfolge der Kur- und Neumärkischen Ritterschaftlichen Wirtschaftsberatungsstelle hinweisen, die eine große Reihe solcher Güter bewirtschaftet.

Kapitalbedari Es ist eine bekannte Tatsache, daß schon im Frieden so mancher Großbetrieb/ mangelhaft bewirtschaftet wurde, weil es

dem Besitzer an Betriebskapital fehlte. um die erforderlichen Aufwendungen zu machen. Es ist für die Volkswirtschaft nicht immer ein Nachteil gewesen, wenn ein derartiger Betrieb in die Hand eines kapitalkräftigen Industriellen kam, so sehr man das auch aus anderen Gründen mitunter bedauern mußte. So manches Gut hat nach einem solchen Besitzwechsel nicht nur dem neuen Besitzer höhere Reinerträge sondern auch der Bevölke. rung größere Mengen an Nahrungsmitteln gebracht. Ferner wurde nicht sellen im Betrieb selbst für eine größere Zahl von Menschen Arbeitsgelegenheit geschaffen. wie auch im allgemeinen durch den stärkern Bedarf an Maschinen, Kunstdünger, Kraftfutter, Meliorationen, Bauten und anderen Betriebsmitteln der Umsatz in der Volkswirtschaft gesteigert und so auch anderen Kreisen der Bevölkerung erhöhte Verdienstmöglichkeit geboten wurde. Heute stehen wir aber viel ungünstiger da als vor dem Krieg. Die Betriebsaufwendungen wie der Bedarf an Betriebskapital sind um mehr als das Zehnfache gestiegen, so daß man heute mit Millionen rechnen muß, wo man früher mit Hunderttausenden auskam. Das Risiko ist infolgedessen weit höher geworden, und man darf sich daher nicht wundern, daß ein großer Teil der Landwirte sich schon deshalb scheut die zur Ertragssteigerung der Ernten notwendigen Ausgaben für Kunstdünger zu machen. Das Risiko wird ihm ja auch dann nicht abgenommen, wenn es ihm gelingt die nötigen Summen auf dem Weg des Kredits zu erlangen. Daß es heute leider auch eine große Zahl solcher Betriebe gibt, die an Betriebskapital Mangel haben, wird jeder aufmerksame Beobachter zugeben müssen. Um die zur Bewirtschaftung eines modernen Großbetriebs erforderlichen Mittel zu beschaffen und vor allem das Risiko auf breitere Schultern zu verteilen, regt Leinhos in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse, in einem Aufsatz des Titels Die landwirtschaftliche Aktiengesellschaft, an: auch in der Landwirtschaft den Weg der Kapitalvereinigung zu beschreiten, der in der Industrie gebräuchlich ist.

Ausbildung Der Beruf der Lehrerin für landwirtschaftliche Haushaltungskunde ist geeignet für die nächste Zeit tüchtigen Mädchen Erwerbsmöglichkeit zu bieten, da man bestrebt ist durch Gründung von Frauen fachschulen die Fachausbildung der Landwirtinnen zu heben. Solche Leh-

rerinnen haben 2 Jahre lang eine wirtschaftliche Frauenschule auf dem Land zu besuchen. Die Kosten des Besuchs betragen jährlich etwa 7000 Mark. Dann folgt ein Lehrprobejahr, und darauf ein Jahr Praxis in einem Landhaushalt. Während dieser beiden Jahre wird freie Station und ein Taschengeld gewährt. Ferner wird von solchen Lehrerinnen noch eine 6monatige Tätigkeit in der Säuglings- und Krankenpflege oder der praktischen Nadelarbeit verlangt. Nach vollendeter Ausbildung stellt in Preußen das Landwirtschaftsministerium ein Befähigungszeugnis aus. Die fertige Lehrerin kann alsdann an Wanderhaushaltungsschulen (als pensionsfähige Kreisbeamtin), an landwirtschaftlichen Haushaltungsschulen (als Angestellte einer Landwirtschaftskammer) oder an wirtschaftlichen Frauenschulen auf dem Land angestellt werden. Die Bezahlung erfolgt meist nach Klasse 7 des Beamtendiensteinkommengesetzes. Auskunft erteilen die Geschäftsstellen des Reiffensteiner Verbands für wirtschaftliche Frauenschulen auf dem Land in Berlin-Friedenau und in Bad Kösen sowie die Gesellschaft für landwirtschaftliche Frauenbildung München-Gladbach.

Auch in der Reichswehr soll in größerm Umfang als früher landwirtschaftlicher Unterricht erteilt werden. In Preußen hat das Landwirtschaftsministerium mit dem Reichswehrministerium vereinbart, daß die Einrichtungen des landwirtschaftlichen Fachschulwesens nach Möglichkeit auch dem landwirtschaftlichen Heeresunterricht dienstbar gemacht werden sollen. Die Heeresverwaltung zahlt dafür an die betreffenden Lehranstalten entsprechende Entschädigungen. In erster Linie soll der Fach-unterricht mit eigenen landwirtschaftlichen Lehrkräften der Heeresverwaltung durchgeführt werden. Außerdem sollen nebenamtlich noch akademisch gebildete Landwirte, Fachbeamte an Körperschaften und im Ruhestand lebende Landwirtschaftslehrer herangezogen werden, Wo nebenamtliche Lehrkräfte nicht gewonnen werden können, sollen die Landwirtschaftskammern Lehrkräfte zur Verfügung stellen.

Ausgehend von der Erfahrung, daß der Erfolg einer Schäferei in hohem Grad von der Berufsfreudigkeit des Schäfers abhängt, hatte bereits im Mai 1917 das preußische Landwirtschaftskammern und Zentralstellen anheimgegeben bewährten alten Schafmeistern, die gute Leistun-

J.

gen aufzuweisen hatten, Auszeichnungen zu erteilen. Die guten Erfahrungen, die damit gemacht wurden, haben jetzt dazu geführt, daß das Ministerium seinerseits zur weitern Hebung des Schafmeisterstands den Landwirtschaftskamern Schafmeisterdiplome zur Verfügung stellt. An die Verleihung wurden die folgenden Bedingungen geknüpft: Die auszuzeichnenden Schafmeister müssen mindestens 15 Jahre selbständige Schafmeister gewesen sein, sie müssen bereits von einer Landwirtschaftskammer eine Auszeichnung erhalten und sich danach in der selben Herde noch weitere 3 Jahre erfolgreich betätigt haben.

Wygodzinski † Unerwartet starb während der Weihnachtsferien, am 4. Januar, der ordentliche Pro-

fessor für Nationalökonomie und Agrarpolitik an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf Willy Wygodzinski im Alter von 51 Jahren. Er studierte in Berlin Rechtswissenschaft und Nationalökonomie und war Schüler Serings und Schmollers. Er wandte sich früh der agrarischen Forschung zu, die sein Haupt-arbeitsfeld geblieben ist. Seine erste Arbeit, eine Untersuchung über die Vererbung des ländlichen Grundbesitzes in der Rheinprovinz, führte ihn an den Rhein. Er wurde Beamter des landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen und dann der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz. 1905 wurde er an der Landwirtschaftlichen Hochschule Dozent für Genossenschaftswesen, 1906 Privatdozent der Universität Bonn und übernahm dann das ganze Lehrgebiet der Volkswirtschaft und Agrarpolitik, seit 1914 als ordentlicher Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn. Er entfaltete eine reiche schriftstellerische Tätigkeit. Außer einer großen Zahl von Abhandlungen in Fachzeitschriften verdankt ihm die Fachwissenschaft auch mehrere größere Werke. An erster Stelle stehen wohl seine Werke Das Genossenschaftswesen in Deutschland /1911/ sowie, als Ergänzung dazu, Die neuere Entwickelung des Genossenschaftswesens in Deutschland /1913/. 1914 gab er das Buchenbergersche Werk Agrarwesen und Agrarpolitik heraus, ferner ein gleichnamiges Doppelbändchen der Göschensammlung, das 1920 in 2. Auflage erschien. 1917 schrieb er ein kleineres Werk Die Landarbeiterfrage in Deutschland. Ferner sind hervorzuheben die volkstümlich geschriebenen Werkchen Wandlungen der deutschen Volkswirtschaft und Einführung in die Volkswirtschaftsiehre /3. Auflage 1920/. Als praktischer Volkswirt hat er sich namentlich um die Ausbreitung des Landesgenossenschafts- und Kreditwesens reiche Verdienste erworben. Seine Gabe als Hochschullehrer selbst schwierige Probleme in lebendig anschaulicher Form zum Vortrag zu bringen fand nicht nur bei den Hörern der Bonn-Kölner Hochschulen sondern weit über diese Kreise hinaus bewundernde Anerkennung.

Im Gedächtnis aller derer, die mit ihm im Leben zu tun hatten, wird er als schlichter, immer hilfsbereiter Mensch unvergeßlich weiterleben.

Totenliste

Totenliste Ende Mai 1920 ist der emeritierte Professor der landwirtschaftlichen Technologie an der Universität Breslau Siegfried Friedländer in Berlin im Alter von 85 Jahren an den Folgen eines Unfalls verschieden. Von 1864 bis 1881 wirkte er als Dozent und Direktor des Milchwirtschaftlichen Instituts an der Landwirtschaftsakademie in Proskau, dann bis 1891 als außerordentlicher Professor an der Breslauer Universität.

Am 9. Januar 1921 starb der Rittergutsbesitzer und Landesökonomierat Jo-hann Wilhelm Schmitz in Haus Hübsch bei Mehrhoog am Niederrhein im Alter von 86 Jahren. Schmitz-Hübsch hat sich um die Förderung der Landwirtschaft, insbesondere der niederrheinischen Viehzucht, hervorragende Ver-dienste erworben. Sein Betrieb war in jeder Richtung mustergültig. Er war 32 Jahre Vorstandsmitglied des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen und legte erst vor wenigen Jahren seine führende Tätigkeit im 1. Zuchtverband zur Hebung der Rindviehzucht in der Rheinprovinz und im Ausschuß für Viehzucht und Molkereiwesen der Landwirtschaftskammer in jüngere Hände. Auch in der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat er im Sonderausschuß für Rindviehzucht und seit 1900 auch im Gesamtausschuß mit großer Hingabe an der Hebung der Landwirtschaft gearbeitet.

Kurze Chronik Der Düngestickstoffausschuß
hat ein Preis ausschuß
schreiben für eine Maschine zum Streuen von geöltem und ungeöltem Kalkstickstoff erlassen und mit
der Durchführung die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft beauftragt. 
Am
26. Januar machte der preußische Landwirtschaftsminister Otto Braun in der

Sitzung der Zentralmoorkommission die Mitteilung, daß die Moorkultivierungskosten von 600 bis 800 Mark pro Hektar auf 5000 bis 6000 Mark gestiegen seien. Daher komme es. daß die im Jahr 1913 für die Fertigstellung der in Angriff genommenen Kultivierung fiskalischer Moore ausgeworfene Summe von 12 Millionen Mark trotz weiterer Erhöhung auf 17 Millionen nicht ausreiche. Er werde daher die produktive Erwerbslosenfürsorge mit 10 Millionen Mark heranziehen. Zunächst wolle man das große Moor bei Labiau kultivieren, was allerdings einige Jahre dauern werde Am 10. Februar trat die Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft zur Sicherung der Haferablieferung in Kraft. Danach haben Landwirte, die die Mindestablie-ferungspflicht bei Hafer nicht innerhalb der bestimmten Frist erfüllen, den 3fachen Höchstpreis für die Fehlmenge an die Reichsgetreidestelle zu zahlen; die höhere Verwaltungsbehörde kann die Strafe ganz aufheben oder verringern. wenn der Landwirt nachweist, daß ihn kein Verschulden trifft. Die Vereini-gung zur Hebung des Zuckerrübenbaus hatte in einer Eingabe an die Mitglieder des Reichstags die Freigabe der Zukk er wirtschaft beantragt, und zwar hatte sie gefordert, daß die Regierung umgehend die Aufhebung der Zwangswirt-schaft für Zucker zum 1. September 1921 bekannt geben solle. Eine Freigabe wird aber voraussichtlich für 1921 noch nicht erfolgen, da man Bedenken hat die Zuckerindustrie den Folgen der noch unübersehbaren Valutaschwankungen auszusetzen. Bei den heutigen und den zu erwartenden Zuckerpreisen ist der Zukkerrübenbau wieder rentabel geworden. Selbst bei den hohen Löhnen und Aufwendungen für Düngemittel lohnt er sich heute; der Gewinn liegt ja nicht nur in der Geldeinnahme für die Rüben sondern auch in der Gewinnung großer Mengen wertvoller Futtermittel und dem günstigen Einfluß, den der Rübenbau für die Steigerung der Ertragsfähigkeit des gesamten Ackerlands hat, ODer Notetat, der dem Reichstag zuging, sieht auch 500 Millionen als Valutarisikoprämien zur Erleichterung des Bezugs von Phosphaten aus dem Ausland vor. - Der tschechische Minister für Schulwesen und Volkskultur hat die Wahl des Professors für Meliorationswesen und Meliorationslehre Alois Rosenkranz zum Rektor der Deutschen Technischen Hochschule in Prag bestätigt.

#### Verkehr / Edgar Zeulmann

Massentransport Auf dem Gebiet des Transportwesens, und hier wieder beim Massentransport, können durch Verwendung mechanischer Vorrichtungen die Werksanlagen in ihrer Leistungsfähigkeit beträchtlich erhöht werden. Durch mechanische Fördereinrichtungen werden große Mengen von Arbeitern gespart; auch werden durch den geringen Kraftverbrauch solcher Förderanlagen die Gestehungskosten verringert.

den ununterbrochenen Transport von Massengütern stellen Drahtseilbahnen das beste Hilfsmittel dar. Sie lassen sich mit gleichem Vorteil auf bebautem Gelände wie in Sumpfstrecken anlegen, da die Gründung der Masten verhältnismäßig einfach ist und wenig Raum beansprucht, Für kleinere Einzellasten bis zu etwa 150 Kilo sind die Einseilbahnen von Vorteil, da sie imstande sind bei 1,5 Meter Seilgeschwindigkeit in der Sekunde und 24 Meter Wagenabstand bei Vollausnutzung der Wagen stündlich 15 Tonnen zu befördern. Für Förderung großer Gütermengen in mehrfach wechselnder Richtung eignen sich besonders Hängebahnen mit fester Laufschiene. Diese Bahnen können ohne Schwierigkeit an vorhandene Seilbahnen angeschlossen werden; finden auf ausgedehnten Lagerplätzen Verwendung, namentlich dann, wenn das Fördergut gleichmäßig verteilt oder von weitverzweigten Lagerplätzen entnommen werden soll. In neuerer Zeit kommen die Elektrohängebahnen immer mehr in Aufnahme. Bei geeigneten Geländeverhältnissen können Spannweiten bis zu 1000 Meter überbrückt werden. Die Bewegung erfolgt hier nicht durch ein Zugseil, sondern jeder einzelne Wagen erhält seinen einzelnen Antriebsmotor. Um eine geregelte Fahrfolge zu erreichen und Zusammenstöße zu vermeiden, ist eine Streckenblockierung nötig. Die Bewegung der Wagen wird im allgemeinen durch eine Fernsteuerung von einem heliebigen Punkt aus geregelt; doch lassen sich die Fahrzeuge auch für Führerbegleitung einrichten, Außer der wagerechten Beförderung der Wagen ist ein Heben und Senken der Last möglich; es ist dann außer dem Fahrmotor noch ein Sesonderer Motor mit Windewerk nötig. Diese Ausführung eignet sich besonders zum Beladen und Entladen von Eisenbahnwagen und Schiffen sowie zur Beförderung der Last durch mehrere Stockwerke.

An Stelle der Seilbahn kommt vielfach auch die Kettenförderung zur Anwendung. Mit derartigen Transportketten ausgerüstete Bahnen dienen vornehmlich zur Beförderung kleinerer Massengüter, für die andere Beförderungsmöglichkeiten unzweckmäßig oder unwirtschaftlich wären. Kettenförderungsanlagen eignen sich besonders für Innenräume von Fabriken, Postämtern usw. Eine solche Förderanlage ist zum Beispiel beim Hauptpostamt in Chemnitz in Betrieb und dient zur schnellern Absertigung der Pakete. Für große, ausgedehnte Arbeitsplätze bedient man sich auch der sogenannten Seilbahnkrane, die die Vorteile einer Drahtseilbahn mit denen einer Kranbrücke vereinigen. Ihre Anlagekosten sind verhältnismäßig gering, und ihre Bauart ist einfach. Mit Hilfe von Seilbahnkranen kann man von jeder beliebigen Stelle unterhalb der Laufbahn die Lasten aufnchmen und absetzen. Die Bewegungen erfolgen alle von einer und der selben Stelle aus durch einen Arbeiter. Die beiden Kabeltürme können je nach dem Zweck fest verankert oder fahrbar sein. Schließlich seien noch in diesem Zusammenhang die Seilrangieranlagen mit endlosem Zugseil erwähnt, die geeignet sind den Rangierbetrieb auf Bahnhöfen, namentlich bei ausgedehnten Anlagen, zu verbilligen und zu vereinfachen. Als Antrieb kann jede vorhandene Kraftquelle dienen. In den meisten Fällen wird elektrischer Betrieb bevorzugt.

Belgien

der Staatsbahnen. Obwohl das Land Belgien in der glücklichen Lage ist selbst Kohlenbergwerke in ausreichendem Maß zu besitzen, ist man doch zu dem Ergebnis gelangt, daß bei Einführung des elektrischen Betriebs auf den bisher mit Dampflokomotiven betriebenen Strecken eine erhebliche Ersparnis an Brennstoff, eine Verminderung der Tonnenzahl der zu befördernden Kohlen und damit ein Freiwerden von rollendem Material für andere Zwecke erzielt werden kann, Man nimmt an, daß die vollständige Elektrisizierung des Personen- und Güterverkehrs zum Beispiel auf der Strecke Brüssel-Antwerpen eine jährliche Ersparnis von über 48 000 Tonnen Kohle, das heißt von mehr als 25 % des Brenn-

In Belgien geht man ernstlich an die Elektrifizierung

Nach dem jetzt vorliegenden Plan soll die Elektrifizierung der Staatsbahnen in 3 Abschnitten geschehen, nämlich einmal

bei Dampsbetrieb bedeutet.

stoffverbrauchs auf der selben Strecke

auf den Linien, die Brüssel mit Antwerpen verbinden, dann auf der Luxemburglinie und den mit ihr zusammenhängenden Strecken und schließlich auf den von Brüssel ausstrahlenden Linien. Bei dem dichten Verkehr, der für das belgische Bahnnetz charakteristisch ist, und in Anbetracht der kurzen Strecken entschied man sich für den Betrieb mit hochgespanntem Gleichstrom. Die Höhe der tatsächlich anzuwendenden Spannung ist dagegen noch nicht endgültig festgesetzt. Dies hängt davon ab, ob man das System der Stromschiene oder Oberleitung wählen wird. Jenes gewährt große Betriebssicherheit, sofern die Spannung die Höchstgrenze von etwa 1500 Volt nicht überschreitet. Bei der Wahl einer Spannung von 2400 oder 3000 Volt, die eine erheblich kleinere Anzahl von Unterwerken erfordert, wird das Oberleitungssystem zur Anwendung kommen. In diesem Fall wird das Fahrleitungssystem so angeordnet, daß die gute Sichtbarkeit der Signale nicht beeinträchtigt wird. Gegensatz zu Deutschland, Österreich, der Schweiz und Schweden-Norweger, wo man sich für Einwellenstrom von 15- bis 16 000 Volt bei der Elektrifizierung der Vollbahnen entschieden hat, sprechen sich nicht nur Belgien sondern auch Frankreich und England zugunsten des hochgespannten Gleichstroms von 1500 bis 2400 Volt Netzspannung aus.

Für die Beförderung der internationalen Züge sind elektrische Lokomotiven von mindestens 2200 Pferdestärken in Aussicht genommen. Für Güterzüge ist eine Lokomotivbauart von 1650 Pferdestärken vorgeschen, die imstande ist einen Zug von 1000 Tonnen Nutzlast mit einer Geschwindigkeit von 45 Kilometer in der Stunde auf wagerechter Strecke zu befördern. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Güterzüge wird je nach Bedarf zwischen 17 und 45 Kilometer in der Stunde betragen

Der Personenverkehr auf den Strecken Brüssel-Antwerpen und der Luxemburglinie soll von Triebwagenzügen übernommen werden. Jeder Zug, der Sitzplätze für 550 Reisende erhält, besteht aus 2 Teilen, nämlich einem Triebwagen und 2 Mitläufern. Der Triebwagen besitzt 2 Motoren von je 275 Pferdestärken. Das ganze rollende Material wird im wesentlichen aus Eisen und Stahl hergestellt. Nach Durchführung sämtlicher Bauarbeiten für die Elektrifizierung werden die belgischen Staatsbahnen einen Verkehr bewältigen können, der gegenüber 1914 eine Steigerung um etwa 50 % zuläßt.

Eisenbahn-Die Frage der Betriebsmitelektrifizierung tel der Berliner Stadt-, Ring\_ und Vorortbahn scheint nunmehr endgültig zugunsten der sogenannten Triebgestellzüge entschieden zu sein. Bisher bestand noch immer der Wettbewerb zwischen den Triebgestellzügen und den Triebwagenzügen (siehe auch diese Rundschau, 1918 I, Seite 569). Jene sind gewöhnliche Stadtbahnzüge, deren Wagen von 2achsigen Lokomotiven, die an der Spitze und am Ende der Züge angeordnet sind, in Bewegung gesetzt werden und außerdem mit elektrischer Heizung und Beleuchtung ausgerüstet sind. Die andere Betriebsart verlangt eine Reihe neu zu erbauender Triebwagen, ähnlich denen der Berliner Hochund Untergrundbahn. Derartige Triebwagen könner aber wegen ihres großen Gewichts im Berliner Verkehr nicht verwendet werden. Ein solcher Wagen wiegt nämlich leer rund 63, vollbesetzt etwa 71 Tonnen. Dieses Gewicht verteilt sich auf nur 4 Achsen; der Achsdruck betrüge also etwa 18 Tonnen, eine Last, die für die Stadtbahnbogen viel zu groß ist. Außerdem würde der Bau von Triebwagen unter den heutigen Verhältnissen außerordentlich teuer werden, so daß sich ihre Einführung schon aus finanziellen Rücksichten verbietet. Dagegen haben die Triebgestelle den Vorzug, daß bei gleicher Leistungsfähigkeit die bisherigen Stadtbahnbetriebsmittel mit Ausnahme der Lokomotiven in vollem Umfang verwendet werden können. Um den Schwierigkeiten der Kohlenversorgung zu entgehen, ist Italien bemüht den elektrischen Betrieb der Staatsbahnen aus Wasserkraftwerken so schnell wie möglich einzuführen. Im ganzen sind in Italien bereits 454 Kilometer Eisenbahnen elektrifiziert worden.

Automobile Um den Umfang des Wettbewerbs festzustellen, der der elektrischen Straßenbahn durch die Automobile erwächst, hat die Straßenbahn in Schenectady seit dem Jahr 1912 vergleichende Erhebungen angestellt, worüber das Electric Railway Journal folgendermaßen berichtet: Schenectady, bekannt als der Sitz eines der größten Werke der amerikanischen Ge-neral Electric Company und eines bedeutenden Werks der amerikanischen Lokomotiventrusts, zählte im Jahr 1918 rund 100 000 Einwohner. Das Straffenbahnnetz hat eine Länge von rund 224 Kilometer; der Fuhrpark besteht aus rund 200 Triebwagen und 34 Güter- und Arbeitswagen.

Wie die Statistik ergab, fand von 1912 bis 1918 eine dauernde Zunahme des Gebrauchs von Automobilen statt, so daß die Anzahl der Straßenbahnfahrgäste zu denen der Automobilfahrer im Verhältnis von 20:1 auf nur 5:1 zurückging. Im Jahr 1918 wurden in Schenectady über 4000 Automobile oder fast je 1 Wagen auf jeden 26. Einwohner gezählt, Bei Abschluß der Statistik konnten die Ergebnisse von 1919 nicht berücksichtigt werden; doch wurde im Oktober 1919 die Zunahme der bei den Aufsichtsbehörden gemeldeten Automobile auf 30 bis 35 % größer als im Jahr 1918 geschätzt, so daß die Straßenbahnbenutzung dauernd zurückgehen dürfte.

Luttverkehr Es ist die Eröffnung einer Luftlinie zwischen London und Amsterdam

mit Anschluß nach Deutschland, Dänemark und Schweden geplant. Hierfür werden auf den Amsterdamer Fokkerwerken neue 240 Pferdestärken-Fokkermaschinen mit Pumamotor für 7 Passagiere gebaut. Die amerikanische Flugzeuggesellschaft Nebraska baut an einem 1600pferdigen Passagier riesenflugzeug für 40 bis

50 Personen, die in einer 20 Meter langen Kabine untergebracht werden sollen. Während des Jahres 1920 wurden auf amerikanischen Luft post linien 23 463 120 Briefe befördert. Ein Überporto wurde hierfür letzthin nicht mehr erhoben. Gegen Ende des Jahres waren die Flugstrecken New York-Cleveland, New York-Chicago, Chicago-Minneapolis, Chicago-Omaha, Chicago-Saint Louis, New York-Washington und New York-San Francisco im Betrieb. Die Zeitersparnis in der Beförderungsdauer der Briefe betrug gegenüber dem Eisenbahntransport auf den

den staatlichen waren noch einige private Luftpostlinien in Betrieb. Ist der Nachtpostflug erst eingeführt, so wird der Luftverkehr bald mit der Eisenbahn voll konkurrieren können.

weiten Linien 16 bis 24 Stunden. Außer

Kurze Chronik Im Oktober 1920 wurde endlich wieder ein Weltpostkongreß abgehalten, und zwar in Madrid. Der letzte fand im Jahr 1906 statt, da die im Jahr 1914 in Aussicht genommene Tagung durch den Krieg vereitelt wurde. Über 1000 Abänderungsvorschläge zu den noch gelten-

den internationalen Abmachungen wur-

den dem Kongreß eingereicht. Es wurde beschlossen die Gebühren für Briefe auf 50 Centimes, für Postkarten auf 30 Centimes und für jede 50 Gramm Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenmuster auf 10 Centimes zu erhöhen. 🗢 Im Fremdenviertel von Schanghai betreibt eine englische Gesellschaft eine 1,6 Kilometer lange gleislose Bahn, die meist nur von Einheimischen benutzt wird. Das Charakteristische dieser Bahn besteht darin, daß den Fahrzeugen der elektrische Strom durch eine doppelpolige Oberleitung zugeführt wird, die in den Straßen und Chausseen angebracht ist. Die Stromrückleitung, die bei Stra-Benbahnen durch die Schienen erfolgt, wird durch einen zweiten Draht geleitet. Eine bemerkenswerte Leistung der deutschen Industrie ist das von der Germaniawerst in Kiel erbaute Motorschiff Zoppot, das seine erste Fahrt ohne jede Unterbrechung ausgeführt hat. Das Schiff, das durch Dieselmotore angetrieben wird, fährt jetzt unter Danziger Flagge und gehört der Baltisch-Amerikanischen Petroleumeinfuhrgesell-schaft. Mit 22 000 Tonnen Wasserverdrängung und 9700 Bruttoregistertonnen ist es das größte Motorschiff der Welt.

Literatur Verreichlichung Die der deutschen Staatseisenbahnen macht die Zukunft der deutschen Privatbahnen zu einer aktuellen Frage. Da beansprucht ein Buch Theodor Lechners Die Privateisenbahnen in Bayern /München, R. Oldenbourg/ weitgehendes Interesse. Was die Frage anlangt, wie es in Zukunft mit den Privatbahnen in Deutschland werden soll. so ist der Verfasser der Ansicht, daß die Einheit der Reichseisenbahnen vielleicht deren Lösung entgegenkommt. Denn nach der Verreichlichung der Staatsbahnen sei auch eine einheitliche Regelung des Privatbahnwesens nicht mehr zu umgehen. Nicht der Privatbahnen von heute; diese werden im Ganzen aufgehen müssen. Vielmehr werde jetzt die Frage zu lösen sein, in welcher Weise dem flachen Land, den noch eisenbahnlosen Strecken innerhalb des deutschen Netzes mit Bahnen aufzuhelfen sei. Nach der Auffassung Lechners kann die Hilfe. wenn nicht der Staat allein als Unternehmer auftreten will, wohl nur auf dem Weg der Gemischtwirtschaft Kleinbahnen kommen.